

MASTERARBEIT ZUM THEMA

## REPRÄSENTATION IN DER KRISE?

### URSACHEN UND KONSEQUENZEN DER GELBWESTENBEWEGUNG IN FRANKREICH

<b>M.A.-STUDIENGANG:</b>	POLITIKWISSENSCHAFT MIT SCHWERPUNKT AREA STUDIES
<b>EINGEREICHT AN DER:</b>	WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHEN FAKULTÄT DER UNIVERSITÄT ROSTOCK
<b>VORGELEGT VON:</b>	SONJA MOLINA
<b>MATRIKEL-NR.:</b>	218204935
<b>BEARBEITUNGSZEITRAUM:</b>	20 WOCHEN
<b>ERSTGUTACHTER:</b>	PROF. DR. JÖRN DOSCH
<b>ZWEITGUTACHTER:</b>	DR. JENS HEINRICH
<b>LEHRSTUHL:</b>	LEHRSTUHL FÜR INTERNATIONALE POLITIK
<b>ROSTOCK:</b>	15.03.2021

[https://doi.org/10.18453/rosdok\\_id00003918](https://doi.org/10.18453/rosdok_id00003918)



## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	1
1.1	Problemaufriss und Forschungsfrage .....	1
1.2	Wissenschaftliche und politikpraktische Relevanz .....	3
1.3	Theoretischer Rahmen und Methodik .....	4
1.4	Aufbau und Grenzen der Arbeit .....	4
2.	Stand der Forschung .....	7
2.1	Erste Erhebungen und Analysen .....	7
2.2	Frankreich-Forschung .....	9
2.3	Thematische Monografien.....	11
3.	Methodik .....	14
4.	Theoretischer Rahmen: Repräsentation, Krise und simulative Demokratie .....	16
4.1	Zentrale Begriffe .....	16
4.1.1	Der Begriff der Repräsentation .....	16
4.1.2	Der Begriff der Krise.....	18
4.1.3	Krise(n) der Repräsentation .....	18
4.2	Ingolfur Blühdorn: Simulative Demokratie .....	19
4.2.1	Reflexive Modernisierung und das postdemokratische Paradox .....	19
4.2.2	Simulative Demokratie.....	21
4.2.3	Simulative Repräsentation.....	22
4.2.4	Die Rolle politischer Kommunikation in simulativer Demokratie .....	23
4.2.5	Protestverhalten in der simulativen Demokratie .....	24
4.2.6	Legitimation in postdemokratischer Konstellation .....	25
4.2.7	Kritik .....	26
4.2.8	Operationalisierung .....	27
5.	Analyse.....	29
5.1	Reflexive Modernisierung und Protestverhalten.....	29
5.1.1	Entstehung und Verlauf der Gelbwestenbewegung .....	29
5.1.2	Symbolik der Bewegung .....	32
5.1.3	Wertewandel in Frankreich .....	33
5.1.4	Zusammensetzung der Bewegung.....	36
5.1.5	Forderungen der Bewegung .....	41
5.1.6	Die Abkehr von Kollektivorganisationen und Verantwortungsdelegation .....	44
5.1.7	Die Rolle der Medien in der Bewegung.....	47
5.1.8	Ablehnung von Organisationsstrukturen und Repräsentation.....	49
5.1.9	Zwischenfazit .....	62
5.2	Herausforderungen der Eliten in postdemokratischer Konstellation .....	65

5.2.1 Politische Themen im Vorfeld der Gelbwestenbewegung .....	66
5.2.2 Die Fernsehansprache Emmanuel Macrons am 10. Dezember 2018 .....	75
5.2.3 Die Große Debatte .....	78
5.3 Zwischenfazit .....	86
6. Schlussbetrachtung .....	89
7. Quellen- und Literaturverzeichnis .....	92
8. Abbildungsverzeichnis .....	100
9. Anhang .....	101
9.1 Interview-Leitfaden .....	101
9.2 Interviews .....	102
Interview 01 .....	102
Interview 02 .....	106
Interview 03 .....	109
Interview 04 .....	112
Interview 05 .....	123
Interview 06 .....	126
Interview 07 .....	129
Interview 08 .....	132
Eidesstattliche Versicherung .....	138

## 1. Einleitung

„Frankreich kann nicht mehr“<sup>1</sup> – Diese Worte eines älteren Demonstranten auf dem Place Belcour in Lyon fassen zusammen, was viele Gelbwesten fühlten. Papi<sup>2</sup>, wie ihn seine Mitdemonstrant\*innen nannten, war seit dem ersten Tag dabei. Als Beweis seines Einsatzes zeigte er seinen Daumen, der nach einem Zusammenstoß mit Sicherheitskräften dauerhaft geschädigt war. Stolz präsentierte er auch sein Transparent, welches er für die Demonstration angefertigt hatte. Dann verkündete er die Revolution: Die Gelbwesten würden Frankreich regieren. Dank der Gelbwesten bewege sich die ganze Welt (Interview 02: 4f).

### 1.1 Problemaufriss und Forschungsfrage

Die Begegnung der Autorin dieser Arbeit mit Papi ereignete sich im Rahmen einer Befragung der Gelbwesten in Lyon. Wohl nur wenige der Demonstrierenden hatten eine so grundlegende, an Hybris grenzende Erwartung an das Wirken der Gelbwesten. Stattdessen zeichneten ihre Zeugnisse ein facettenreiches Bild davon, wie sie sich ihre Gesellschaft vorstellten. Diese Vielschichtigkeit charakterisierte die Bewegung seit ihrem Beginn. In ihrer Ablehnung von Hierarchien lag eingangs das enorme Mobilisierungspotenzial der Bewegung, die sich hauptsächlich über das soziale Netzwerk Facebook organisierte. Im Nachgang der Interviews war es jedoch vor allem die Zurückweisung jeglicher Repräsentation sowie die evidente Missbilligung der aktuellen politischen Spitze, die die Autorin nachhaltig beschäftigte. Die Frage nach dem Umgang mit dieser Bewegung im Sinne politischer Reintegration war der Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit.

Dass die französische Demokratie großen Herausforderungen gegenüberstand, wurde nicht erst mit der Wahl Emmanuel Macrons zum Präsidenten der Fünften Republik deutlich. Der zuvor weitgehend unbekannte ehemalige Bankier und Berater von François Hollande gewann als Kandidat gegen das Establishment, gegen die traditionellen Parteien. Sowohl letztere als auch Gewerkschaften hatten in den letzten Jahren desaströse Zustimmungswerte in der Bevölkerung verzeichnet (Kempf 2017: 14f). Auch die Wahlbeteiligung, traditionell hoch in Frankreich, war in den letzten Jahren gesunken (Keller 2019: 5). Weitere Probleme waren die fehlende Diversität der politischen Eliten (Noiriel 2019: 69f) oder die zunehmende Konzentration der Medienhäuser in den Händen weniger Konzerne (Hubé 2019: 282). Die Wahl Macrons stellt für zahlreiche Autor\*innen daher vielmehr eine Seite der Medaille dar, deren Kehrseite die

---

<sup>1</sup> Im Original : „La France n'en peut plus“.

<sup>2</sup> Französisch für „Opi“.

Gelbwesten sind: „Das Futter des präsidentiellen Kostüms war von Beginn an eine gelbe Weste“<sup>3</sup>, fand Gilles Clavreul (Gilles Clavreul, zitiert nach Maillard 2019: 17). In Frankreich trat Emmanuel Macron mit einem dezidiert proeuropäischen, liberalen und damit der Globalisierung offenem Programm an (Grillmayer 2019a: 11). Mit seiner Reformpolitik und seinem Auftreten als gebildeter Strategie gewann er die Kosmopoliten Frankreichs für sich (Vgl. Pütz 2019: 80). Kommunitaristen (Ebd.) sehen in Globalisierung und Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union eher eine Bedrohung als eine Chance. Sie konnten der Präsidentschaft Macrons daher nur skeptisch gegenüberstehen. Seine Reformen, seine abschätzigen Äußerungen gegenüber weniger privilegierten Menschen<sup>4</sup>, so die Argumentation, hätten die Gelbwestenbewegung provoziert (Lefebvre 2019: 1). Vermittlung oder gar Konsens zwischen diesen beiden Polen schien nahezu unmöglich, zumal die Gelbwesten ausdrücklich zu keinerlei Konzessionen bereit waren (Vgl. Maillard 2019: 28).

Die Ablehnung der Gelbwesten richtete sich jedoch nicht lediglich gegen die etablierten Parteien oder den Präsidenten. Aus der geteilten Enttäuschung über die Missachtung durch diverse Strukturen und Körperschaften, die in ihrem Interesse handeln sollten, wiesen die Protestierenden jegliche Form der Repräsentation zurück – selbst, wenn es ihnen zum Nachteil geriet (Vgl. Lefebvre 2019: 5): Die Ablehnung der Repräsentation verhinderte zum Beispiel die Formulierung gemeinsamer Forderungen (Ebd.: 3).

Die Gelbwestenbewegung gab Anlass für zahlreiche Krisendiagnosen und Handlungsempfehlungen zur Behebung von Repräsentationslücken und Legitimitätsdefiziten. In ihrer Desorganisation, ihrem Facettenreichtum und ihrer Vehemenz warf die Bewegung jedoch Fragen auf, die durch die übliche Kritik an Repräsentationslücken und wirtschaftliche Analysen nicht mehr zu beantworten waren. Die Wut auf der Straße und der gesellschaftliche Konflikt schienen grundlegender und emotionaler als zuvor, dabei aber gleichzeitig unverbindlich und ohne klare Linie.

Eine Theorie, welche den nötigen Schritt weiter geht, ist die der simulativen Demokratie. Ingo fur Blühdorn, ihr Urheber, gehört zu den Theoretiker\*innen, die einen grundsätzlichen Wandel der Demokratie beschreiben. In seiner Auffassung haben sich sowohl die Rahmenbedingungen politischer Gestaltung als auch die Menschen selbst so sehr verändert, dass genuine

---

<sup>3</sup> Im Original: „La doublure du costume présidentiel était déjà un gilet jaune“.

<sup>4</sup> Zu den umstrittenen Aussagen des Präsidenten gehört die Folgende: „Ein Bahnhof, das ist ein Ort, wo die Leute, die Erfolg haben, jenen begegnen, die nichts sind.“ (Une gare, c’est un lieu où l’on croise les gens qui réussissent et les gens qui ne sont rien.) (Emmanuel Macron, zitiert nach Heidenreich 2019: 57). Aus diesem Satz lasen Rezipienten eine Unterteilung der Menschen in Gewinner und Verlierer, mit entsprechender Wertung (Ebd.).

Repräsentation, gar genuine Demokratie nicht mehr möglich sind. Seine Theorie beschreibt eine Demokratie, die de facto nicht länger demokratisch ist. Seine Thesen sind düster und gleichzeitig faszinierend. Sie zu überprüfen, stellt allerdings eine Herausforderung dar.

An dieser Stelle setzt die vorliegende Arbeit an. Ihr Interesse ist es, die Theorie simulativer Demokratie empirisch zu prüfen und damit Aspekte der Gelbwestenbewegung zu ergründen, welche bisher nicht ausreichend erschlossen wurden. Die Forschungsfrage lautet:

Inwiefern kann die Theorie simulativer Demokratie von Ingolfur Blühdorn die Gelbwestenbewegung in Frankreich erklären?

Die Analyse durch die Linse der Theorie soll neue Antworten darauf geben, welche Faktoren die Gelbwestenbewegung verursacht haben und entschlüsseln, was die Proteste für das repräsentative System in Frankreich bedeuten. Im Zuge dieser Analyse kann der Verdacht überprüft werden, dass der Gelbwestenbewegung ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel vorausging. Sie wird zudem danach fragen, in welchem Verhältnis echte und nur scheinbare Responsivität in den politischen Reaktionen auf die Bewegung stehen.

### **1.2 Wissenschaftliche und politikpraktische Relevanz**

Aufgabe der Wissenschaft ist nicht nur das Aufstellen neuer Theorien, sondern auch ihre Überprüfung in der Praxis. Indem die Theorie simulativer Demokratie auf das Fallbeispiel der Gelbwestenbewegung angewendet wird, können sich schlüssige von weniger überzeugenden Hypothesen abheben. Durch das Auflegen der Theorie-Schablone können zudem blinde Flecken der Theorie zutage treten. Abhängig von alledem wird deutlich, ob eine Vertiefung, Erweiterung oder Adaption der Theorie einen Mehrwert besitzt.

Darüber hinaus hat die Untersuchung der Gelbwestenbewegungen praktische Relevanz für den Umgang mit zukünftigen, ähnlichen Phänomenen. Zwar kann hier vorweggenommen werden, dass die untersuchte Bewegung in ihrer Gänze kaum von ihrem französischen Kontext zu trennen ist. Das heißt, einige wesentliche Faktoren, deren Zusammenkommen in den Blockaden der Kreisverkehre gipfelte, sind typisch für Frankreich. Der traditionelle Zentralismus der Republik ist ein solcher Faktor. Ungeachtet dessen treten solche akuten Steuerungsprobleme nicht exklusiv in Frankreich auf. Im Gegenteil: Zahlreiche westliche Demokratien verzeichnen etwa rückläufige Beteiligung an Wahlen oder populistische Opposition gegen als entfremdet wahrgenommene Eliten. Besonders deutlich werden Vermittlungsprobleme und Verlagerung der Meinungsbildung in das Internet auch in der Klimapolitik oder aktuell in der Bewältigung der Corona-Krise. Die Untersuchung der Gelbwesten als Fallbeispiel und Brennglas der aktuellen Herausforderungen repräsentativer Demokratie kann also auch für die Forschung in anderen

Länderkontexten Anstöße geben. Dies betrifft in besonderem Maße die Möglichkeiten politischer Kommunikation und von Beteiligungsformaten zur Steigerung von Legitimität.

### **1.3 Theoretischer Rahmen und Methodik**

Das theoretische Fundament dieser Arbeit bildet die Theorie simulativer Demokratie. Der Autor beschreibt darin einen Formwandel von authentischer hin zu simulierter-, also von echter zu vorgetäuschter Demokratie (Blühdorn 2011: 61). Er begründet dies mit einem Subjektwandel (Ebd.: 56), in dessen Folge die Grundlagen authentischer Demokratie erodiert seien (Ebd.: 54). Verbunden mit Veränderungen im internationalen System, allen voran wachsenden wirtschaftlichen Interdependenzen, würden Repräsentation und damit genuine Demokratie unmöglich (Ebd.: 67). Bürger\*innen und Eliten wüssten dies, wollten demokratische Werte jedoch gleichzeitig nicht aufgeben. Die simulative Demokratie bietet zur Bewältigung dieses Konflikts die willkommene Selbstillusion (Ebd.).

Um den von Blühdorn beschriebenen Wandel der Demokratie richtig zu verstehen, müssen zunächst zentrale Begriffe diskutiert werden. Über die Definition und der Begriffe Repräsentation und Krise führt die Autorin hin zu deren abweichendem Verständnis bei Blühdorn.

Die vorliegende Arbeit unternimmt einen Vergleich von Theorie und Empirie. Empirischer Gegenstand ist die Gelbwestenbewegung in Frankreich. Zur Analyse der Bewegung kommen verschiedene Methoden zum Einsatz. Neben der Akkumulation deutscher und französischer Literatur sowie dem Besuch mehrerer Podiumsdiskussionen zum Thema wurden im Vorfeld dieser Arbeit Leitfadeninterviews geführt. Das Methodenkapitel wird genauer Aufschluss über das Vorgehen und die Verwendung der Interviews geben.

### **1.4 Aufbau und Grenzen der Arbeit**

Der Einleitung folgt ein kurzer Abriss des Forschungsstandes. Dort werden die bisherigen Erkenntnisse und Deutungen der Gelbwestenbewegung rezipiert und Ansatzpunkte für die vorliegende Arbeit identifiziert. Im nächsten Schritt wird das methodische Vorgehen dargelegt.

Das Theoriekapitel legt den Grundstein für die Analyse. Repräsentation ist ein zentraler Begriff in der wissenschaftlichen Diskussion der Gelbwestenbewegung. Der Begriff und verschiedene Deutungen werden daher zunächst diskutiert. Blühdorn bezieht sich außerdem dezidiert auf den Begriff der Krise, weshalb dieser im Anschluss eingeführt wird. Die Synthese beider Termini erfolgt in der Betrachtung verschiedener Repräsentationskrisen.

Basierend auf diesen Begrifflichkeiten wird Blühdorns Theorie der simulativen Demokratie vorgestellt. Eine Operationalisierung rundet das Kapitel ab.

Die Analyse erfolgt daraufhin in zwei Schritten. Analog der durch Blühdorn verwendeten Dichotomien widmet sich die Untersuchung zunächst der Seite der Bürger\*innen und im zweiten Schritt politischen Eliten. Im ersten Abschnitt steht im Vordergrund, inwiefern der bei Blühdorn beschriebene Subjektwandel in Frankreich und innerhalb der Gelbwestenbewegung nachgewiesen werden kann. Außerdem ist zu untersuchen, ob die Einordnung der Bewegung als erwartbares Protestverhalten im Sinne simulativer Demokratie plausibel erscheint. Zu diesem Zweck werden Entstehung und Verlauf, Symbolik, die Zusammensetzung und Forderungen der Bewegung analysiert. Beleuchtet wird außerdem die Rolle der Medien in der Gelbwestenbewegung sowie ihre Ablehnung von Kollektiven, von Organisation und Repräsentation. Zur Überprüfung der These des Subjektwandels wird zudem die Entwicklung von Werten in der französischen Gesellschaft analysiert. Da sich dieser erste Abschnitt mit der Bewegung selbst befasst, werden hier vermehrt ihre Teilnehmenden aus den zu diesem Anlass geführten Interviews zitiert.

Im zweiten Teil wechselt die Perspektive zu den politischen Eliten. In dieser Passage wird die These Blühdorns überprüft, politische Agenden seien entscheidend von externen Einflüssen bestimmt (Blühdorn 2011: 67). Auf diese Annahme hin werden zunächst die wesentlichen politischen Herausforderungen in Frankreich im Vorfeld und zu Beginn der Gelbwesten untersucht. Der Simulationsmechanismus auf Seiten der Eliten ist laut Blühdorn die politische Kommunikation. Daher wird im Folgenden die politische Kommunikation Macrons auf Kongruenz mit der Theorie überprüft. Dies geschieht exemplarisch anhand zweier Ereignisse: der Fernsehansprache des 10. Dezembers 2018 und der *Großen Debatte* im Frühjahr 2019.

Der Auswertung des Materials folgt jeweils eine Diskussion der Ergebnisse. Dort sollen die wesentlichen Erkenntnisse der Untersuchung strukturiert und kritisch hinterfragt werden.

Die Beantwortung der Forschungsfrage schließt sich in der Schlussbetrachtung an. Die Leistungen und Grenzen der Analyse werden dort abschließend beurteilt. Außerdem werden Perspektiven zur weiteren Erforschung von Theorie und Gegenstand eröffnet.

Es sollen im Rahmen dieser Arbeit dezidiert keine Handlungsempfehlungen gegeben werden. Dies ist weder mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen möglich, noch entspricht es der Aufgabenstellung. Über die Gültigkeit der Theorie kann zudem nicht abschließend entschieden werden. Die Untersuchung sammelt lediglich Indizien für oder gegen ihre Erklärungskraft. Dies trifft insbesondere auf die Interviews zu, die nicht mehr als exemplarische und anekdotische Evidenz bieten.

Die Gelbwesten sind und waren eine facettenreiche, oft widersprüchliche Bewegung. Es ist unmöglich, sie zu beschreiben, ohne Entscheidungen für und gegen einige ihrer Gesichter zu treffen. Dass sich diese Arbeit explizit für ihre Kongruenz mit der Theorie simulativer Demokratie interessiert, bedeutet, dass sie andere Aspekte der Bewegung ausklammern muss. Polizeigewalt sowie Vandalismus und Gewalt von Demonstrierenden werden hier nur gestreift. Dieses Vorgehen erlaubt jedoch einen geschärften Blick auf tieferliegende, fragile Elemente der Demokratie, die mit den Protesten sichtbar wurden – in grell gelben Warnwesten.

## 2. Stand der Forschung

### 2.1 Erste Erhebungen und Analysen

Die Gelbwestenbewegung begann im Herbst 2018 und weckte sofort das Interesse zahlreicher Journalist\*innen und Wissenschaftler\*innen. Literatur über die Gelbwesten ist deswegen sehr vielseitig, aber auch sehr jung. Zu Beginn der Proteste wurden vor allem Studien und Reportagen von Umfrageinstituten wie dem Französischen Institut für öffentliche Meinung (Ifop<sup>5</sup>) publiziert. Dank regelmäßiger Befragungen ist die Datenlage zur Zusammensetzung der Bewegung sowie ihren Zustimmungswerten in der Bevölkerung sehr gut. Viel zitiert wurde die online durchgeführte Studie eines Teams von Wissenschaftler\*innen der Sciences Po Grenoble (Guerra et al. 2019). Über die Zusammensetzung der Bewegung fand sie zunächst heraus, dass Frauen mit 56 Prozent überrepräsentiert waren, was untypisch für soziale Bewegungen ist (Ebd.). Im Altersprofil glichen die Teilnehmenden der Gesamtbevölkerung. Rentner\*innen, Beschäftigte im Handelsgewerbe und Handwerker\*innen sowie Selbstständige waren überrepräsentiert, Führungskräfte oder höhere Beamt\*innen respektive unterrepräsentiert (Ebd.). 74 Prozent der Befragten beschrieben ihre finanzielle Situation als prekär (Ebd.). Der Wert liegt doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung und bietet eine Erklärung für die zumeist sozialen Forderungen der Bewegung (Ebd.). Politische Extreme waren laut der Studie nicht überrepräsentiert, allerdings verweigerten 60 Prozent der Befragten eine Selbstverortung auf dem klassischen politischen Links-Rechts-Spektrum (Ebd.). Sehr deutlich wurde eine ablehnende Haltung gegenüber Präsident Macron: Nur vier Prozent der Befragten gaben an, im ersten Wahlgang der letzten Präsidentschaftswahl für ihn gestimmt zu haben (Ebd.).

Besonders die Ablehnung der eigenen Einordnung auf einem politischen Spektrum erschien der Autorin interessant, weshalb dies in den Leitfaden der Interviews für diese Arbeit aufgenommen wurde.

Neben Studien dieser Art wurden sehr bald auch deutschsprachige Beiträge publiziert. Darunter sind Studien deutscher politischer Stiftungen wie der Friedrich-Ebert-Stiftung oder der Konrad-Adenauer-Stiftung, mitunter in Zusammenarbeit mit französischen Stiftungen. Zu nennen ist hier etwa ein Beitrag der Friedrich-Ebert-Stiftung von Jérôme Fourquet und Sylvain Manternach mit dem Titel „Die Gelbwesten – Zeichen der gesellschaftlichen Spaltung Frankreichs“ aus dem Februar 2019. Die Autoren analysieren dort das sozio-ökonomische Profil der Unterstützer\*innen der Bewegung und kommen zu dem Schluss, dass sich durch Maßnahmen der

---

<sup>5</sup> Ifop steht für *Institut français d'opinion publique*, *Französisches Institut für öffentliche Meinung*.

sozial-ökologischen Wende „mit finanz- oder steuerpolitischer Auswirkung“ (Fourquet / Manternach 2019: 1) ein neuer Graben in der Gesellschaft vertieft. Die dort ebenfalls vertretene These, Abstiegsängste und das Gefühl der Exklusion von Konsum und gesellschaftlichem Leben seien unter den Gelbwesten stark verbreitet (Ebd.), bietet eine interessante Perspektive auf den Zusammenhang zwischen ökonomischer Situation und Unterstützung der Gelbwesten. Die Autoren legen dar, dass unter der enormen Preissteigerung insbesondere des Dieseldieselfahrzeuges innerhalb eines Jahres vor allem die Menschen gelitten hätten, die auf das Automobil angewiesen waren (Ebd.: 2).

Fourquet und Manternach zeigen, dass mit der wachsenden Entfernung des Wohnortes von einem städtischen Ballungsgebiet die Prozentzahl der Menschen, die mindestens ein Dieselfahrzeug besitzen, stark ansteigt (Abbildung 1). Analog lägen die Ausgaben der Haushalte für Kraftstoff im peripheren Frankreich wesentlich höher als in Ballungsgebieten (Abbildung 2).

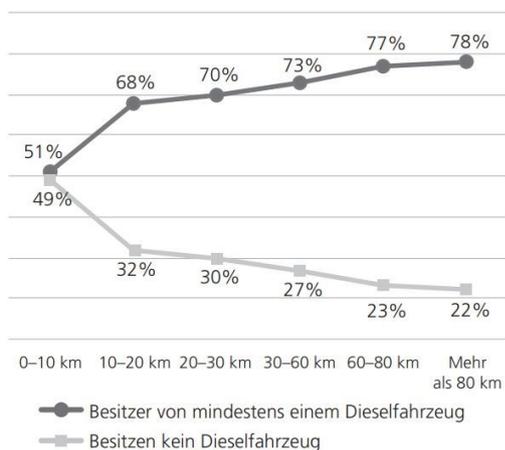


Abbildung 1: Besitz von Dieselfahrzeugen nach Entfernung des Wohnortes zu einem Ballungszentrum, Quelle: Fourquet/Manternach 2019: 2.

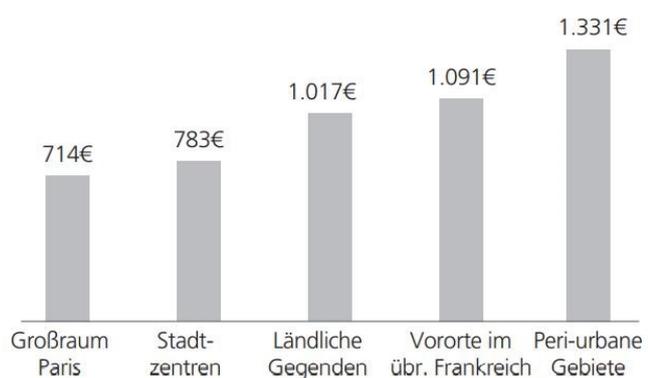
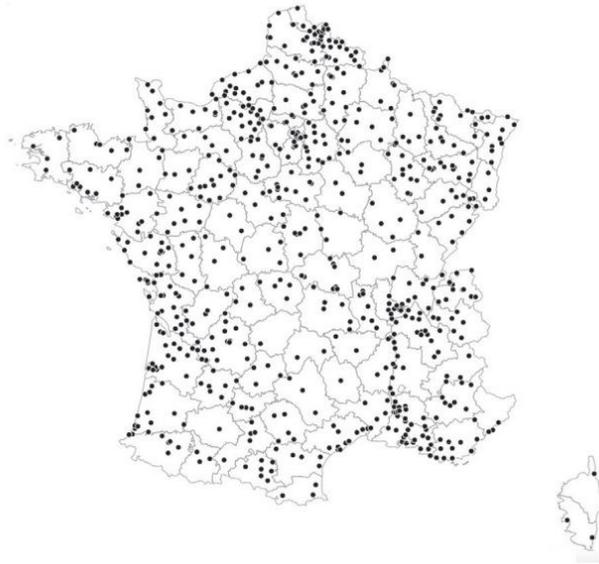


Abbildung 2: Kraftstoffausgaben pro Haushalt nach Wohnort, Quelle: Fourquet/Manternach 2019: 2.

Damit korrespondiert die Einordnung der Gelbwesten als eine Bewegung der peripheren Räume, die anhand der Verteilung der Blockaden des 17. Novembers 2019 auch sichtbar wird (Abbildung 3): Die Blockaden konzentrierten sich auf die ländlichen Gegenden und Vorstädte, in denen Menschen besonders auf das Automobil angewiesen waren (Ebd.: 4).



- Gebiete, in denen eine oder mehrere Straßenblockaden vorgesehen waren

Abbildung 3: Geografische Verteilung der Straßenblockaden des 17. Novembers 2019, Quelle: Fourquet/Manternach 2019: 7.

Rémi Lefebvres Analyse „Gelbwesten und politische Repräsentation“, die im Dezember 2019 ebenfalls bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Paris publiziert wurde, betont die Herausforderungen und Schwächen politischer Intermediation in Frankreich (Lefebvre 2019). Ein Jahr nach Beginn der Bewegung konstatierte Lefebvre zudem, dass die Gelbwesten in ihrem Beharren auf der Ablehnung jeglicher Repräsentation „an Kraft verloren“ hätten (Ebd.). Für ihn verdeutlicht die Bewegung in der Folge sowohl die Schwächen politischer Vermittlung als auch die Unverzichtbarkeit der Repräsentation (Ebd.). Besonders

letztere Schlussfolgerung wurde zum Leitmotiv der vorliegenden Arbeit. Fraglich ist auch in der Prüfung der Theorie simulativer Demokratie, ob die Gelbwesten Zerfall oder Wiedererstarren der Repräsentation symbolisieren, oder, ob sie gar beides vereinen.

## 2.2 Frankreich-Forschung

Zur Einordnung der Bewegung ist unverzichtbar, historisch gewachsene Besonderheiten französischer Politik und Gesellschaft zu kennen. Das Deutsch-Französische Institut in Ludwigsburg hält hierzu reichhaltige Informationen bereit. Das Frankreich-Jahrbuch 2018 etwa titelt „Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa“ und widmet sich verschiedenen Ebenen politischer Umbrüche und Krisentendenzen in Frankreich. Zu nennen ist hier besonders der Beitrag Dominik Grillmayers, der die Strategie Macrons zur Bewältigung der Legitimationskrise analysiert. Der Autor argumentiert, mit rascher Umsetzung längst notwendiger Reformen habe der Präsident versucht, die Legitimation von der Input- auf die Output-Seite zu verschieben. Vehementen Widerstand gegen Reformen des Sozialstaates sowie eine ohnehin instabile Wähler\*innenbasis hätten diese Strategie jedoch zum Scheitern geführt (Grillmayer 2019a: 19). Die Verschiebung der Legitimation sowie die Kunst, Unterstützung für ohnehin notwendige Politik zu generieren, wird in dieser Arbeit aufgegriffen.

Im selben Band untersucht Florian Engels den Legitimationsgewinn durch vergangene deliberative Partizipationsprozesse in der französischen Umwelt- und Energiepolitik (Engels 2019). Er kommt zu dem Schluss, dass aufgrund starker Beharrungskräfte der traditionellen

Entscheidungsfindung auch in partizipatorisch und deliberativ angelegten Prozessen wenig legitimatorischer Zugewinn zu verzeichnen gewesen sei (Ebd.: 171). Positiv notiert er lediglich die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Umweltverbände. Der bei Engels angewandte Analyserahmen bietet wichtige Anhaltspunkte für die Bewertung der *Großen Debatte* aus dem Frühjahr 2019.

Ähnlich aufschlussreich ist der Sammelband „Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur“, 2019 herausgegeben von Siegfried Frech, Frank Baasner und Dominik Grillmayer. Hervorgehoben sei hier zunächst der Beitrag von Nicolas Hubé zu „Frankreichs Presse- und Medienlandschaft“ (Hubé 2019). Die Gelbwestenbewegung ist ohne Hintergrundwissen in diesem Feld nicht zu verstehen. Besonders die als „Pure Player“ (Ebd.: 273) bezeichneten Online-Portale sind bislang ohne deutsches Pendant und deshalb nicht leicht einzuordnen. Es handelt sich um eine Kombination aus redaktionellen und nutzergenerierten Inhalten. Sowohl Wissenschaftler\*innen als auch für diese Arbeit interviewte Personen nutzen diese Plattformen (Interview 08: 25). Hubé kritisiert zudem die zunehmende Konzentration von Medienunternehmen in der Hand weniger Industriekonzerne, wodurch Pressefreiheit und Pluralität gefährdet seien (Ebd.: 283). In seinem Beitrag „Im Krisenmodus“ zeichnet Matthias Lemke außerdem die Krisen der Fünften Republik von ihren „Gründungskrisen“ wie der Dekolonisierung Algeriens bis hin zur aktuellen Gefahr islamistischen Terrorismus nach (Lemke 2019). Lemke begründet die deutliche Verschiebung der Macht zu Gunsten der Exekutive mit dieser Aneinanderreihung von Krisenerfahrungen (Ebd.: 48).

Der oft problematisierte Zerfall der politischen Linken in Frankreich und das Erstarken des Front National<sup>6</sup> ist ein wesentliches Motiv des viel zitierten autobiografischen Buchs „Rückkehr nach Reims“ von Didier Eribon. Es handelt sich hierbei nicht um eine wissenschaftliche Publikation. Der Text hat jedoch eine ungemein große Reichweite genossen und gibt wichtige Einblicke in die Krise französischer Parteien und den Zerfall traditioneller Milieus. Mit Blick auf den Bedeutungsverlust der traditionell im Arbeiter\*innenmilieu verankerten Kommunistischen Partei Frankreichs schreibt Eribon:

*„Von wem dürfen sich die Ausgebeuteten und Schutzlosen heute vertreten und verstanden fühlen? An wen wenden und auf wen stützen sie sich, um politisch und kulturell zu existieren, um Stolz und Selbstachtung zu empfinden, weil sie sich legitim, da von einer Machtinstanz legitimiert, fühlen?“ (Eribon 2016 [2009]: 39).*

---

<sup>6</sup> Die Partei heißt heute *Rassemblement National*, RN.

„Rückkehr nach Reims“ ist fest verankert im Diskurs um eine Krise der Repräsentation in Frankreich. Aufgegriffen wird für diese Arbeit die These des hohen emotionalen Stellenwerts von Repräsentation, der selbst in der simulativen Demokratie nicht an Relevanz verliert.

### 2.3 Thematische Monografien

Die französischsprachige Literatur zum Untersuchungsgegenstand enthält schließlich nicht wenige Monografien. Die Publikationen reichen von rein informativen Texten über regelrechte Manifeste<sup>7</sup> bis hin zu Erklärungsversuchen aus verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen. Stellvertretend sollen hier drei Publikationen der letzteren Kategorie mit ihren zentralen Thesen behandelt werden.

„In den Köpfen der Gelbwesten“<sup>8</sup> von Francois-Bernard Huy Ghe, Xavier Desmaison und Damien Licia gehört mit Erscheinungsdatum im Dezember 2018 zu den ersten Monografien zu diesem Thema. Die Autoren beschreiben die Bewegung als eine, die sich „außerhalb“ traditioneller Diskursräume wie Institutionen, Parteien oder Gewerkschaften bewege. In ihrer Weigerung, sich zu verorten, löse sie klassische politische Orientierungskategorien auf (Huy Ghe / Desmaison / Licia 2018: 5). Aufgrund von Erfahrungen politischer und persönlicher Erniedrigung und Demütigung sei das Ziel ihrer Glieder, ihre Würde zurückzuerlangen (Ebd.: 20). Aus dem Gefühl der „Enteignung“ als Staatsbürger\*innen (Ebd.: 40) forderten sie unter dem Motiv „wir sind das Volk“<sup>9</sup> die Kontrolle zurück und verlangten nach direkter Demokratie (Ebd.).

Der Historiker Gérard Noiriel knüpft an das Konzept der Publikumsdemokratie von Bernard Manin (Manin 1995, zitiert nach Noiriel 2019: 20) an. In seiner Analyse der Gelbwestenbewegung beleuchtet er die Auswirkungen der modernen Kommunikationstechnik auf die Politik (Noiriel 2019). Er sieht in der Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus in Frankreich und der Durchdringung aller Schichten durch die audiovisuelle Kommunikation eine „doppelte Demokratisierung“ (Ebd.: 68). Die „kollektive Fähigkeit, sich öffentlich zu artikulieren“ (Ebd.) sei sogar Hauptursache der Gelbwestenbewegung. Zu traditionellen Medien bestehe ein zwiespaltiges Verhältnis (Ebd.: 79ff.). Einerseits hätten sie der Bewegung zu Größe verholfen, andererseits hätte die verzerrte Berichterstattung die Bewegung auch diskreditiert. Statt Parteien oder Gewerkschaften seien außerdem heute die sozialen Medien Räume der Meinungs- und Willensbildung (Ebd.: 114).

---

<sup>7</sup> Als solches darf zum Beispiel das Buch „Fly Rider Gilet Jaune“ von Maxime Nicolle gelten (Nicolle / Primois Bizot 2020). Maxime Nicolle, der im Internet unter dem Pseudonym „Fly Rider“ operierte, gehörte aufgrund seiner radikalen Äußerungen zu den umstrittenen Figuren der Gelbwestenbewegung (Vandepitte 2019: 33).

<sup>8</sup> Im Original : „Dans la tête des gilets jaunes“.

<sup>9</sup> Im Original : „nous sommes le peuple“.

Denis Maillard argumentiert in „Eine französische Wut<sup>10</sup>“ schließlich, Gelbwesten und die Wahl Emmanuel Macrons zum Staatspräsidenten seien zwei Seiten derselben Medaille (Maillard 2019: 19). Beide Phänomene seien Ergebnisse der Marktgesellschaft<sup>11</sup> (Ebd.: 17), in der durch Individualisierung der Wandel von sozialer- hin zu liberaler Gleichheit vollzogen worden sei (Ebd.: 45). Diese Gesellschaft sei hyperdemokratisch, jedoch nahezu irrepräsentabel (Ebd.). Bisherige Strukturen der politischen Vermittlung hätten sich am Kollektiv orientiert und seien deswegen für die Individuen der Marktgesellschaft nicht länger akzeptabel (Maillard 2019: 64). An ihre Stelle treten laut Maillard individuelle Lösungen, die Bürger\*innen ermöglichen, Konflikt und dauerhafte Verbindungen zu vermeiden und ihre Unabhängigkeit zu wahren (Ebd.: 75). Als solche neuen intermediären Strukturen seien lediglich reale Personen, keine Institutionen akzeptiert. Beispiele für solche neuen Vermittlungswege seien etwa Online-Tutorials oder Rechtsanwält\*innen (Ebd.: 64). Weiterhin beobachtet Maillard, dass die Bereitschaft zu Verhandlung und Kompromissfindung in der Bevölkerung erodiert sei (Ebd.: 28). Stattdessen gelte nun das Primat der direkten Aktion (Ebd.: 19). Durch kollektive Aktion und Gewalt erreichte die Bewegung im Dezember eines ihrer Ziele, nämlich die Aussetzung der CO2-Steuer. Maillard hält das für fatal, da die Erkenntnis sein dürfte, Gewalt zahle sich aus (Ebd.: 29). Ferner analysiert der Autor eine neue Legitimität der Wut als Ausdrucksform (Ebd.: 81). Als Resultat erlebter Erfahrung genieße sie bei den Gelbwesten einen höheren Stellenwert als formal erworbene Expertise oder wissenschaftliche Erkenntnisse (Ebd.: 84). Im Unterschied zu Gewerkschaften, in denen Unmut in sachliche politische Forderungen umgewandelt werde, heizten sich die Protestierenden in der Gelbwestenbewegung gegenseitig auf (Ebd.: 100).

Alle drei Monografien behandeln die Ablehnung jeglicher Repräsentation durch die Gelbwestenbewegung. Huy Ghe, Desmaison und Liccia argumentieren, die Teilnehmenden fühlten sich von der politischen Elite verraten und missachtet (Huy Ghe / Desmaison / Liccia 2018: 12). Aufgrund erfahrener Erniedrigung forderten die Protestierenden direkte Demokratie und beharrten auf ihre Rechte als demokratischer Souverän (Ebd.: 22). Bei Gérard Noiriel ist die Verweigerung der Repräsentation darin begründet, dass die Protestierenden durch ihre neu gewonnene Fähigkeit, sich Gehör zu verschaffen, aus dem Schatten der Unbedeutsamkeit getreten seien (Noiriel 2019: 93). Sie seien nun nicht bereit, diese neue Geltung dadurch aufzugeben, dass sie sich Wortführer\*innen unterordneten. In Maillards Argumentation widerspricht Repräsentation hingegen den Gesetzen der Marktgesellschaft, in der Bürger\*innen, statt

---

<sup>10</sup> Im Original: „Une colère française“.

<sup>11</sup> Im Original: „société de marché“.

Kompetenzen an Mandatsträger\*innen abzugeben, ihre Autonomie wahren, die Kontrolle behalten, und Bindungen vermeiden wollen (Maillard 2019: 75).

Ebenfalls in allen drei Publikationen thematisiert wird die Rolle der politischen Kommunikation des Staatspräsidenten Emmanuel Macron in der Gelbwestenbewegung. Huy Ghe, Desmaison und Liccia kritisieren, die Teile der Bevölkerung, aus denen sich die Bewegung speise, seien faktisch vom politischen Diskurs ausgeschlossen. Jenen Bürger\*innen seien sowohl die Inhalte als auch die Resonanzräume der politischen Kommunikation Macrons fremd (Huy Ghe / Desmaison / Liccia 2018: 16). Die Autoren schreiben diesbezüglich: „man boxt in verschiedenen Klassen“ (Ebd.). Es gebe schlichtweg keine Berührungspunkte mit den Lebenswirklichkeiten der politischen Elite. Noiriël kritisiert in seinem Text die Ausdrucksweise Macrons als mitunter unverständlich für Menschen, die nicht demselben Milieu entstammen und einen ähnlichen Bildungshintergrund besitzen (Noiriël 2019: 76). Er merkt außerdem an, die offiziellen Kommunikationswege erreichten nicht das gesamte Elektorat. So würden Universitäten schlichtweg nicht in prekären Milieus um zukünftige Studierende werben (Ebd.: 78).

Die zitierten Beiträge führen die massive Mobilisierung der Gelbwesten vermehrt auf eine Krise der Repräsentation und auf die Individualisierung der Bürger\*innen zurück. Die bei Maillard notierte Präferenz von Autonomie und individuellen Lösungen hat eine große Schnittmenge mit der reflexiven Modernisierung in simulativer Demokratie. Ebenso in das Schema der Theorie passt die bei Maillard und Noiriël konstatierte Radikalisierung der Repräsentationsansprüche. Diese Überschneidungen bilden den Ansatzpunkt der vorliegenden Arbeit. Ihr Ziel ist es, zum besseren Verständnis einer dynamischen, ungewöhnlichen und für die politische Elite in Frankreich zeitweise bedrohlichen Bewegung beizutragen. Gleichsam prüft sie die Plausibilität einer zeitgenössischen Demokratietheorie.

### 3. Methodik

Im Rahmen dieser Arbeit wurden mittels Leitfadeninterviews Daten erhoben. Die Wahl der halbstrukturierten Form erfolgte aufgrund eines zu diesem Zeitpunkt noch recht weiten Erkenntnisinteresses. Zudem war der Autorin wichtig, dass die Persönlichkeit und Beweggründe der Interviewten möglichst frei zum Vorschein treten konnten. Bei der Erstellung des Leitfadens dienten Beiträge von Cornelia Helfferich (Helfferich 2019) und Michael Meuser (Meuser 2003: 151f.) als Orientierung. Für die Verschriftlichung der Audiodaten wurden die Leitlinien von Sabina Misoch (Misoch 2015: 249ff.) konsultiert.

Um die Ergebnisse der Erhebung vergleichbar zu halten, wurde bei allen Interviews derselbe Leitfaden verwendet. Dieser begann mit einer sehr offenen Frage nach dem Grund der Teilnahme an der stattfindenden Demonstration. Dies ermöglichte es den Befragten, selbst Themen einzuführen, die ihnen als wichtig erschienen. Relevanzstrukturen und Sinnzusammenhänge der Befragten (Vgl. Meuser 2003: 151) blieben so erhalten. Im Anschluss folgten Fragen zu weiteren Themen. Zuletzt wurde auch konkret gefragt, wo sich die Interviewten politisch verorteten. Der Leitfaden sowie die transkribierten Interviews sind im Anhang dieser Arbeit nachzulesen.

Die Befragungen fanden in Lyon mit Teilnehmenden von Demonstrationen statt. Die erste Datenerhebung wurde am 30. November 2019 bei einer Demonstration der Gelbwesten durchgeführt (Abbildung 4). Bei dieser Gelegenheit wurden fünf Interviews realisiert. Die Demonstrierenden nahmen zumeist bereitwillig an der Befragung teil. Lediglich eine Person lehnte die Teilnahme mit der Begründung ab, sie sei keine Gelbweste, sondern zugegen, um Unruhe zu stiften. Der Mann zeigte daraufhin seine aus Pappe selbst konstruierte Schutzweste. Während der ersten Erhebung versammelten sich die Demonstrant\*innen auf dem Place Bellecour, bevor sie durch die anliegende große Einkaufsstraße zogen. Die Gespräche fanden deshalb stationär im Stehen statt.

Die zweite Befragung folgte am 5. Dezember 2019 im Viertel Brotteaux in Lyon (Abbildung 5). Zu dieser Demonstration hatten jedoch nicht allein die Gelbwesten aufgerufen. Gewerkschaftsmitglieder, Parteimitglieder und Gelbwesten demonstrierten gemeinsam gegen die geplante Rentenreform. Neben einem Interview mit einer den Gelbwesten zugehörigen Frau wurden zwei weitere Interviews mit anderen Demonstrierenden realisiert. Eines der Interviews erfolgte im Gehen, was die Verständigung sowie die Aufzeichnung erschwerte. Es handelte sich nicht um Einzelinterviews, da sowohl die Autorin als auch ihr Assistent Nachfragen stellten

und sich zudem bei einigen Interviews weitere umstehende Personen einschalteten. Dies wurde nicht unterbrochen, um den Gesprächsfluss nicht zu stören.

Neben zahlreichen Störgeräuschen wie Trillerpfeifen, Rufen, Sprechgesängen oder Verkehrsgeschichten stellte die Sprache die größte Herausforderung dar. Die Durchführung der Interviews in französischer Sprache hatte jedoch immense Vorteile. Die Bereitschaft der Demonstrierenden zur Teilnahme war dadurch hoch. Zudem konnten sich die Befragten in ihrer Muttersprache ausdrücken und ihnen bekannte Begriffe verwenden. Die spontanen Interviews eigene Fremdheit und Distanz wurde dadurch nicht unnötig vergrößert.

Nach Durchführung der Interviews lagen acht Audiodateien mit einer Länge zwischen 5:21 min und 23:07 min vor. Um sie der Analyse zugänglich zu machen, wurden sie durch die Autorin vollständig transkribiert. Dabei wurden verbale und paraverbale Äußerungen wie Lachen oder Seufzen notiert. Die Verschriftlichung erfolgte in französischer Sprache, Dialekte wurden nicht aufgezeichnet. Auf die Übersetzung der kompletten Transkription wurde aus Gründen der Effizienz verzichtet. Zitate wurden stattdessen punktuell übersetzt und sind anhand der Zeilennummerierung an entsprechender Stelle im Original nachzulesen.



Abbildung 4: Demonstration der Gelbwesten am 30.11.2019 auf dem Place Bellecour in Lyon. Foto: Privat.



Abbildung 5: Gelbwesten bei der Demonstration gegen die Rentenreform am 05.11.2019 in Brotteaux, Lyon. Foto: Privat.

## **4. Theoretischer Rahmen: Repräsentation, Krise und simulative Demokratie**

Den theoretischen Zugang für diese Untersuchung bietet die Theorie der simulativen Demokratie. Ingolfur Blühdorn beschreibt darin einen „Formwandel“ (Blühdorn 2011: 47) der Demokratie (Ebd.: 45). Der Autor will sich damit von Krisendiagnosen abgrenzen, welche Funktionsstörungen repräsentativer Demokratie feststellen und daraufhin deren „Wiederbelebung“ fordern (Ebd.: 58). Derartige normative Appelle zeigten nicht die gewünschten Effekte. Eine ihrer Grundhaltungen sei zudem nicht zukunftsfähig: dass eine Wiederbelebung der Demokratie im modernistischen Sinne überhaupt möglich sei (Ebd.: 60). Die Theorie stellt die Voraussetzungen der Demokratie grundsätzlich in Frage. Damit setzt sie eine Stufe tiefer an als viele noch zu nennende Krisendiagnosen.

Bei den Gelbwesten handelt es sich um eine Bewegung voller Widersprüche, deren Glieder absolute Responsivität und exakte Umsetzung ihrer Forderungen verlangen. Gleichzeitig wollen sie sich weder organisieren noch an bestehende Strukturen binden. Darüber hinaus wirft die Diskrepanz zwischen dem Stolz auf die französische demokratische Tradition und die große Unzufriedenheit mit aktueller Politik Fragen auf. Blühdorns Ansatz der reflexiven Modernisierung in Verbindung mit postdemokratischer Wende bietet für diese Widersprüche eine erstaunlich plausible Erklärung. Seine Behauptung, sowohl Bürger\*innen als auch Politiker\*innen würden Demokratie nur noch simulieren, ist zudem eine höchst provokante These.

Da Blühdorn intensiv mit den Begriffen der Repräsentation und der Krise arbeitet, ist es notwendig, diese zunächst zu definieren. Auf diese Weise kann ihr spezifisches Verständnis bei Blühdorn deutlicher hervortreten.

### **4.1 Zentrale Begriffe**

#### **4.1.1 Der Begriff der Repräsentation**

Der Begriff der Repräsentation ist umstritten. Grundsätzlich handelt es sich um ein „politisches Grundelement“, durch das große Personengruppen „mittelbar durch gewählte Repräsentant\*innen an Entscheidungen beteiligt werden können (Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Repräsentation ist so zu verstehen als Vertretung von Bürger\*innen oder deren Interessen. Bei Ernst Fraenkel ist Repräsentation definiert als „rechtlich autorisierte Ausübung von Herrschaftsfunktionen“, deren „Autorität mittelbar oder unmittelbar vom Volk“ abgeleitet ist (Fraenkel 1964, zitiert nach von Alemann 2015 [2001]: 569).

Strittig ist die Frage nach dem Wesen des Mandats sowie die der Existenz eines „vopolitischen“ Gemeininteresses (Vgl. Horneber 2019: 68). Fraenkel betont, die öffentliche Gewalt handele „im Namen des Volkes, jedoch ohne dessen bindenden Auftrag“ (Fraenkel 1964, zitiert nach von Alemann 2015 [2001]: 569). Damit beschreibt er ein freies Mandat, bei dem gewählte Repräsentant\*innen lediglich ihrem Gewissen verpflichtet sind (Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Mit einem imperativen Mandat hingegen erfolge die Vertretung „weisungsbunden“ (Ebd.). Ernst Fraenkel vertritt außerdem die Auffassung, es gebe ein „Gesamtinteresse des Volkes“ (Fraenkel 1964, zitiert nach von Alemann 2015 [2001]: 569). Dessen „wahren Willen“ zu erfüllen, sei Anspruch und Legitimationsgrundlage gewählter Vertreter\*innen (Ebd.). Hanna Pitkin formuliert die prominente Antithese, indem sie Repräsentation definiert als das „Gegenwärtigmachen [...] von etwas, das [...] nicht gegenwärtig ist“ (Pitkin 1967, zitiert nach von Alemann 2015 [2001]: 569).

Kritik an der Funktionsweise von Repräsentation ist folglich abhängig von ihrem jeweiligen Verständnis. Ingolfur Blühdorn formuliert diesbezüglich drei Erwartungshaltungen an Repräsentation (Blühdorn 2011: 49f.).

Zunächst existiere das Idealbild der exakten Abbildung von Interessen durch Repräsentation mit imperativem Mandat (Ebd.). Gegen diese Vorstellung spreche jedoch bereits die enorme Ausdifferenzierung der Gesellschaft (Vgl. Horneber 2019: 69). Jakob Horneber schreibt, es sei stattdessen realistisch erwartbar, dass Politik wesentliche gesellschaftliche Trennlinien symbolisch darstelle und so Konflikte einhege (Ebd.: 70).

Als zweite Erwartungsnorm an Repräsentation nennt Blühdorn die Idee der Repräsentant\*innen als „Treuhand[\*innen] des Gemeinwohls“ (Blühdorn 2011: 49). Grundlegend dafür sei die Existenz eines objektiv benennbaren Gemeininteresses (Ebd.). Der Vorstellung des freien Mandats folgt auch Ernst Fraenkel in seiner Definition. Jakob Horneber verweist diesbezüglich auf die performative Rolle der Repräsentation: Die Herausbildung und Präsentation von Programmen in Diskursen ermögliche es Allen, unter den Agenden zu wählen und sich so politisch zu verorten (Horneber 2019: 73). Insofern werde ein Gemeininteresse erst durch politischen Diskurs hervorgebracht und existiere mitnichten vorpolitisch (Vgl. Pitkin 1967, zitiert nach von Alemann 2015 [2001]: 569).

Drittens thematisiert Blühdorn die Erwartungen an Parteien im repräsentativen Prozess. Ihre Aufgabe sei die Herausbildung kollektiver Wertorientierungen (Blühdorn 2011: 50). Durch ihre Verwurzelung in Milieus sollten sie diesen Bevölkerungsgruppen jeweils zur politischen Einflussnahme verhelfen und so eine dem Gemeinwohl förderliche Politik organisieren (Ebd.).

Horneber mahnt, zahlreiche Krisendiagnosen basierten auf unrealistischen Vorstellungen von Repräsentation, welche in modernen Flächenstaaten nicht umzusetzen seien (Horneber 2019: 76). Für Blühdorn hingegen sind die Voraussetzungen selbst für den Realtypus der Repräsentation nicht länger gegeben. Das liege daran, dass sowohl imperatives und freies Mandat, als auch die Herausbildung kollektiver Werte, auf der Vorstellung des modernistischen Subjekts basierten (Blühdorn 2011: 50). Die Erosion dieser Grundlage wird weiter unten als zentraler Bestandteil seiner Theorie simulativer Demokratie diskutiert.

#### **4.1.2 Der Begriff der Krise**

Der Begriff der Krise stammt etymologisch vom griechischen „krisis“ beziehungsweise dem lateinischen „crisis“ ab, was „Scheidung“ oder „Entscheidung“ bedeutet (Kluge 2011, zitiert nach Kronenberg / Horneber 2019: 1). Als „Höhepunkt einer gefährvollen Entwicklung“ (Ebd.: 2) wird die Krise oft mit dem Bild einer Krankheit verdeutlicht. Jürgen Habermas bezeichnet etwa eine gesundheitliche Krise als „Phase eines Krankheitsprozesses [...], in der sich entscheidet, ob die Selbstheilungskräfte des Organismus zur Genesung ausreichen“ (Habermas 1973: 9). Messbar werde die Krise durch die „Abweichung des betroffenen Organismus von seinem Sollzustand, dem Normalzustand des Gesunden“ (Ebd.). Das Bild der Krankheit transportiert eine Vorstellung der objektiven, von äußeren Umständen induzierten Krise. Habermas kontrastiert dieses Verständnis im Anschluss mit dem „dramaturgische[n] Begriff der Krise“ (Ebd.: 10), in dem die Krise bereits in Eigenschaften des handelnden Subjekts angelegt sei. Von einer rein schicksalhaften Entwicklung unterscheide die Krise sie, dass sie einen Handlungsimpetus beinhalte: Sie erzwingt eine Entscheidung (Kronenberg / Horneber 2019: 2), das Subjekt sei ihr nicht ausgeliefert. Die Möglichkeit der Reaktion mache sie bearbeitbar (Ebd.).

#### **4.1.3 Krise(n) der Repräsentation**

Da die repräsentative Demokratie die dominante und in Flächenstaaten einzig umsetzbare Form der Demokratie ist (Kronenberg / Horneber 2019: 12), meinen Diagnosen der Krise der Demokratie zumeist die repräsentative Demokratie (Linden / Thaa 2011: 12). Diese sind heute so zahlreich, dass sie gruppiert werden können. Markus Linden und Winfried Thaa unterscheiden fünf Argumentationsstränge, die mitunter Schnittmengen aufweisen.

Zunächst kritisieren einige Autor\*innen die (1) „systematische Benachteiligung allgemeiner Interessen und Anliegen“ (Linden / Thaa 2011: 11). Der Auffassung, das Gemeininteresse, das „Notwendige“, „Gute“ oder „Wahre“ werde „durch die Praxis politischer Repräsentation unterlaufen“ (Ebd.: 14), seien etwa Carl Schmitt, Jean-Jaques Rousseau oder in der neueren

Literatur Fareed Zacharias (Linden / Thaa 2011: 14). Eine (2) „strukturelle Benachteiligung spezifischer Ansprüche“ (Ebd.) beobachte hingegen die zweite Gruppe der Autor\*innen. Vertreter dieser oft ökonomischen oder rationalen Überlegungen seien etwa Colin Crouch oder Johannes Agnoli. Die dritte Gruppe der Krisendiagnosen beanstandete eine (3) „Privatisierung und Entfremdung zwischen Bürger[\*innen] und Staat“ (Ebd.): Repräsentation schade dem Selbstverständnis und dem Verhalten republikanischer Bürger\*innen. Jean-Jacques Rousseau, Hannah Arendt oder Benjamin Barber stünden in dieser Tradition (ebd.: 17). Eine gouvernementale Krisenargumentation sei hingegen die der (4) Steuerungskrise. Die Frage stelle sich in dieser vierten Gruppe nach der Vereinbarkeit von politischer Repräsentation und der Steuerbarkeit eines politischen Systems (Ebd.: 19). Prominent diagnostizierten diese Steuerungskrise Michel Crozier, Samuel P. Huntington und Joji Watanuki (Crozier / Huntington / Watanuki, zitiert nach Linden / Thaa 2011: 19). Die letzte Argumentationsweise identifizieren Linden und Thaa als (5) Legitimationskrise, einem „gestörte[n] Verhältnis zwischen den Bürger[\*inne]n und den Institutionen politischer Repräsentation“ (Linden / Thaa 2011: 20). Vertreter dieser fünften Gruppe sei etwa Russell J. Dalton.

Zwischen den hier zitierten Krisendiagnosen und der oben diskutierten Kritik an der Funktionsweise der Repräsentation bestehen zahlreiche Parallelen. Die Übergänge von Warnungen vor Schwachstellen der Repräsentation zu grundsätzlicher Kritik an repräsentativer Demokratie sind fließend.

## **4.2 Ingolfur Blühdorn: Simulative Demokratie**

### **4.2.1 Reflexive Modernisierung und das postdemokratische Paradox**

Den oben behandelten Funktionsstörungen der Repräsentation setzt Blühdorn eine grundlegendere Betrachtung entgegen. Dabei stützt er sich auf den von Ulrich Beck beschriebenen Prozess der reflexiven Modernisierung (Beck 1986, zitiert nach Blühdorn 2011: 54). Diesen versteht Beck als „Prozess, in dem die sich weiterentwickelnde Moderne ihre eigenen Grundlagen angreift“ (Ebd.). Es handelt sich laut Beck um die Umkehrung der „traditionellen, industriellen, ersten oder linearen Modernisierung“ (Ebd.). Durch die Herausbildung von Normen und politischen Kategorien in dieser traditionellen Moderne seien die „Unsicherheiten und Unwägbarkeiten des vormodernen Lebens schrittweise beherrschbar“ geworden (Ebd.). Im Gegensatz dazu stelle die reflexive Modernisierung eben jene Grundlagen der Industriegesellschaft in Frage. Zeichen dieses Prozesses seien eine wachsende Unsicherheit und Angst, Fluidität und erhöhte Risikobelastung der Bürger\*innen (Beck 1986, zitiert nach Blühdorn 2011: 54).

Voraussetzung für die Demokratie sei aber das moderne „Ideal des identischen Subjekts“, welches als konsistent, moralisch und konsequent verstanden werde (Ebd.: 56f.).

Blühdorn argumentiert, dass sowohl das freie als auch das imperative Mandat eine gewisse Konsistenz der Identität erforderten. Im Zuge der reflexiven Modernisierung weiche jedoch dieses Ideal des Subjekts einem „der vielschichtigen, flexiblen, motivationsoffenen, flüchtigen Identität“ (Ebd.: 56).

Die Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre seien geprägt gewesen vom Streben nach moralischer Integrität (Blühdorn 2011: 45). In Zeiten von Entgrenzung und Globalisierung biete jedoch eine flexible Lebensweise mehr Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und des beruflichen und sozialen Erfolgs (Ebd.: 57). Politisches Engagement, gar feste Bindung in Parteistrukturen oder allein moralische Festlegung erscheine demgegenüber als „kontraproduktiv“ (Ebd.). An anderer Stelle äußert Blühdorn in diesem Kontext: „was demokratisch ist, ist in aller Regel nicht sonderlich effizient, und was effizient ist, ist in aller Regel nicht sonderlich demokratisch“ (Ingolfur Blühdorn, zitiert nach Göttinger Institut für Demokratieforschung 2013).

Die Loslösung der Eliten von den Interessen des Demos ist Bestandteil postdemokratischer Theorie (Blühdorn 2011: 60). Postdemokratie ergebe sich jedoch nicht lediglich aus der Fremdbestimmung durch internationale Eliten, sondern auch aus der Überforderung und Erschöpfung der Bevölkerung (Ebd.). Die neue Priorität der Selbstverwirklichung nehme im Leben der Bürger\*innen so viel Zeit in Anspruch, dass aktive Mitwirkung am politischen Prozess als Belastung empfunden werde (Ebd.: 59). Postdemokratie sei in dieser Hinsicht die willkommene Entlastung. Mit dem Begriff der „postdemokratischen Wende“ beschreibt Blühdorn nun dieses Phänomen, nämlich die Akzeptanz der hegemonialen Eliten durch Bürger\*innen mit veränderten demokratischen Bedürfnissen (Ebd.: 58). Für das politische System bedeute dies jedoch den Wegfall seiner Grundlage (Ebd.: 57).

Gleichzeitig kehre die reflexive Modernisierung die modernistische Individualisierungstendenz nicht um, sondern radikalisiere sie (Ebd.: 61). Bürger\*innen, deren Ziel die Verwirklichung ihrer Selbst sei, sähen sich „immer unbedingter als Mittelpunkt ihrer Welt“ und forderten „immer selbstbewusster und kompromissloser nach Partizipation, Repräsentation und Responsivität“ (Ebd.). Den Widerspruch aus gesunkenem Vertrauen in demokratische Institutionen und gestiegenen Erwartungen an Responsivität bezeichnet Blühdorn als „postdemokratisches

Paradox“<sup>12</sup>. Es ergebe sich aus diesen „konfligierenden Logiken“ der reflexiven Modernisierung (Blühdorn 2011: 61). Aufgrund fluider Identitäten der Bürger\*innen sei es schier unmöglich, die Bevölkerung abzubilden.<sup>13</sup> Um dringliche politische Probleme zu lösen, müssten sich die Regierenden deswegen „von ihren Subjekten emanzipieren“ (Ebd.: 62). Um Legitimität zu erzeugen, müssten sie Bürger\*innen jedoch weiterhin als Souverän betrachten und glaubhaft als solchen darstellen (Ebd.). Das Dilemma auf Seiten der Bürger\*innen bestehe in der Konkurrenz zweier Erwartungshaltungen: der, sich als demokratischer Souverän zu erfahren und der, möglichst flexibel zu bleiben (Ebd.). Die Delegation von Verantwortung an „Dienstleister[\*innen]“ (Ebd.) biete mehr Freiraum als aktives politisches Engagement.

Blühdorn nennt den beschriebenen Zustand die „postdemokratische Konstellation“ (Blühdorn 2013: 199).

#### 4.2.2 Simulative Demokratie

Zur Bewältigung dieses Doppeldilemmas vollzog die Demokratie laut Blühdorn einen Formwandel hin zu simulativer Demokratie (Blühdorn 2013: 113). Der Autor identifiziert sie in:

*„einer Vielzahl kommunikativer und politisch-administrativer Verfahrensweisen, die bei Bedarf als Beweis für die Gültigkeit und praktische Relevanz demokratischer Werte und Normen verstanden werden können, die aber gleichzeitig das weitgehend entpolitisierte, von angeblich alternativlosen Imperativen geleitete und vor allem nach Kriterien der marktwirtschaftlichen Effizienz organisierte Management gesellschaftlicher Belange nicht wesentlich behindern“ (Ingolfur Blühdorn, zitiert nach Göttinger Institut für Demokratieforschung 2013).*

Simulative Demokratie bedeutet, die politischen Eliten geben vor, ihr Handeln am Willen der Bevölkerung auszurichten, während sie tatsächlich von Sachzwängen geleitet sind (Blühdorn 2011: 69). Es bedeutet auch, Bürger\*innen simulieren, demokratischer Souverän zu sein, obwohl sie die Voraussetzungen dazu nicht mehr erbringen (Ebd.). Simulative Demokratie

---

<sup>12</sup> In Begriff und Semantik ist der Terminus angelehnt an Robert Dahls „demokratisches Paradox“ (Dahl 2000, zitiert nach Blühdorn 2011: 61), welches im Widerspruch zwischen zu beobachtender großer Unterstützung demokratischer Werte und gleichzeitigem Misstrauen in konkrete Institutionen und politisches Handeln besteht. David Easton bezeichnet diesen Unterschied als diffuse und spezifische Unterstützung von Demokratie, wobei sich erstere auf demokratische Werte oder die Demokratie überhaupt, letztere hingegen auf konkrete demokratische Institutionen, Politikfelder oder die Performanz bestimmter Politiker\*innen bezieht (Easton 1965, zitiert nach Kronenberg / Horneber 2019: 3).

<sup>13</sup> Ähnlich argumentieren Vertreter\*innen der Komplexitätstheorie, die in der Ausdifferenzierung der Gesellschaft die größte Herausforderung der Repräsentation sehen (Blühdorn 2011: 52). Blühdorn begründet seine Theorie jedoch nicht lediglich auf der Herausbildung unterschiedlicher, in sich konsistenter Identitäten, sondern eben in der Flüchtigkeit und Elastizität postmoderner Identitäten als Ergebnis der reflexiven Modernisierung.

ermögliche so das Selbstverständnis der Bürger\*innen als autonome, freie Subjekte nach modernistischem Verständnis ohne die tatsächliche Verpflichtung zur Übernahme politischer Verantwortung (Blühdorn 2011: 69). Diese „Politik des *als ob*“ (Ebd.: 68) sei in der Lage, „zwischen den beiden inkompatiblen Polen des postdemokratischen Paradoxes“ (Ebd.: 69) zu vermitteln.

Bei der Simulation handele es sich um ein Herrschaftsinstrument. Der Einsatz erfolge jedoch keineswegs gegen den Willen der Bevölkerung, sondern mit ihrer Zustimmung (Ebd.: 67). Simulation erlaube postmodernistischen Subjekten die Versöhnung oben diskutierter Ansprüche an Freiheit und Einflussnahme (Ebd.). Daher profitierten sie von der Simulation (Ebd.).

#### 4.2.3 Simulative Repräsentation

Die oben diskutierten Vorstellungen und Idealbilder der Repräsentation basieren auf modernistischen, autonomen und konsistenten Subjekten. Sie seien deswegen nach reflexiver Modernisierung und postdemokratischer Wende nicht mehr erreichbar: Bürger\*innen fluider Identität verfügten nicht über konsistente Interessen, welche mit imperativem Mandat wahrheitsgemäß abgebildet werden könnten (Blühdorn 2011: 64). Die Existenz eines vorpolitischen Gemeininteresses, welches mit freiem Mandat treuhänderisch durchgesetzt werden könnte, setze ebenfalls stabile Interessen der Subjekte voraus (Ebd.). Drittens schwinde mit dem Fortschreiten der reflexiven Modernisierung die Möglichkeit, durch Verhandlungsprozesse innerhalb und zwischen organisierten gesellschaftlichen Gruppen Repräsentation zu realisieren (Ebd.). Da das Selbstverständnis der Bürger\*innen als demokratischer Souverän jedoch nicht aufgegeben werden solle, werde Repräsentation simuliert.

Angesichts zugleich gestiegener Erwartungen an Repräsentation stehe Politik zunehmend vor der Aufgabe, „etwas zu repräsentieren, was es immer weniger gibt“ (Ebd.: 69). In Anlehnung an Hanna Pitkin<sup>14</sup>, Michael Saward<sup>15</sup> und András Körösesny<sup>16</sup> beschreibt Blühdorn sodann die Abkehr von der Vorstellung der Repräsentation als Ergründung, Abbildung oder Aushandlung der Interessen der Bevölkerung (Ebd.: 65). Stattdessen sei Repräsentation nunmehr ein Schöpfungsakt, bei dem politische Agenden konstruiert und in der Bevölkerung anschließend

---

<sup>14</sup> Hannah Pitkin beschreibt Repräsentation als „the making present in some sense of something which is nevertheless not present literally or in fact“ (Pitkin 1967, zitiert nach Blühdorn 2011: 65). Es besteht bei Pitkin ein grundsätzlicher Dualismus zwischen Abbilden und zur Vorstellung bringen (Ebd.).

<sup>15</sup> Michael Saward prägte den Begriff der „representative claims“ und verstand Repräsentation nicht als bloßes Abbilden, sondern als „kreativen Prozess“, bei der die Initiative von den Repräsentant\*innen ausgeht (Saward 2006, zitiert nach Blühdorn 2011: 65).

<sup>16</sup> András Körösesny entwarf das Konzept „Leader democracy“, bei der politische Agenden „frei konstruiert“ und „nachträglich in oder auf die Öffentlichkeit projiziert“ werden (Körösesny 2005, zitiert nach Blühdorn 2011: 66).

beworben würden (Blühdorn 2011: 66). Der Impuls gehe dabei von den Repräsentant\*innen aus. Wesentliches Instrument, dieses Vorgehen zu legitimieren, sei die politische Kommunikation (Ebd.).

#### 4.2.4 Die Rolle politischer Kommunikation in simulativer Demokratie

In der postdemokratischen Konstellation diene politische Kommunikation als Bindeglied zwischen weitgehend desinteressierten und unbeteiligten Bürger\*innen und politischen Eliten (Blühdorn 2011: 67). Bereits beschlossene Agenden würden durch die Elite mittels politischer Kommunikation für unabdingbar erklärt (Ebd.).<sup>17</sup> Darüber hinaus werde beabsichtigtes politisches Handeln kommunikativ als jenes Interesse stilisiert, welches sich in einem demokratischen Aushandlungsprozess als Gemeininteresse herauskristallisiert hätte, sofern ein solcher Prozess erfolgt wäre (Ebd.: 67).<sup>18</sup>

In der simulativen Repräsentation sei politisches Handeln von äußeren Zwängen abhängig. Die Bevölkerung bestimme, wie oben erläutert, nicht länger die politische Agenda. Durch politische Kommunikation werde jedoch genau das simuliert. Entsprechend dem modernistischen Ideal müsse die Bevölkerung mit ihren Interessen und Präferenzen als Bezugspunkt der Politik gelten. Die politische Agenda werde deswegen öffentlich so dargestellt, als entspränge sie dem artikulierten Willen der Bevölkerung. Da sich die Ansprüche der Bürger\*innen an Responsivität und Repräsentation zunehmend radikalisierten, würden „die Anstrengungen der politischen Kommunikation im gleichen Maße erhöht, wie sich die postdemokratische Politik faktisch vom modernistischen Subjekt emanzipiert“ (Ebd.: 67). Politische Kommunikation diene so als Brücke zwischen zwei immer weiter auseinanderdriftenden Polen (Ebd.: 69). Der Unterschied zwischen Entstehung und Inszenierung der Politik sei dabei nicht unbekannt. Die Rhetorik werde jedoch akzeptiert, da sie den Eliten wie der Bevölkerung ermögliche, an obsoleten, aber unverzichtbaren Idealen festzuhalten (Ebd.).

---

<sup>17</sup> Der Autor nimmt eine strenge Zweiteilung in Eliten und Bürger\*innen vor. Das bedeutet, dass er politische Opposition, Machtwechsel oder die Ausdifferenzierung der Zivilgesellschaft ausblendet. Dies wird in der Analyse aufgegriffen.

<sup>18</sup> Die Vorstellung der Agenda als Erfüllung eines Gemeininteresses oder als das, welches sich in einem Diskurs als das Gemeininteresse herauskristallisiert hätte, sofern ein Diskurs stattgefunden hätte, erinnert an den Schleier des Nichtwissens aus John Rawls' Theorie der Gerechtigkeit (Rawls 1971: 136ff.). Auch Habermas greift diese Figur in „Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus“ auf, wenn er über verallgemeinerungsfähige Interessen schreibt (Habermas 1973: 153). Der wesentliche Unterschied besteht jedoch darin, dass intendiertes politisches Handeln in der simulativen Demokratie durch politische Kommunikation lediglich als ein vermeintliches Gemeininteresse zur Vorstellung gebracht wird. Es handelt sich aber tatsächlich um einen top-down Prozess, der losgelöst von den Interessen der Bürger\*innen stattfindet.

#### 4.2.5 Protestverhalten in der simulativen Demokratie

Das Gegenstück zur politischen Kommunikation der Eliten sei das Protestverhalten der Bürger\*innen (Blühdorn 2011: 68). Der Begriff ist bei Blühdorn nicht scharf definiert. Semantisch meint Protest zunächst eine „meist spontane und temperamentvolle Bekundung des Missfallens, der Ablehnung“ (Duden Online Wörterbuch 2021). Protestverhalten im politischen Kontext wird hier deshalb verstanden als verbaler oder nonverbaler Ausdruck der Ablehnung politischer Maßnahmen oder Personen. Blühdorn fasst verschiedene Formen des Protests unter postdemokratischer Partizipation (Blühdorn 2013: 187ff). Es reicht dort von der Unterzeichnung von Protestlisten hin zu physischer Teilnahme an Demonstrationen (Ebd.: 192f). Fluide Subjekte bevorzugten individualisierte Beteiligungsformen (Ebd.: 190) ohne dauerhafte Bindung und nutzten diese oft als Möglichkeit der Selbstinszenierung (Ebd.: 197).

Protestverhalten dient Bürger\*innen bei Blühdorn zur Bewältigung ihres postdemokratischen Paradoxes. In ihrer Kritik an mangelnder Repräsentation oder an der empfundenen Ausgrenzung vom politischen Prozess erführen sich Bürger\*innen als modernistische Subjekte, die sie faktisch nicht länger seien (Blühdorn 2011: 68.). Blühdorn hebt hervor, dass die Intention der Protestierenden nicht notwendigerweise die Umsetzung ihrer Forderungen sei (Ebd.). Aufgrund ihrer Präferenz für Delegation politischer Verantwortung sei es mitnichten im Interesse der Bürger\*innen, mehr Partizipation zu erstreiten. Die Protestierenden erhofften sich nicht die Umsetzung ihrer Forderungen, so Blühdorn (Ebd.). Vielmehr handele es sich bei dem Protest um die Demonstration demokratischer Werte, die unverzichtbar seien für ihr Selbstverständnis als Souverän, die jedoch faktisch dem Ideal der Selbstverwirklichung zuwiderliefen. Gerade aufgrund der radikalisierten Anspruchshaltung an Repräsentation und der fortgeschrittenen Individualisierung erlange die Ausdrucksform des Protests jedoch eine große Bedeutung.

Politische Kommunikation sowie Protestverhalten seien also Bewältigungsmechanismen, die der jeweiligen Seite helfen, mit den Dilemmata der Postdemokratie und der reflexiven Modernisierung umzugehen. Beide Strategien schaffen, so der Autor, „eine Art kommunikative[n] Themenpark“, eine Arena, in der sich die Akteur\*innen als autonome, traditionelle Subjekte präsentieren und vergewissern können, ohne, dass dies in Konflikt mit ihrer fluiden Identität trete (Blühdorn 2011: 68). Indem sich politische Eliten und Bürger\*innen gleichsam an den Mechanismen der simulativen Repräsentation beteiligten, trügen sie zum Formwandel der Demokratie bei (Ebd.: 69).

#### 4.2.6 Legitimation in postdemokratischer Konstellation

Ähnlich der Repräsentation besitze auch Legitimation in postdemokratischer Konstellation einen neuen Modus (Blühdorn 2013: 221). Blühdorn beschreibt den Prozess der „Objektivierung“<sup>19</sup> von Legitimität anhand ihrer drei Dimensionen Input-, Prozess- und Output-Legitimität (Ebd.: 223).

Die Input-Legitimität bedeutete zuvor, dass an der Entstehung politischer Inhalte alle Bürger\*innen beteiligt werden müssen, damit sie als legitim gelten (Ebd.). An diese Stelle trete in simulativer Demokratie die „Feststellung von Sachzwängen“ sowie ihre wissenschaftliche, datengestützte Begründung (Ebd.). Statt der zeitintensiven Beteiligung Aller müsse Politik nun wissenschaftlich belegt werden.

Prozedurale Legitimität sei im modernistischen Verständnis erreicht worden durch „Deliberation und öffentliche Rechtfertigung“ (Ebd.). In der postdemokratischen Konstellation entstehe prozedurale Legitimität aber durch „verbindlich kodifizierte, unparteiische, in der Sache begründete Verfahren der öffentlichen Verwaltung“ (Ebd.) Statt inhaltlicher Auseinandersetzung und persönlicher Verantwortung würden politische Verhandlungen also zu Sachentscheidungen von Behörden.

Output-Legitimität schließlich bezieht sich auf Rechtmäßigkeit von politischer Führung aufgrund von erbrachter Leistung. Im Modus der Subjektivierung liege die Output-Legitimität in der wirksamen „Umsetzung des Willens und Wohls des Souveräns“ (Ebd.): Politische Führung müsse die in der Wahlentscheidung zum Ausdruck gebrachten Wünsche der Bürger\*innen erfüllen. Im neuen Modus der Legitimation könne dies nicht länger realisiert werden. Stattdessen müsse politische Führung das „objektiv Notwendige“ umsetzen (Ebd.). Hier wird deutlich, weshalb politische Kommunikation in simulativer Demokratie einen so großen Stellenwert besitzt: Durch sie wird Notwendigkeit politischer Maßnahmen kommunikativ hergestellt und vermittelt. Die Umsetzung eben dieser Maßnahmen schafft wiederum die Output-Legitimität der politischen Eliten.

In allen drei Ebenen ist Legitimation also bei Blühdorn von den Subjekten entkoppelt. Um ihre radikalisierten Repräsentationsansprüche trotzdem zu erfüllen und ihnen das Gefühl zu ermöglichen, demokratischer Souverän zu sein, setzten politische Eliten auf „performative und simulative Legitimation“ (Ebd.: 226). Auf der Input-Ebene nehme dies die Gestalt minimaler

---

<sup>19</sup> Während vor der reflexiven Modernisierung Legitimität in drei Ebenen an Subjekte gebunden war, muss sie sich nun von ihnen lösen und auf objektive Bedingungen reagieren.

Beteiligungsformen wie Schlichtungs- oder Beteiligungsverfahren in polarisierten Einzelfällen an (Blühdorn 2013: 226). Ein solches Instrument seien Referenden (Ebd.). Im Gesetzgebungsprozess würden indes sachliche Verfahrensregeln strikt befolgt, um die Ergebnisse zu legitimieren (Ebd.). Bezüglich der Output-Legitimität stehe die „Kundenorientierung“ im Vordergrund (Ebd.: 227). Politische Eliten müssten glaubhaft vermitteln, dass sie einen Gemeinwillen erfüllen, obwohl der faktisch nicht existiere (Ebd.).

#### 4.2.7 Kritik

Eine generelle Kritik an postdemokratischen Theorien ist der Vorwurf des Fatalismus (vgl. Linden / Thaa 2011: 25). Diese Theorien stellten keine Reformvorschläge bereit, sondern beschränkten sich entweder auf Warnungen vor unfreier, düsterer Zukunft oder beabsichtigten lediglich, aufzurütteln und zu schockieren (Ebd.). Blühdorn selbst verzichtet nicht nur auf einen Lösungsvorschlag, er distanziert sich sogar explizit von normativen Apellen. Zwar konnotiert er die simulative Demokratie in Abgrenzung von dystopischen Beschreibungen der Postdemokratie positiv – die Nachhaltigkeit der Simulation stellt er jedoch selbst in Frage (Blühdorn 2011: 70). Über den theoretischen Reiz und die Deskription hinaus büßt die Theorie durch das Fehlen einer Perspektive zum Erhalt freiheitlicher Systeme politikpraktische Relevanz ein.

Problematisch ist auch Blühdorns Versuch der Wertfreiheit (Vgl. Blühdorn 2011: 58). Abgesehen davon, dass Objektivität erkenntnistheoretisch nicht zu erreichen ist, gibt der Autor diesen Vorsatz am Ende seiner Ausführungen insofern auf, dass er meint, seine Theorie könne selbst Grundlage für normative Modelle werden.

Eine Kritik, welche Blühdorn im Text bereits antizipiert, ist das Risiko der Vereinnahmung der Simulativen Demokratie durch autoritäre Kräfte. Zurecht weist er diesen Einwand jedoch als der Argumentation selbst nicht abträglich zurück (Ebd.: 70).

Um die Dichotomie zwischen oben und unten, also Bürger\*innen und politischer Elite zu verstärken, verzichtet Blühdorn außerdem auf die genauere Betrachtung intermediärer Strukturen. Damit bleibt offen, ob diese Strukturen im Zuge des Formwandels obsolet werden, oder ob sie in der simulativen Demokratie einen Zweck erfüllen. Diese Erkenntnis wäre im Falle der Gelbwesten, aber auch für die Frage der Zukunft repräsentativer Demokratie insgesamt interessant gewesen.

Zuletzt ist die These zu hinterfragen, eine Repräsentation mit freiem Mandat sei aufgrund der Erosion des modernistischen Subjekts nicht mehr möglich (Blühdorn 2011: 57). Das freie Mandat bedeutet, dass Repräsentant\*innen eben nicht an die Weisungen ihrer Wähler\*innen

gebunden sind. Dies ist mit postdemokratischem Regieren vereinbar, gerade, wenn von genereller Versachlichung der Politik und externen Zwängen die Rede ist. Plausibel ist, dass aufgrund fluider Identitäten die individuellen Interessen der Repräsentierten nicht länger konsistent sind. Dem freien Mandat widerspricht jedoch nicht, dass sich Repräsentant\*innen etwa um Terrorabwehr bemühen. Diese ist dergestalt im Interesse der Bürger\*innen, dass Sicherheit eine Voraussetzung für wirtschaftliche und private Selbstverwirklichung darstellt.

#### 4.2.8 Operationalisierung

In der nachfolgenden Analyse ist zu prüfen, inwiefern die Theorie der simulativen Demokratie die Gelbwestenbewegung in Frankreich erklären kann. Zu diesem Zweck wird das Material aus Sekundärliteratur und Interviews daraufhin untersucht, welche Anhaltspunkte es für und gegen die Plausibilität der simulativen Demokratie im Fall der Gelbwesten enthält.

1. Die zentralen Prämissen der Theorie seien dabei
  - (1) Reflexive Modernisierung, die sich äußert in
    - a. Flexibilisierung und Verflüchtigung modernistischer Identitäten und
    - b. Individualisierung, sowie
  - (2) Postdemokratische Wende, zu beobachten an
    - a. der faktischen Bestimmung politischen Handelns von äußeren Zwängen sowie
    - b. Experten- und Wissenschaftsorientierung und Entpolitisierung.
2. Aus dem Zusammentreffen dieser beiden Entwicklungen ergeben sich folgende Widersprüche:
  - (1) Auf Seiten der Bürger\*innen:
    - a. Einerseits die Emanzipation von Verpflichtungen,
    - b. Andererseits kompromisslose Ansprüche an Repräsentation aufgrund der Wahrnehmung des Selbst als Zentrum.
  - (2) Auf Seiten der politischen Eliten:
    - a. Einerseits die Emanzipation von verflüchtigten und nicht repräsentierbaren Subjekten,
    - b. Andererseits die Notwendigkeit der weiteren Behandlung derselben als demokratischer Souverän.
3. Zur Bewältigung dieser Dilemmata dient die Simulation:
  - (1) Auf Seiten der Bürger\*innen in Gestalt von Protestverhalten
  - (2) Auf Seiten der politischen Eliten in Gestalt von politischer Kommunikation.

Den aufgeführten Elementen der Theorie müssen für die Untersuchung nun empirisch nachweisbare Indikatoren zugeordnet werden.

Der Wandel der Identitäten selbst ist nur begrenzt anhand von Studien wie der *European Values Study* nachzuvollziehen. Anhand der Entwicklung politischen, zivilen oder gewerkschaftlichen Engagements kann die Emanzipation von Verpflichtungen allerdings geprüft werden.

Analog ist die empirische Prüfung der Individualisierungstendenz selbst problematisch. Die daraus folgenden gestiegenen Repräsentationsansprüche lassen sich jedoch anhand von Aussagen der Gelbwesten im Interviewmaterial sowie mithilfe von Sekundärliteratur untersuchen.

Letztlich bleibt auf der Seite der Individuen zu analysieren, welche Anhaltspunkte es dafür gibt, dass das Protestverhalten der Bürger\*innen Frankreichs als Simulation fungiert. Laut Blühdorn müssten die Protestierenden bei Gültigkeit der Theorie Forderungen nach Wiederbelebung der Demokratie stellen, deren Erfüllung sie nicht erwarten, und deren Erfüllung zudem nicht in ihrem Interesse liegt.

Die postdemokratische Wende zeichne sich ab in der faktischen Bestimmung politischen Handelns durch externe Zwänge. Zur Überprüfung dieser Prämisse werden die wesentlichen politischen Fragen beleuchtet, die unmittelbar vor und während der Gelbwestenbewegung die politische Agenda Frankreichs bestimmten. Für eine Plausibilität der Theorie spräche, wenn diese zentralen Fragen zum einen nicht auf Innenpolitik begrenzt wären, es also globale oder zumindest heute supranational zu verortende Politikfelder wären. Zum anderen spräche Loslösung von der konkreten Meinung der Bevölkerung aufgrund entpolitisierte Dringlichkeit für die postdemokratische These.

Schließlich erfolgt die Analyse der Simulation auf Seiten der politischen Eliten in der Form politischer Kommunikation. In diesem Punkt ist neben der Präsentation und Begründung politischer Entscheidungen das Auftreten des Präsidenten interessant. Genauer betrachtet werden hier die Reaktionen Emmanuel Macrons auf die Gelbwestenbewegung.

## 5. Analyse

### 5.1 Reflexive Modernisierung und Protestverhalten

In diesem ersten Teil der Analyse werden die oben behandelten Präferenzen der fluiden Subjekte und damit verbundene Implikationen nun am Untersuchungsgegenstand empirisch geprüft.

#### 5.1.1 Entstehung und Verlauf der Gelbwestenbewegung

Vorläufer der Gelbwestenbewegung war der landesweite Protest gegen die Senkung des Tempolimits auf französischen Landstraßen. Gegen die Verringerung der Höchstgeschwindigkeit von 90 auf 80 Stundenkilometer organisierten Organisationen wie „40 Millionen Autofahrer[\*innen]“ im Frühjahr 2018 über 250 Protestaktionen (Fourquet / Manternach 2019: 1). Die Wut der Autofahrer\*innen bezog sich auch auf gestiegene Kosten der Fahrzeughaltung, etwa durch vermehrte obligatorische Fahrzeugprüfungen (Vandepitte 2019: 58f.).

Die französische Strategie der sozial-ökologischen Wende umfasste seit 2015 eine schrittweise ansteigende Kohlenstoffdioxidsteuer (Guillou 2020: 1). So sollte langfristig der Übergang zu nachhaltigeren Alternativen wie Elektro- oder Hybridfahrzeugen katalysiert werden (Ebd.: 2). In Verbindung mit der anhaltenden Wirtschaftskrise und dem steigenden Ölpreis zwischen 2017 und 2018 (Fourquet / Manternach 2019: 1) bedeutete diese Politik allerdings eine merkliche Reduktion der Kaufkraft derjenigen Menschen in Frankreich, die auf das Auto angewiesen waren (Vandepitte 2019: 56). Auf diesem Hintergrund ist die Petition zu betrachten, die Priscilla Ludosky am 29. Mai 2018 auf der Online-Plattform *Change.org* lancierte (Ludosky 2018). Die an den damaligen Umweltminister Francois de Rugy gerichtete Petition forderte eine merkliche Senkung der Benzinpreise. Bis zum November unterzeichneten über eine Million Menschen Ludoskys Petition, die als Startpunkt der Gelbwestenbewegung gilt (Fourquet / Manternach 2019: 3).

Parallel begann die Vernetzung der späteren Teilnehmenden in mehreren Facebook-Gruppen, in denen Mitglieder ihren Unmut über die Preissteigerungen bei Kraftstoff und Haltungskosten von Automobilen austauschten. Dort riefen am 10. November 2018 die Berufskraftfahrer Éric Drouet und Bruno Lefevre zu einer Blockade auf – dem „Acte I“ am 17. November (Vandepitte 2019: 10). Laut dem französischen Innenministerium beteiligten sich an jenem ersten Samstag 287 700 Menschen dezentral an Protesten (Ministère de l’Intérieur 2019). Die Demonstrierenden in gelben Warnwesten blockierten die Kreisverkehre ihrer Städte und forderten die

Aufhebung der Kohlenstoffdioxidsteuer. Dies sorgte für massive Staus im gesamten Land (Vandepitte 2019: 10).

Ungeachtet dessen herrschte zu Beginn in der Gesamtbevölkerung eine bemerkenswerte Solidarität mit der Bewegung: Laut einer Umfrage am 21. und 22. November durch das Institut Ifop unterstützten 66 Prozent der Befragten die Bewegung oder sympathisierten mit ihr (Ifop 2018). Bereits am 24. November kam es bei der Demonstration auf den Champs Élysées in Paris zu ersten Zusammenstößen mit der Polizei, woraufhin 130 Personen vorübergehend festgenommen wurden (Vandepitte 2019: 11). Die Bilder des 1. Dezembers 2018 in Paris gingen schließlich um die Welt: Bei schweren Krawallen beschädigten Demonstrierende den Triumphbogen, entzündeten Fahrzeuge und stießen erneut mit den Sicherheitskräften zusammen. Der Präsident verurteilte die Ausschreitungen und inspizierte am Folgetag zu Fuß die Schäden (Ebd.). Auf die massiven Proteste hin verkündete Premierminister Edouard Philippe ein Moratorium der umstrittenen Steuererhöhung, welches später auf den kompletten Verzicht weiterer Erhöhungen ausgeweitet wurde (Ebd.: 14). Erst nach einem weiteren Samstag voller Ausschreitungen am 8. Dezember reagierte der Präsident, gegen den sich die Proteste inzwischen auch persönlich richteten. In seiner Fernsehansprache vom 10. Dezember 2018 richtete er das Wort an die Bevölkerung, rief zum Einhalt der Gewalt auf und kündigte wirtschaftliche Fördermaßnahmen in Höhe von zehn Milliarden Euro an (Ebd: 15).

Ab diesem Zeitpunkt wandte sich die öffentliche Meinung zusehends gegen die Protestbewegung unter dem Eindruck, sie entferne sich von ihren ursprünglichen Zielen (Ifop 2019). Ungeachtet dessen setzten sich die wöchentlichen Demonstrationen fort, Zusammenstöße mit den Sicherheitskräften waren an der Tagesordnung. Antisemitische und rassistische Ausfälligkeiten erweckten den Eindruck, eine radikalisierte Minderheit sei auf der Straße verblieben (Vandepitte 2019: 16). In Reaktion auf die Ausschreitungen kündigte Edouard Philippe im Januar ein neues Gesetz gegen Vandalismus an, welches als umstritten gilt, da es in Freiheitsrechte der Demonstrierenden eingreift (Ebd.: 18). Kurz darauf startete Emmanuel Macron die *Große Debatte*<sup>20</sup>, welche als demokratische, diskursive Antwort auf die Proteste wirken sollte (Ebd.).

Die wöchentlichen Demonstrationen wurden indes kontinuierlich fortgesetzt. Die Zahlen der Teilnehmenden waren dabei weit von der ursprünglichen Mobilisierung entfernt (Ifop 2018). Um den Rahmen dieses Kapitels nicht zu sprengen, sollen lediglich noch einige Ereignisse hervorgehoben werden. Größere Demonstrationen mit Gewaltausbrüchen gab es etwa am Folgetag des Endes der *Großen Debatte*, dem 16. März (Nouvel Observateur 2019) oder während der

---

<sup>20</sup> Im Original: *Grand Débat National*.

Feierlichkeiten zum Nationalfeiertag am 14. Juli 2019 (Le Figaro 2019). Ingrid Levavasseur, eine der zentralen Figuren der Anfangszeit, unternahm im Januar den Vorstoß, eine Liste der Gelbwesten für die Europawahlen aufzustellen. Der Vorschlag scheiterte jedoch am Widerstand eines Teils der Bewegung, der Repräsentation generell ablehnte (Vandepitte 2019: 19). Bei der besagten Wahl im Mai 2019 gab es aber letztlich doch zwei der Bewegung zuzuordnende Listen, die jedoch lediglich 0,54 Prozent respektive 0,01 Prozent der Stimmen erhielten (Nouvel Observateur 2019a).

Nach einem eher ruhigen Sommer traten die Gelbwesten im Herbst 2019 landesweit erneut anlässlich ihres Jahrestages in Erscheinung. In Paris waren die Proteste von Gewalt und Vandalismus gekennzeichnet, was in der Medienöffentlichkeit scharf kritisiert wurde (Le Parisien 2019). Am 5. Dezember demonstrierte die Bewegung dann gemeinsam mit Gewerkschaften und der linksradikalen Partei *La France Insoumise*<sup>21</sup> gegen die geplante Rentenreform von Emmanuel Macron. Monatelange Streiks insbesondere bei der staatlichen Bahngesellschaft SNCF<sup>22</sup> legten in den folgenden Wochen das Land lahm (De Comarmond 2019). Mit dem Jahreswechsel 2019/20 endet der Untersuchungszeitraum dieser Arbeit.

Den Erwartungen des bei Blühdorn angenommenen Subjektwandels entspricht die initiale Mobilisierung der Gelbwesten. Blühdorn spricht von „spontan[em], sporadisch[em] und projekthaft[em]“ Engagement fluider Subjekte (Blühdorn 2013: 191): Ähnlich dem Phänomen der „Wutbürger[\*innen]“ seien Proteste überraschend heftig und „medial aufgeheizt“ (Blühdorn 2013: 191). Die Persistenz der Bewegung passt jedoch weniger in dieses Bild, denn obwohl die Zahl der Demonstrierenden im weiteren Verlauf stark abnahm, fanden bis zum Ende des Untersuchungszeitraums wöchentliche Demonstrationen statt. Diese Konsistenz ist untypisch für fluide Subjekte. Sie ließe sich eventuell damit begründen, dass die verbleibenden Demonstrierenden ihre andauernde Teilnahme als Möglichkeit der Selbstverwirklichung und Inszenierung ihrer Persönlichkeit verstanden (Ebd.: 192). Darauf deuten etwa die ausgefeilten Kostüme hin, die bei den Demonstrationen im Spätherbst 2019 getragen wurden. Die Autorin beobachtete in Lyon bei dieser Gelegenheit eine Vielzahl von Ausdrucksformen: beschriftete Westen, Fahnen oder auch einen Gallier-Helm (Abbildung 6). Die Assoziation der Gallier\*innen erstens als französisches Kulturgut und zweitens als Widerständler\*innen drängte sich auf.

---

<sup>21</sup> Der Name der Partei *La France Insoumise*, kurz meist *FI*, bedeutet übersetzt etwa „Aufsässiges Frankreich“.

<sup>22</sup> SNCF steht für *Société nationale des chemins de fer français*, übersetzt *Nationale Gesellschaft der französischen Eisenbahnen*.



Abbildung 6: Zwei Demonstrierende stehen vor einem Transparent mit der Aufschrift "Gilets Jaunes", "Gelbwesten". Die Frau auf der linken Seite trägt eine gelbe Weste und einen Gallier-Helm. Foto: Privat.

Kongruent mit Blühdorns Annahmen ist wiederum die Entstehung der Bewegung aus einer Online-Petition und die Vernetzung der Mitglieder über soziale Medien. Beim Unterschreiben oder Teilen von Protestlisten oder Meinungsbeiträgen handele es sich um politische Partizipation mit sehr geringem Aufwand und ohne andauernde Verpflichtungen, führt Blühdorn aus (Ebd.: 192). Die Wahl der gelben Weste als Erkennungszeichen entspricht dieser Präferenz für geringen Aufwand, da die Warnweste in Frankreich seit 2008 zur gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsausrüstung in Fahrzeugen gehört (Vandepitte 2019: 6).

### 5.1.2 Symbolik der Bewegung

Das Kleidungsstück, welches zum Kennzeichen der Bewegung wurde, ist dreifach symbolisch. Zunächst muss jede\*r Fahrzeugführer\*in eine gelbe Weste besitzen. Somit vereinte die Weste die Gruppe der Menschen, die ein Auto besaßen und deswegen von den genannten Umweltmaßnahmen betroffen waren. Zudem sorgte die grelle Weste für Sichtbarkeit, was durchaus im übertragenen Sinne zu betrachten ist: Es demonstrierten die, die sich unsichtbar, missachtet und vergessen fühlten (Huy Ghe / Desmaison / Liccia 2018: 12f.). Drittens tragen zahlreiche Menschen die Warnweste täglich als Arbeitskleidung, so etwa Beschäftigte des Dienstleistungssektors im öffentlichen Raum. Dies sind die modernen Arbeiter\*innen, die innerhalb der Bewegung überrepräsentiert waren (Fourquet / Manternach 2019: 5). Die gelbe Weste gab schließlich der Bewegung ihren Namen und machte sie international bekannt.

Symbolische Orte sind außerdem die Kreisverkehre, an denen sich zu Beginn der Proteste im gesamten Land die Demonstrierenden versammelten: Die Kreisverkehre sind typisch für

ländliche Regionen und Kleinstädte in Frankreich. Sie befinden sich oft in Gewerbegebieten, bei großen Supermärkten außerhalb der Stadtzentren.<sup>23</sup> Sie sind damit sinnbildlich für jenes provinzielle Frankreich, aus dem die Gelbwesten mehrheitlich stammten (Kempin / Tokarski 2019: 1). Durch die Blockade dieser Knotenpunkte gelang es den Protestierenden außerdem, massive Störungen des Verkehrs auszulösen und so Aufmerksamkeit zu generieren.

Im Gegenzug dazu steht Paris für den Ort der Elite, der Reichen, der Oberschicht (Noiriel 2019: 97). Außerdem war die Hauptstadt der Ort berühmter Aufstände, etwa der Barrikadenkämpfe im Jahr 1848, an deren Ende der König abdankte (Ebd.: 97f). Die Demonstrationen auf den Champs Elysées und die Schriftzüge auf dem Triumphbogen sind in diesem Kontext zu betrachten. Die symbolische Eroberung des politischen und wirtschaftlichen Zentrums inszeniert einen Demos mit deutlichen, legitimen Forderungen. Blühdorn versteht Aktionen dieser Art als „Artikulation des Souveränitätsanspruchs“ und damit als Selbstvergewisserung fluider Subjekte in simulativer Demokratie (Blühdorn 2013: 199).

Generell verleihen die genannten symbolischen Elemente der Bewegung eine besondere Theatralik (Vgl. Ebd.: 173). Sie können als Mittel der Inszenierung und Selbstdarstellung gedeutet werden, die in postdemokratischer Partizipation eine herausgestellte Rolle spielen (Ebd.: 192). Auffällig ist hier, dass die oben genannte Niedrigschwelligkeit und Inszenierung miteinander aufwiegen: Zahlreiche Gelbwesten nahmen die Anreise zu den Großdemonstrationen in Paris<sup>24</sup> auf sich, um sich dort inszenieren zu können.

### 5.1.3 Wertewandel in Frankreich

Pierre Bréchon fasst die wichtigsten Trends der Werte und Präferenzen der Menschen aus der periodisch durchgeführten *European Values Study* für Frankreich zusammen (Bréchon 2019).<sup>25</sup> Für die vorliegende Arbeit bietet diese Untersuchung eine wichtige Grundlage, da die Prüfung von Subjekt- und Bedürfniswandel zu ihren zentralen Herausforderungen zählt.

Bréchon stellt zunächst fest, dass in Frankreich das Vertrauen in andere Menschen stabil blieb und altruistische Einstellungen im beobachteten Zeitraum sogar zunahm (Ebd.). Darunter

---

<sup>23</sup> Diese Gewerbegebiete sind vielen Gelbwesten ein Dorn im Auge, da sie zumeist kleinen, inhaber\*innengeführten Geschäften in Stadtzentren die Kundschaft streitig machen, woraufhin diese vielerorts schließen müssen. Die Empörung darüber spiegelt sich in der Liste der 42 Forderungen. Explizit wird dort gefordert, den Bau großer Einkaufszentren außerhalb der Stadtkerne zugunsten kleinerer Geschäfte in den Innenstädten zu stoppen und darüber hinaus durch mehr kostenfreie innerstädtische Parkplätze wieder mehr Kundschaft dorthin zu leiten (Ohne Autor\*in 2019).

<sup>24</sup> Aus dem Großraum Paris stammten nur zwölf Prozent der Gelbwesten in einer Umfrage des Instituts ELABE, obwohl in dieser Region etwa 20 Prozent der französischen Gesamtbevölkerung leben (ELABE 2018).

<sup>25</sup> Für Frankreich fand die Datenerhebung von März bis August 2018 statt (Bréchon 2019: 2).

zählt die Anteilnahme an den Lebensbedingungen anderer Menschen (Bréchon 2019: 3). Dieses Erkenntnis stellt den angenommenen Trend der Individualisierung (Ebd.) zunächst in Frage und zeigt an, dass die Solidarität innerhalb der Gesellschaft nicht gesunken ist (Ebd.). Dieser Widerspruch wird auch in der Betrachtung der Gelbwestenbewegung offenbar: Die Demonstrierenden sind nicht bereit, sich einer Organisation unterzuordnen. Sie stehen stattdessen für ihre individuellen Anliegen und berichten von persönlichen Erfahrungen der politischen Missachtung oder des sozialen Abstiegs (Huy Ghe et al. 2018: 12). Andererseits empfinden sie die Bewegung als Leidensgemeinschaft (Interview 02: 92) und solidieren sich mit Menschen, denen es innerhalb der Gesellschaft schlecht ergeht (Interview 06: 12).

Durch die Linse simulativer Demokratie erscheint die verzeichnete Individualisierungstendenz (Bréchon 2019: 8) klar als Bestandteil der reflexiven Modernisierung. Die Solidarität der Gelbwesten untereinander wirft jedoch zumindest Fragen auf. Sie ließe sich eventuell als Selbstdarstellung deuten (Vgl. Blühdorn 2013: 192): Das Mitgefühl wirft ein positives Bild auf denjenigen, der es äußert. Ob es sich um genuines oder lediglich opportunistisch zur Schau gestelltes Mitgefühl handelt, ist hier schließlich nicht zu ermitteln. Ferner lässt die Theorie Blühdorns auch die Einordnung der demonstrativen Solidarität als Simulation zu. In dieser Betrachtung bringen Bürger\*innen die Gültigkeit demokratischer Werte zur Vorstellung, obschon diese ihre Grundlage verloren haben (Vgl. Blühdorn 2019: 69). Durch ihre Solidarität vergewissern sich die Teilnehmenden in dieser Logik der Existenz eines Demos und der Gleichheit seiner Glieder. Sie fühlen sich so als Bürger\*innen und in der Gemeinschaft auch als demokratischer Souverän. Interessant sind auch der Wunsch nach mehr Toleranz und die langfristige Abnahme von Fremdenfeindlichkeit, welche Bréchon (2019: 4) verzeichnet. Denkbar ist, dass eine Gesellschaft in postdemokratischer Konstellation Verschiedenheit leichter aushält, da Kollektive zugunsten individueller Lebensgestaltung an Wert verlieren (Vgl. Blühdorn 2013: 190).

Generell beobachtet der Autor ein gestiegenes Glücksgefühl, welches an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt ist: Gesundheit und Entscheidungsfreiheit im eigenen Leben sorgen für Zufriedenheit im Privatleben (Bréchon 2019: 6). Der Zustand von Gesellschaft und Politik wurde jedoch zunehmend negativ gesehen (Ebd.). Der Autor führt dies auf ein unterschiedliches Gefühl der Kontrolle zurück: „Haben viele zwar das Gefühl, souverän ihr eigenes Leben bestimmen zu können, so haben sie andererseits aber den Eindruck, dass dies nicht für die gesellschaftliche und politische Situation gilt, was zu Frustration führt“ (Ebd.). Diese Passage ähnelt dem von Blühdorn beschriebenen Handel (Blühdorn 2013: 189): Der Preis für die Delegation von Verantwortung ist der faktische Verlust politischer Kontrolle. Die kritischere

Einstellung gegenüber Institutionen und Eliten, häufigere Protestaktionen und die Zunahme von Petitionen kann im Sinne Blühdorns als Simulation gedeutet werden (Blühdorn 2011: 68). Die faktische Abgabe politischer Einflussmöglichkeiten wird zwar akzeptiert, da sie die Erfüllung neuer Bedürfnisse ermöglicht (Ebd.: 67). Demokratische Werte sind jedoch nach wie vor unverzichtbar für das Selbstverständnis der Bürger\*innen nun fluider Identität (Blühdorn 2013: 177). Aus diesem Grund protestieren sie demonstrativ und vergewissern sich so der bestehenden Gültigkeit demokratischer Werte (Ebd.).

Diese These wird flankiert von der Erkenntnis, dass demokratische Werte in der französischen Bevölkerung eine hohe Zustimmung erfahren (Bréchon 2019: 12f). Die Befragten wünschten sich zudem die Möglichkeiten freier Meinungsäußerung und des „Mitredens bei politischen Entscheidungen“ (Ebd.: 12). Dies zeigt hohe Repräsentationsansprüche (Vgl. Blühdorn 2011: 64).

Mit der aktuellen Funktionsweise des politischen Systems in Frankreich waren die Befragten jedoch mehrheitlich unzufrieden – nur jede\*r zweite Befragte hielt es für demokratisch (Bréchon 2019: 12). Blühdorn argumentiert, demokratische Herrschaft sei „nicht sonderlich effizient“ (Ingolfur Blühdorn, zitiert nach Göttinger Institut für Demokratieforschung 2013) und damit den Bedürfnissen fluider Subjekte abträglich (Vgl. Blühdorn 2013: 175). Die zitierte Untersuchung scheint dies zu untermauern: fast die Hälfte der Befragten hielt „ein System von technokratischen Expert[\*inn]en“ für sinnvoll, jede\*r Vierte bewertete ein autoritäres System positiv (Bréchon 2019: 12). Aus der Perspektive simulativer Demokratie konkurrieren hier zwei Bedürfnisse: der Wunsch nach demokratischer Selbsterfahrung (Blühdorn 2013: 192) und der nach Verantwortungsdelegation (Ebd.: 144). Die Erwartung an politische Eliten, Probleme effizient zu lösen, entstammt postdemokratischen Veränderungen der Legitimation (Ebd.: 175).

Bréchon stellt fest, dass der Glaube, die Familienplanung, die Arbeit sowie politisches Engagement nicht länger als Pflicht, Tradition oder Notwendigkeit aufgefasst werden (Bréchon 2019: 8f). Stattdessen böten auch diese Lebensbereiche Möglichkeiten der Sinnstiftung und Selbstverwirklichung (Ebd.). Auch die Wahlbeteiligung werde nicht länger als demokratische Pflicht, sondern als Recht verstanden (Ebd.: 10). Der Abschied von Verantwortung und Verpflichtung und die Präferenz für Freiheit und Möglichkeit entsprechen exakt den Bedürfnissen fluider Subjekte in simulativer Demokratie (Blühdorn 2011: 62). Dieser Wandel wird dort bedingt durch das Vordringen des Marktes in nahezu alle Lebensbereiche (Blühdorn 2013: 130). Statt Loyalität gegenüber einer Partei, Institution, Religion oder Person wählen fluide Subjekte unter politischen und gesellschaftlichen Angeboten (Blühdorn 2011: 62).

Bréchon notiert, dass die in der Studie Befragten nicht in politische Apathie<sup>26</sup> verfielen, sondern tendenziell sogar häufiger eine eigene Meinung besäßen. Der Autor führt dies auf erweiterte Möglichkeiten des Nachrichtenkonsums sowie des Austausches in sozialen Medien zurück (Bréchon et al. 2019: 10). Interessant wäre an dieser Stelle, welche Themen dies betraf. Bürger\*innen in postdemokratischer Konstellation „engagieren sich für Themen, die sie unmittelbar betreffen oder interessieren“ (Blühdorn 2013: 191). Aufgrund anonymisierter Daten ist jedoch nicht nachzuvollziehen, inwieweit dies auf die Befragten der Langzeitstudie zutrifft.

Auch bei methodischer Sauberkeit der Studie sind einige Ungewissheiten nicht zu vermeiden. Dies berührt einerseits die soziale Erwünschtheit bestimmter Antwortoptionen. Inwiefern die Antworten Idealen und inwieweit sie realistischen Werten der Befragten entsprechen, ist letztlich nicht sicher. Mit Blühdorn ließe sich argumentieren, dass die „Betonung traditioneller Werte“ der Selbstvergewisserung fluider Subjekte dient (Blühdorn 2013: 144). So können sie die Tatsache bewältigen, dass eben diese Werte nach dem vollzogenen Subjektwandel nicht mehr realistisch sind.

Insgesamt sprechen die in der Untersuchung beobachteten Trends klar für die Gültigkeit der Theorie simulativer Demokratie. Sowohl Prämissen der Theorie als auch der Bewältigungsmechanismus konkurrierender Bedürfnisse sind kongruent mit den durch Bréchon ausgewerteten Daten.

#### **5.1.4 Zusammensetzung der Bewegung**

Die Zusammensetzung der Bewegung wurde im Abschnitt zum Stand der Forschung bereits angeschnitten. Generell muss die Einschränkung gelten, dass entsprechende Erhebungen Momentaufnahmen sind. Die initiale Mobilisierung umfasste etwa einen weitaus größeren Personenkreis als die zum Zeitpunkt der für diese Arbeit geführten Interviews (Ministère de l'Intérieur 2019). Entsprechend des inhaltlichen Wandels der Bewegung ist auch zu erwarten, dass sich ihre Zusammensetzung über den Untersuchungszeitraum hinweg veränderte (Vgl. Boulouque 2019: 135). Aufgrund der wesentlich besseren Datenlage beziehen sich die folgenden Aussagen auf den Beginn der Bewegung.

Verschiedene Umfragen etablierten im Spätherbst 2018 im Wesentlichen, dass es sich bei den Gelbwesten um eine Bewegung der Provinz handelte (Vgl. Kempin / Tokarski 2019: 1). 27 Prozent beziehungsweise 24 Prozent der Teilnehmenden kamen aus ländlichen Gebieten

---

<sup>26</sup> Colin Crouch, der den Begriff der Postdemokratie populär machte, ging davon aus, dass die Mehrheit der Bürger\*innen sich nicht länger an Politik beteiligt oder für sie interessiert (Colin Crouch 2008, zitiert nach Blühdorn 2013: 113).

respektive Kleinstädten mit 2 000 bis 20 000 Einwohner\*innen (Galetti / Wissmann 2019: 2). Aus dem Großraum Paris stammten nur zwölf Prozent der Befragten, obwohl in dieser Region 20 Prozent der Gesamtbevölkerung Frankreichs lebten (Ebd., ELABE 2018). Laut der bereits zitierten Gruppe von Forscher\*innen aus Grenoble waren Frauen mit 56 Prozent überrepräsentiert (Guerra et al. 2019). Die dort festgestellte Überrepräsentation von Rentner\*innen, Beschäftigten im Handelsgewerbe, Handwerker\*innen und Selbstständigen wurde in der Erhebung des Instituts ELABE bestätigt. Hier hatten von denjenigen, die sich selbst als Gelbwesten bezeichneten, lediglich 13 Prozent beruflich eine leitende oder intellektuell gehobene Position inne (ELABE 2018). Insgesamt scheinen Beschäftigte des Privatsektors im Vergleich mit denen im öffentlichen Dienst in der Bewegung stärker vertreten<sup>27</sup> (Galetti / Wissmann 2019: 3). Die Wissenschaftler\*innen verzeichneten außerdem eine stärkere Identifikation mit den Gelbwesten bei den 50-64-Jährigen als bei der Altersgruppe von 18-24 Jahren (ELABE 2018). Auffällig war zudem ein vergleichsweise niedriges Bildungsniveau derjenigen, die sich als Gelbwesten bezeichneten (Ebd.). Sie beschrieben ihre eigene finanzielle Situation indes überdurchschnittlich oft als schwierig (Ebd.). Umgekehrt gaben bei den Unterstützer\*innen der Bewegung lediglich 13 Prozent an, sich in einer komfortablen finanziellen Lage zu befinden (Ebd., Vgl. Guerra et al. 2019).

Nur vier Prozent der selbsternannten Gelbwesten sagten aus, im ersten Wahlgang der letzten Präsidentschaftswahlen für Macron gestimmt zu haben<sup>28</sup>. Diese ablehnende Haltung gegenüber Macron machten Guerra et al. als verbindendes Merkmal der Gelbwesten aus (Guerra et al. 2019). In dieser Arbeit wurde sie anhand der durchgeführten Interviews ebenso bestätigt.

Die Analyse der Zusammensetzung der Gelbwestenbewegung anhand der Theorie simulativer Demokratie stößt schnell an Grenzen. Ingolfur Blühdorn verzichtet nämlich darauf, aufzuschlüsseln, welche Teile der Bevölkerung sich in simulativer Demokratie an Protesten beteiligen. Der Autor unterteilt stattdessen vereinfachend in „Eliten“ (Blühdorn 2011: 68) und „Bürger“\*innen (Ebd.). Nun handelt es sich bei der französischen Bevölkerung um eine recht geschlossene Gesellschaft, die ein effizientes, aber relativ exklusives System der Elitenrekrutierung entwickelt hat (Kempf 2017: 246). Soziale Mobilität ist in Frankreich traditionell niedrig (Ebd.: 347). Das liegt zum einen am Zentralismus, der Paris als wirtschaftliches, politisches

---

<sup>27</sup> Frankreich zeichnet sich durch einen sehr großen öffentlichen Sektor aus. Dies wird oft als problematisch angesehen, da Beschäftigte im öffentlichen Dienst zahlreiche Privilegien wie Kündigungsschutz und gute Renten genießen. Die Implikationen des umfassenden Staatswesens für die Wirtschaftspolitik umreißt etwa Udo Kempf in „Das politische System Frankreichs“ (Kempf 2017: 312).

<sup>28</sup> Er erhielt im ersten Wahlgang insgesamt 24,01 Prozent der abgegebenen Stimmen (Urmersbach 2020a).

und gesellschaftliches Zentrum herausstellt und das übrige Land zur Peripherie herabsetzt<sup>29</sup> (Kempf 2017: 338). Blühdorn bedient sich dieser populistisch anmutenden Gegenüberstellung von Volk und Eliten, um so zwei Seiten der Simulation zu stilisieren. Dies ist zur Konstruktion der Theorie sinnvoll. Blühdorn übernimmt für seine Überlegungen ein entsprechendes Element postdemokratischer Theorie, die Dichotomie von „oben“ und „unten“. Moralisch verfallene Eliten, welche abgekoppelt von Nationalstaat und Bevölkerung die Geschicke lenken, sind deren düstere Vision (Blühdorn 2011: 51).

Während diese Vorgehensweise einleuchtet, lässt der Autor offen, wie sich die Zusammensetzung der beiden Gruppen gestaltet. Aus seiner Theorie geht ebenso wenig hervor, ob und in welchem Ausmaß Mobilität zwischen Bevölkerung und Eliten besteht. Für die Erforschung sozialer Bewegungen ist es jedoch relevant, zu verstehen, welcher Personenkreis sich an ihnen beteiligt. In Deutschland ist dies aktuell beispielsweise anhand der *Querdenker*-Bewegung respektive *Fridays For Future* zu beobachten. Die Zusammensetzung sozialer Bewegungen steht in engem Zusammenhang mit ihren Zielsetzungen, Aktionsformen oder ihrer politischen Verortung (Vgl. Fourquet / Manternach 2019).

Wenn Blühdorn Protestverhalten behandelt, differenziert er nicht, welcher Teil der Bevölkerung dies praktiziert und wer es unterlässt. Stattdessen ist von *den* Bürger\*innen die Rede. Laut Blühdorn müssten *alle* fluiden Subjekte der Gesellschaft die beschriebenen Widersprüche durch Protest bewältigen (Blühdorn 2013: 215). Bei dieser Annahme müssten regelmäßig Millionen von Bürger\*innen auf die Straße gehen. Dies ist jedoch nicht zu beobachten, stattdessen gelten Zahlen wie die des 17. Novembers 2018 als massive Mobilisierung. Selbst nach den Terroranschlägen im Jahr 2015 war zwar ein beachtlicher, aber letztlich im Vergleich zur Gesamtbevölkerung kleiner Teil der Menschen in Frankreich auf der Straße<sup>30</sup>. Selbst wenn man berücksichtigt, dass die Formen postdemokratischer Partizipation vielfältig sind (Blühdorn 2013: 191ff), wirft dies die Frage auf, weshalb sich einige Menschen für aufwändigen physischen Protest entscheiden, andere jedoch nicht<sup>31</sup>. Blühdorn äußert sich im Gegenzug ebenfalls nicht dazu, ob oder weswegen Teile der Bevölkerung keine Form postdemokratischer

---

<sup>29</sup> Neben der Hauptstadt liegen in Frankreich keine weiteren Millionstädte. Die zweitgrößte Stadt ist mit etwa 860.000 Einwohner\*innen Marseille, an dritter Stelle liegt Lyon mit rund 520.000 Einwohner\*innen (Urmersbach 2020b).

<sup>30</sup> Gezählt wurden beim „Marsch der Republik“ in Paris etwa 1,5 Millionen Teilnehmende (Gaul / Husmann 2015), Frankreich hatte 2015 etwa 66,5 Millionen Einwohner\*innen (The World Bank 2021).

<sup>31</sup> Hiermit sei nicht die Erwartung impliziert, zur Gültigkeit der Theorie müssten sich alle Bürger\*innen an derselben Bewegung beteiligen. Blühdorn schreibt, Bürger\*innen in der postdemokratischen Konstellation engagierten sich für Themen, „die sie unmittelbar betreffen oder interessieren“ (Blühdorn 2013: 191ff). Infolge der fortgeschrittenen Ausdifferenzierung der Gesellschaft sind dies gänzlich verschiedene Dinge. Gemeint ist hier, dass Teile der Bevölkerung gar nicht an Straßenprotesten teilnehmen.

Partizipation oder Protestverhalten zeigen. Die Theorie simulativer Demokratie weist an dieser Stelle einen blinden Fleck auf.

Eine erste Möglichkeit ist, dass die Personen, welche keinerlei Protestverhalten zeigen<sup>32</sup>, der Elite angehören. Blühdorn macht keine Angaben über die Größe dieser Gruppe. Qua Definition<sup>33</sup> müsste die politische Elite jedoch im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung klein sein. Daher erscheint diese Hypothese für sich allein als nicht überzeugend. Nach der Betrachtung der Zusammensetzung der Gelbwestenbewegung schlägt die Autorin der vorliegenden Arbeit deswegen die folgende Hypothese vor: Das Bedürfnis nach Bewältigung des postdemokratischen Dilemmas auf Seiten der Bürger\*innen ist ungleich verteilt. Die vermutete Ursache ist eine unterschiedlich starke Wahrnehmung des „Paradox postdemokratischer Erwartungshaltungen“ (Blühdorn 2011: 62). Bei starker Wahrnehmung des Widerspruchs zwischen demokratischem Selbstverständnis und der „Präferenz für nicht-demokratische Formen, die ihren Interessen als fluide Persönlichkeit entgegenkommen“ (Ebd.), könnte es notwendig werden, dieses Paradox durch Simulation zu bewältigen. Bei nur schwacher Wahrnehmung des Dilemmas könnte Protestbeteiligung nicht notwendig werden.

Das Fallbeispiel der Gelbwesten suggeriert als Einflussgrößen etwa den Grad der Identifikation mit der aktuellen politischen Elite und damit verbunden die Bedienung der Repräsentationsansprüche eines Individuums. Hierfür spricht etwa die starke Ablehnung des amtierenden Präsidenten Emmanuel Macrons innerhalb der Bewegung. Sowohl in seiner Politik als auch in seiner Persönlichkeit stellt er das Gegenteil der durchschnittlichen Teilnehmer\*innen der Gelbwestenbewegung dar. Macron besuchte eine Elite-Hochschule (Bréchon 2019a: 22), gilt unter den für diese Arbeit befragten Gelbwesten als wohlhabend<sup>34</sup>, bekleidet eine Führungsposition im Staatsdienst und lebt in Paris. Die Gelbwesten weisen dagegen durchschnittlich eine eher geringe Bildung, eine unsichere finanzielle Situation und bescheidene Einkommen aus dem privaten Sektor auf und leben im ländlichen oder kleinstädtischen Frankreich. Den Gegensatz der politischen Prioritäten kontrastieren Galetti und Wissmann als den Unterschied zwischen der Furcht vor dem Ende der Welt und der Furcht vor dem Ende des Monats<sup>35</sup>: Während Macron

---

<sup>32</sup> Darunter zählt nicht lediglich die klassische Teilnahme an einer physischen Demonstration, sondern ein Spektrum postdemokratischer Partizipations- und Protestformen (Blühdorn 2013: 191ff).

<sup>33</sup> Der Duden definiert „Elite“ als „eine *Auslese* darstellende Gruppe von Menschen mit besonderer Befähigung, besonderen Qualitäten; die Besten, Führenden; Führungsschicht, -mannschaft“ (Duden Online Wörterbuch 2020).

<sup>34</sup> Der Befragte in Interview 02 betont etwa, Macron sei ein Bankier, der „nur für die Reichen“ arbeite (Interview 02: 82). Zudem sei „seine Frau sehr reich“ (ebd.: 86).

<sup>35</sup> Französisch: „Fin du mois versus fin du monde“, übersetzt etwa „Monatsende versus Weltuntergang“ (Galetti / Wissmann 2019: 3).

Klimaschutz forciert, um gewissermaßen den Weltuntergang zu verhindern, geraten viele Gelbwesten am Ende jeden Monats in existenzielle Not, da das Geld nicht zum Leben ausreicht (Galetti / Wissmann 2019: 3). Während sich die Gelbwesten mehr Sicherheit wünschen und den sozialen Abstieg fürchten (Kempin / Tokarski 2019: 1), strebt Macron an, die französische Wirtschaft zu liberalisieren und rigide Arbeitsschutz, Renten- und Sozialgesetze zu flexibilisieren (Vgl. Schwarzer 2020: 80, Uterwedde 2019: 97f).

Die Überrepräsentation von Frauen (Guerra et al. 2019) in der Bewegung ist weniger leicht zu erklären. Es ist denkbar, dass sich Frauen deshalb weniger mit Macron identifizieren, weil er ein Mann ist. Gleichzeitig fördert Macron in seiner Politik Frauen, was diesen Effekt beeinflussen dürfte: Er setzte sich etwa für politische Parität in der Nationalversammlung ein und forcierte dies in der Fraktion seiner Partei *LREM* (Rossignol / Fourtic 2020: 4, Noiriél 2019: 73).

Ein weiterer möglicher Faktor für das Bedürfnis nach Simulation ist die Kapazität für Politisierung. Zu dieser Überlegung kommt die Autorin, da sich die Beteiligung an den Protesten der Gelbwesten in den französischen Banlieues in Grenzen hält, obwohl deren Bewohner\*innen sich nicht mehr mit der aktuellen politischen Führung identifizieren dürften als die Teilnehmenden der Gelbwestenbewegung (Kempin / Tokarski 2019: 2). Es waren nicht die marginalisiertesten Bevölkerungsteile, die sich der Bewegung anschlossen. Nach Blühdorn nimmt das „Management des individuellen Lebens“ so viel Zeit in Anspruch, dass für politische Beteiligung keine Kapazität bleibt (Blühdorn 2011: 59). Es ist denkbar, dass dies umso mehr auf Personen zutrifft, die in finanziell oder sozial unsicheren Verhältnissen leben. Blühdorn schreibt indes, dass der „Umbau des Subjekts“ (Blühdorn 2013: 139) nicht in allen Schichten im selben Tempo verläuft: Der Subjektwandel gehe im Leitmilieu schneller vonstatten als in ärmeren Schichten (Ebd.: 139). Unter diesen Vorzeichen wäre zu erwarten, dass das Protestverhalten sich in wohlhabenderen Schichten besonders stark zeigt und mit sinkendem Einkommen und sozialem Status abnimmt. Die Gelbwesten gehören jedoch durchschnittlich eher der unteren Mittelschicht an (ELABE 2018). Diese Annahme trifft alsdann zumindest auf das gewählte Fallbeispiel nicht zu.

Letztlich könnten die individuelle Wertschätzung und die Priorität der Demokratie in der Selbstverwirklichung von Individuen eine Rolle spielen. Für diese Annahme spricht, dass ältere Jahrgänge öfter vertreten sind als jüngere (ELABE 2018). Mit Blühdorn ließe sich argumentieren, dass der Subjektwandel ein Prozess ist und ältere Jahrgänge demnach anders sozialisiert wurden als jüngere. Blühdorn verortet die Neuen Sozialen Bewegungen in den 1970er und 1980er Jahren als Hochzeit des autonomen, modernen Subjekts (Blühdorn 2013: 53, Blühdorn

2011: 45). Dass jüngere Menschen aus diesem Grund jedoch generell weniger stark das postdemokratische Dilemma wahrnehmen und durch Protest bewältigen müssen, wird durch Bewegungen widerlegt, die aktuell vor allem junge Menschen mobilisieren. Das augenscheinlichste Beispiel ist die globale Klimabewegung *Fridays For Future* (De Moor et al. 2020: 11).

Die hinreichende Prüfung dieser Hypothesen übersteigt klar die Möglichkeiten dieser Arbeit. Sie stellen lediglich erste Schlüsse aus der Betrachtung eines Fallbeispiels dar. Für eine Ergänzung oder Weiterentwicklung der Theorie simulativer Demokratie wäre es jedoch ein lohnendes Unterfangen, dies an anderer Stelle zu vertiefen.

### 5.1.5 Forderungen der Bewegung

Eine Erfahrung bei der Durchführung der Interviews im Spätherbst 2019 war, dass die Befragten je gänzlich unterschiedliche Absichten und Forderungen mit ihrem Protest verbanden.

Ende November 2018 gelangte eine Liste mit 42 Forderungen der Gelbwesten an die Öffentlichkeit (Meichler 2019). Diese ist nicht thematisch gegliedert und macht das Spektrum der Anliegen deutlich. Auffällig ist das Übergewicht sozialer Themen: Von 42 Punkten sind 18 dem Bereich Arbeit und Soziales zuzuordnen. Darunter sind etwa die Bekämpfung der Obdachlosigkeit, die Schaffung sozialen Wohnraums, sichere und existenzsichernde Renten und ein Mindestlohn von 1300 Euro netto im Monat. Außerdem sollen beispielsweise die Beihilfen für Schwerbehinderte angehoben und Arbeitsplätze geschaffen werden. Aufgelistet wird darüber hinaus die Forderung nach mehr unbefristeten Arbeitsverträgen (Meichler 2019).

Den zweiten Schwerpunkt bildet die Steuerpolitik. Deutlich wird hier der Wunsch nach einer Umverteilung der Steuerlast. Die Autor\*innen<sup>36</sup> des Dokuments fordern unter anderem eine progressive Einkommenssteuer mit mehr Abstufungen sowie die erhöhte Besteuerung von Großkonzernen, während die Steuerlast kleiner Betriebe verringert werden soll (Ebd.). Statt der Kohlenstoffdioxidsteuer wird die Besteuerung von Kerosin verlangt (Ebd.). Auf institutioneller Ebene zählt die Rückkehr zu einer siebenjährigen Amtszeit des Staatspräsidenten mit zeitlich versetzter Wahl der Nationalversammlung zu den Forderungen, ebenso wie die Verankerung eines Volksentscheids nach Bürgerinitiative in der Verfassung (Ebd.).

Wirtschaftspolitisch fallen protektionistische Forderungen auf, etwa nach dem Schutz der französischen Industrie und dem Verbot der Produktionsverlagerung in das Ausland (Ebd.).

---

<sup>36</sup> Wer genau die Liste konzipiert und veröffentlicht hat, ist nicht nachzuvollziehen. Dies entspricht dem Prinzip der Bewegung, sich keine offiziellen Sprecher\*innen oder Gremien zu geben.

Außerdem fordern die Autor\*innen des Dokuments eine bessere, humane Regelung von Flucht und Migration bis hin zu einer genuinen Integrationspolitik (Ohne Autor 2019).

Auf einer eigens zu diesem Zweck erstellten Internetseite hatten Interessierte später die Gelegenheit, über Forderungen abzustimmen (Ebd.). Die Optionen waren nicht deckungsgleich mit den 42 Forderungen des ersten Communiqués. Die Forderungen mit der größten Zustimmung unter den Abstimmenden waren die nach effektiver Steuerfahndung, nach einem Ende der lebenslangen finanziellen Entschädigung ehemaliger Staatspräsident\*innen, nach gerechter Besteuerung großer und kleinerer Unternehmen sowie die Einberechnung ungültiger Stimmzettel bei Wahlen<sup>37</sup> (Ebd.).

Insgesamt ist eine Betonung der Solidargemeinschaft und der Wunsch nach mehr öffentlichen Dienstleistungen beobachtbar. Die Ablehnung Emmanuel Macrons erschöpft sich indes nicht in der Antipathie gegenüber seiner Person – auch inhaltlich stehen die Vorstellungen der Gelbwesten konträr zum liberalen Kurs Macrons<sup>38</sup>. Deutlich wird außerdem der Wunsch nach einer Umverteilung finanzieller Lasten weg von Menschen mit geringeren Einkommen und hin zu Wirtschafts- und politischen Eliten.

Die im Protest in simulativer Demokratie erwartbaren Forderungen richten sich typischerweise gegen empfundene Repräsentationslücken. Typisch sind laut Blühdorn außerdem Rufe nach mehr Beteiligung und „mehr Demokratie“ (Blühdorn 2011: 59). Mit dem RIC<sup>39</sup> wünschen sich die Beteiligten ein Referendum mit Initiativrecht für Bürger\*innen. Darüber hinaus handelt es sich jedoch um politische Forderungen aus verschiedensten Feldern. Für die Gültigkeit der Theorie simulativer Demokratie spricht die Diversität der Anliegen. Sie ermöglicht es Personen fluiden Identität, ihre individuellen Prioritäten zu artikulieren, ohne sich einem Kollektiv unterzuordnen (Vgl. Blühdorn 2013: 190).

Differenziert muss der Aspekt der Politisierung betrachtet werden. In Interview 08 etwa spricht die Befragte von diesem Effekt. Durch ihr demonstrativ apolitisches Bild hätten sich der Bewegung viele Menschen angeschlossen, die der Politik generell ablehnend gegenübergestanden hätten (Interview 08: 94f). Nach der anfänglichen Solidarisierung auf den Kreisverkehren und dem Austausch der Wut über persönliche Schicksale hätten die Teilnehmenden jedoch begonnen, zu abstrahieren. Sie hätten begonnen, über politische Missstände und mögliche Lösungen

---

<sup>37</sup> Diese Forderung formuliert etwa die Befragte in Interview 04 (Interview 04: 21ff).

<sup>38</sup> Die Reformvorhaben Macrons und ihre beabsichtigten Wirkungen beschreibt beispielsweise Henrik Uterwedde (Uterwedde 2019: 96ff).

<sup>39</sup> RIC steht für „Référéndum d’initiative citoyenne“.

zu debattieren (Ebd.: 96ff). Dieses Phänomen der Politisierung innerhalb der Bewegung widerspricht der Theorie simulativer Demokratie.



Abbildung 7: Eine Demonstrantin trägt auf ihrem Rucksack ein Plakat mit der Aufschrift: "Soziale, Steuer- und Umweltgerechtigkeit", im Original: "Justice sociale, fiscale et climatique". Foto: Privat.

Die Theorie geht außerdem davon aus, Bürger\*innen engagierten sich für Themen, die sie „unmittelbar betreffen oder interessieren“ (Blühdorn 2013: 191). Die Befragten in den Interviews erzählten jedoch nicht vorrangig von ihren eigenen Lebenswegen, sondern thematisierten größere politische Themen wie Umweltschutz (Abbildung 7, Interview 06: 53f) oder soziale Absicherung (Interview 03: 2). Natürlich könnte argumentiert werden, die genannten Themen betreffen die Demonstrierenden durchaus. Jedoch ist dies oft nur mittelbar der Fall. Der Befragte in Interview 02 betont etwa, er selbst erhalte eine gute Rente und könne sich nicht beschweren. Er kämpfe jedoch „für die kleinen Leute“, denen es nicht so gehe (Interview 02: 106f). In ähnlicher Weise

setzt sich die Befragte in Interview 04 für das Recht auf Beherbergung ein (Interview 04: 30ff), welches sie nicht selbst betrifft, sondern Menschen, mit denen sie arbeitet (Ebd.: 7ff).

Die Erwartung der Theorie, der Protest bliebe ohne Folgen, muss ebenfalls näher betrachtet werden. Als Erfolg der Bewegung darf gewertet werden, dass die Regierung infolge der massiven Proteste im Dezember 2018 erst die geplante Anhebung der Kohlenstoffdioxidsteuer aussetzte, um sie später komplett zu streichen (Vandepitte 2019: 132). Außerdem unternahm der Präsident Fördermaßnahmen, um die Kaufkraft der Bevölkerung zu steigern. So bekamen Unternehmen zum Beispiel die Möglichkeit, einen Jahresendbonus für ihre Beschäftigten steuerlich abzusetzen (Vandepitte 2019: 151). Die Bewegung hemmte also die Dynamik der von Macron verfolgten Reformpolitik und erzwang einige Zugeständnisse zu ihren Gunsten. Aufhalten konnte sie den Kurs des Präsidenten jedoch nicht. Die Mehrheit ihrer Forderungen blieb tatsächlich unberücksichtigt.

Hinsichtlich der Ziele der Bewegung ist die Einschätzung des Protestverhaltens als Simulation insgesamt plausibel. Die Teilnehmenden vergewissern sich durch ihren Protest, dass

demokratische Werte weiterhin Gültigkeit haben. Gleichzeitig bleiben sie individualistisch, artikulieren ihre persönlichen Ziele und Interessen. Dergestalt ermöglicht der Protest sogar eine Art Selbstdarstellung (Blühdorn 2013: 192). Nicht erklären kann die Theorie jedoch die Politisierung der Teilnehmenden innerhalb der Bewegung, ihren relativen politischen Erfolg sowie die Solidarisierung untereinander.

### 5.1.6 Die Abkehr von Kollektivorganisationen und Verantwortungsdelegation

Die Gelbwesten entstanden aus ihrem spezifischen französischen Kontext. Besonders deutlich wird dies in ihrer Ablehnung intermediärer Strukturen wie Gewerkschaften oder Parteien. Intermediäre Strukturen in Frankreich sind traditionell schwach und genießen ein geringes Ansehen in der Bevölkerung (Pütz 2019: 86, Kempf 2017: 171). Die Finanzierungsprobleme von Parteien sind indes institutionell angelegt, da Spenden sowie die Kostenübernahme für den Wahlkampf durch den Staat streng reglementiert und stark begrenzt sind (Kempf 2017: 248ff).<sup>40</sup> Da Parteien in Frankreich lediglich für Wahlkampfszwecke staatliche Mittel erhalten, entfällt der Anreiz zur Mitgliederwerbung (Ebd.: 254). Dies spiegelt sich darin, dass lediglich 1,7 Prozent der Bürger\*innen in Frankreich ein Parteibuch besitzen (Ebd.: 172). Die Unbeliebtheit von Parteien in Frankreich forciert, dass ihnen nachgesagt wird, zu „spalten, statt zu einen“ (Ebd.) und akute Probleme der Gegenwart nicht lösen zu können (Ebd.). Tatsächlich ist die Geschichte französischer Parteien geprägt von häufig wechselnden Namen, Allianzen, Neugründungen und Spaltungen (Pütz 2019: 75). In Verbindung mit einer institutionell schwachen Nationalversammlung<sup>41</sup> bildete sich in Frankreich eine Präferenz der Personalisierung heraus (Kempf 2017: 171).

Die Gewerkschaften sind in Frankreich von massivem Mitgliederschwund betroffen. Der CGT<sup>42</sup> gehörten einst über zwei Millionen Menschen an. 2016 zählte die Gewerkschaft noch etwa 650 000 Mitglieder (Simons 2016). Neben dieser personellen Verkleinerung, Überalterung und mangelnder Finanzierung schwächt eine Zersplitterung in Richtungsgewerkschaften die französischen Gewerkschaften (Kempf 2017: 256). Generell hatte die Gewerkschaftsbewegung in Frankreich aufgrund verlangsamter Industrialisierung, landwirtschaftlicher Prägung der

---

<sup>40</sup> Die Korruptionsskandale der jüngeren Vergangenheit lassen sich teilweise auf diese institutionell angelegten Probleme der Parteienfinanzierung zurückführen (Kempf 2017: 248ff.). Sie färben das Bild von Politiker\*innen in der Bevölkerung langfristig negativ (Vandepitte 2019: 67).

<sup>41</sup> Auf die historischen Gründe für die schwache Nationalversammlung kann hier nicht weiter eingegangen werden. Einen guten Überblick gibt Udo Kempf in „Das politische System Frankreichs“, insbesondere ab Seite 110ff.

<sup>42</sup> CGT steht für *Confédération Générale de Travail* und wird übersetzt als *Allgemeiner Gewerkschaftsbund*.

Wirtschaft und die Vorherrschaft kleiner Betriebe mit unter zehn Angestellten (Kempf 2017: 256) eine weniger starke Dynamik als in anderen westeuropäischen Ländern (Ebd.).

Bezüglich der generellen Abneigung gegenüber Körperschaften betont Wolfgang Jäger eine „französische Vorliebe für die direkte Aktion, die großorganisationsfeindlich und disziplinenfeindlich“ ist (Jäger 2000, zitiert nach Kempf 2017: 266). Diese Beschreibung scheint auch auf die Gelbwesten zuzutreffen. Dem Ansehen der Gewerkschaften setzen die Professionalisierung und gute Bezahlung ihrer Funktionär\*innen ebenso zu wie ihre Verortung in größeren Unternehmen und im öffentlichen Dienst (Kempf 2017: 259). Von der Lebenswirklichkeit vieler Gelbwesten sind sie bereits dadurch weit entfernt, dass diese vorwiegend im privaten Sektor, in kleinen Betrieben oder in der Selbstständigkeit arbeiten (ELABE 2018).

Die Wahl Emmanuel Macrons ist nur vor dem Hintergrund dieser Schwäche intermediärer Strukturen zu verstehen. Er setzte auf Personalisierung und nutzte die Ablehnung der Bürger\*innen gegen Parteien und Gewerkschaften, um sich im Wahlkampf als innovativ, unverbraucht und außerhalb etablierter Strukturen zu stilisieren (Maillard 2019: 10, Noiriell 2019: 74). Dieses Vorgehen schadete zusätzlich dem Ansehen der genannten Körperschaften (Schreiber 2018: 4). Denis Maillard sieht den Wahlerfolg Macrons gar als Ergebnis des Bedeutungs- und Vertrauensverlusts etablierter Parteien (Maillard 2019: 18).

Die hier beschriebene Abkehr von Kollektivorganisationen in Frankreich zeigt sich konzentriert in der Gelbwestenbewegung. Udo Kempf führt den Mitgliederschwund politischer Zwischenkörperschaften auf gestiegenen Individualismus zurück: Die Menschen wendeten sich stattdessen zivilgesellschaftlichen- oder Freizeitorganisationen zu (Kempf 2017: 266).

Intermediäre Körperschaften spiegeln oft gesellschaftliche Milieus wider, derer sich fluide Subjekte immer weniger zugehörig fühlen. Feste Bindungen, soziale oder berufliche Verortung stellen für flexibilisierte Subjekte zudem eine Einschränkung ihrer Freiheit zur Selbstverwirklichung dar. Insofern ist es in der postdemokratischen Konstellation nicht verwunderlich, dass die Bürger\*innen sich von intermediären Strukturen abwenden.

Kollektive wie Gewerkschaften sind zudem Orte der Verhandlung. Ihre Aufgabe besteht oder bestand vor allem darin, in sozialen Konfliktlagen Kompromisse auszuhandeln (Maillard 2019: 18). In Gewerkschaften solle Wut abgekühlt und in dem Gemeinwohl dienliche Forderungen umgewandelt werden (Ebd.: 100). Verhandlungen, Kompromisse und Deeskalation liegen jedoch nicht länger im Interesse fluider Subjekte mit radikalisierten

Repräsentationsansprüchen.<sup>43</sup> Innerhalb der Gelbwestenbewegung zeigte sich dies daran, dass jegliche Unterordnung, sei es unter Wortführer\*innen oder etablierte Institutionen, abgelehnt wird (Maillard 2019: 24). Die Teilnehmenden empfinden sie als Verrat an der Komplexität der Bewegung (Ebd.: 27). Das Verharren der Gelbwesten im Zustand des „Konglomerats persönlicher Erfahrungen und Geschichten“ (Ebd.: 81) entspricht dem bei Blühdorn beschriebenen „kollektive[n] Individualismus“ (Blühdorn 2013: 191f).

In einem weiteren Punkt ähneln sich Denis Maillards Analyse der Gelbwesten und Blühdorns Theorie simulativer Politik stark: der Delegation von Verantwortung an neue Dienstleister\*innen (Blühdorn 2013: 144). Bei Blühdorn lagern Bürger\*innen politische Verantwortung an „Institutionen und politische Dienstleister[\*innen]“ (Ebd.) aus, um so neue Freiräume für die Gestaltung des eigenen Lebens zu schaffen. Dieses Vorgehen steigere die Effizienz in einem dicht getakteten Alltag (Ebd.). Von den entsprechenden Dienstleistenden forderten fluide Subjekte „kompetente, effiziente und transparente Problemlösungsarbeit“ ein (Ebd.: 145). Blühdorn meint mit diesen Gruppen etwa Nichtregierungsorganisationen, Lobbys oder Interessengruppen (Ebd.: 144). Interessant ist, dass es sich hier weiterhin um Kollektive handelt. Maillard geht einen Schritt weiter und sieht die Besonderheit neuer Vermittler\*innen darin, dass sie dem Individuum ermöglichen, seine Angelegenheiten ohne die Abhängigkeit von Kollektiven zu lösen (Maillard 2019: 18). Solche Dienstleistende seien etwa Anwält\*innen, Journalist\*innen, Youtuber\*innen oder Tutorials im Internet sowie individuelle Beratungsstellen jeglicher Fachrichtung (Maillard 2019: 64).

Die beobachtete deutliche Ablehnung von Gewerkschaften und Parteien in der Gelbwestenbewegung stützt die Annahme fluider, selbstzentrierter Subjekte, die feste Bindungen scheuen und sich nicht länger Kollektiven unterordnen wollen (Blühdorn 2013: 157ff). Am Untersuchungsgegenstand lässt sich jedoch hier nur begrenzt nachvollziehen, ob und an welche Stellen Verantwortungsdelegation stattfindet. Es bleibt offen, welchen Personen oder Organisationen die Gelbwesten statt Parteien oder Gewerkschaften die Lösung ihrer Probleme anvertrauen.<sup>44</sup>

---

<sup>43</sup> Ausnahmen bilden zum Beispiel die Befragten in den Interviews 06 (Interview 06: 57ff) und 08 (Interview 08: 107), die sich bereit zeigen, Allianzen mit anderen Organisationen zu bilden, um gemeinsame Ziele zu erreichen. Der Zeitpunkt der Interviews ein Jahr nach Beginn der Proteste muss hier jedoch berücksichtigt werden. Es ist denkbar, dass die Befragten die ursprüngliche Strategie der Unabhängigkeit und Organisationsfreiheit mittlerweile als gescheitert betrachteten deshalb alternative Wege suchten. Möglich ist aber auch, dass die Befragten seit jeher zu einem Teil der Bewegung gehörten, der Repräsentation und Organisation weniger ablehnend gegenüberstand.

<sup>44</sup> Eine zentrale Rolle wird innerhalb der Bewegung dem Internet und insbesondere der Plattform Facebook zugeschrieben (Vgl. Huy Ghe et al. 2018: 45ff). Wie bereits angeschnitten sieht etwa Gérard Noiriel die sozialen Medien als neue Räume der Meinungs- und Willensbildung (Noiriel 2019: 114). Die zitierte „kollektive Fähigkeit, sich öffentlich zu artikulieren“ (ebd.: 68), mache Vermittler\*innen überflüssig. Hier ist allerdings fraglich, inwiefern diese neuen Räume Problemlösungsoptionen bieten oder inwiefern sie lediglich Raum für Artikulation

### 5.1.7 Die Rolle der Medien in der Bewegung

Ihre besondere Dynamik verdankte die untersuchte Bewegung ihrer Konjunktur in den französischen Medien – auf verschiedene Art und Weise. Zum einen entspringt sie den sozialen Medien, wo sich mithilfe von Live-Streaming-Formaten, Algorithmen, Echokammern und Filterblasen rasch ein großes Publikum versammelte. Dies ermöglichte die massive Mobilisierung zum 17. November 2018 (Vandepitte 2019: 115f, Boulouque 2019: 134). Dazu verschaffte die intensive Berichterstattung über die Blockaden der Bewegung an diesem ersten Tag große Aufmerksamkeit (Noiriel 2019: 79). Während also zu Beginn die journalistische Arbeit der Bewegung zuträglich war, hatte sich das Blatt jedoch bereits im Dezember gewendet. Bei späteren Demonstrationen der Gelbwesten kam es mehrfach zu Aggressionen gegen Medienvertreter\*innen (Ebd.).

Obwohl in Frankreich die Vielfalt der Presse durch finanzielle Hilfen gestützt wird und ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk ähnlich dem deutschen Modell existiert, ist die Konkurrenz um die Aufmerksamkeit des Publikums hart (Hubé 2019: 266ff). Inzwischen konzentrieren sich zudem zahlreiche Sender, Zeitungen und Journale in den Händen weniger Medienkonzerne (Ebd.: 282f, Kempf 2017: 282). Zudem sind Konzerne anderer Branchen, etwa aus der Bau-Rüstungs- oder Finanzbranche in den französischen Medienmarkt eingestiegen (Ebd.). Durch die Verlagerung von Werbeanzeigen in das Internet gerieten nicht nur Presseerzeugnisse, sondern auch zahlreiche private Fernsehsender unter finanziellen Druck (Hubé 2019.: 268). Um Auflagen oder Einschaltquoten zu steigern, setzte etwa der Fernsehsender *BFM*<sup>45</sup> auf dramatisierende Darstellungen und durchgängige Livesendung von Protestszenen. Der Privatsender betreibt dies so emblematisch, dass sich der Begriff der „BFM-isierung“ verbreitet hat (Ebd.: 281).

Die Beschleunigung und Verkürzung der Aufmerksamkeitsspannen sind eine Begleiterscheinung der fortschreitenden Modernisierung (Blühdorn 2013: 133). Durch das „Vordringen des Marktes in nahezu alle Lebensbereiche“ (Ingolfur Blühdorn, zitiert nach Göttinger Institut für Demokratieforschung 2013) orientiert sich Berichterstattung zunehmend an Nachrichtenwerten (Noiriel 2019: 54). Auf der anderen Seite können sich Menschen an einem reichen Informationsangebot als Kund\*innen bedienen (Vgl. Blühdorn 2011: 62).

---

und Selbstinszenierung sind (Vgl. Blühdorn 2013: 192). Eine Beantwortung dieser Frage bleibt außerhalb der Möglichkeiten dieser Arbeit, wäre jedoch an anderer Stelle konstruktiv.

<sup>45</sup> *BFM* ist ein Akronym von *Business FM*, einem Wirtschaftsradiosender und Vorläufer des heutigen Senders.

Zu Beginn der Bewegung versprach die Berichterstattung über die Gelbwesten gute Einschaltquoten. Gewalt und Vandalismus sowie rassistische, extremistische oder antisemitische Äußerungen besitzen jedoch einen wesentlich höheren Nachrichtenwert als friedlicher Protest (Noiriell 2019: 54). Über diese Dinge wurde in der Konsequenz überdurchschnittlich oft berichtet, wengleich einzelne Teilnehmende oder Gruppen innerhalb der Bewegung für sie verantwortlich waren (Ebd.). Dies verärgerte zahlreiche Gelbwesten, die sich daraufhin von den Medien betrogen fühlten (Ebd.: 88).

Im Rahmen der Interviews für diese Arbeit wurde die Frage gestellt, ob die Berichterstattung über die Gelbwesten fair und gerechtfertigt sei. Dies wurde mehrheitlich verneint. Die Befragten kritisierten, die Medien zeichneten ein verzerrtes Bild der Bewegung. Die Befragte in Interview 01 meinte etwa, die öffentlichen Medien täten alles, um die Bewegung zu beenden, in dem sie einseitig über die Gewalt gegen Sicherheitskräfte berichteten (Interview 01: 26ff). Über die vorangegangenen Angriffe durch die Polizei würde jedoch nicht berichtet (Ebd.). Eine andere Befragte meinte, durch die Konzentration auf einzelne Fälle von Vandalismus in den Medien entstünde der Eindruck, dies sei der einzige Zweck der Bewegung (Interview 04: 74f). Die eigentlichen Ziele der Bewegung seien aufgrund dieser Verzerrung selbst ihren Freund\*innen nicht bekannt (Ebd.) Die Befragte in Interview 08 war sicher, die negative Darstellung in öffentlichen Medien ziele darauf ab, die Meinung der Bevölkerung zu manipulieren und gegen die Bewegung zu richten (Interview 08: 66f, 163). Sie behauptete, Presse und Rundfunk würden von wenigen „Oligarch[\*inn]en“ (Ebd.: 131) kontrolliert, die Macron stützten und ihm bereits aktiv in sein Amt verholfen hätten (Ebd.: 138f). Dass tatsächlich in Frankreich eine Konzentration zahlreicher Kanäle in wenigen Großkonzernen stattfindet, wurde oben bereits diskutiert. Die Aussage, diese würden sich untereinander absprechen und absichtlich unrichtig berichten, ist jedoch nicht haltbar (Vgl. Hubé 2019: 286). Zwar warnt die Organisation *Reporter ohne Grenzen* vor dieser Konzentration der Besitzverhältnisse, einer medienfeindlichen Stimmung sowie der wiederholten Behinderung journalistischer Arbeit durch Verleumdungsklagen (Reporter ohne Grenzen 2021). Frankreich belegt dort auf der Rangliste aller evaluierten Länder jedoch noch immer Platz 34 von 180 (Ebd.). Trotz berechtigter Kritik kann demnach die Medienlandschaft Frankreichs nicht als reines Instrument der politischen Eliten bezeichnet werden. Einige Befragte gaben an, aufgrund der negativen Darstellung der Bewegung in öffentlich unterstützten Medien nun andere Informationsquellen zu nutzen (Interview 01: 31, Interview 06: 27). RT France<sup>46</sup> wurde dabei von einer Befragten genannt (Interview 03: 13). Der russische

---

<sup>46</sup> Die Abkürzung steht für *Russia Today France*.

Sender ist laut Florent Vandepitte unter Gelbwesten als unabhängige Informationsquelle beliebt (Vandepitte 2019: 121). Emmanuel Macon bezeichnete die Inhalte des Senders einmal als „Lügenpropaganda“ (Ebd.: 122). Journalist\*innen des Kanals erhalten im Elysee-Palast keine Akkreditierung (Ebd.). Die Ablehnung Macrons dürfte der Beliebtheit von RT France unter Gelbwesten jedoch nicht schaden.

Im Sinne simulativer Demokratie kann das anfängliche Wohlwollen der Gelbwesten gegenüber der Berichterstattung damit erklärt werden, dass sie die radikalisierten Repräsentationsansprüche der Individuen bediente. Durch Fernsehkameras und Interviews war es den Teilnehmenden möglich, sich zu inszenieren und als demokratische Subjekte mit voller Geltung zu erfahren (Blühdorn 2013: 199). Vor diesem Hintergrund ist auch die Konjunktur partizipativer Medien, der oben genannten „Pure Player“, wie *Médiapart*<sup>47</sup>, zu verstehen. Die spätere Ablehnung der als verräterisch wahrgenommenen Medien (Interview 08: 138f) ergibt Sinn, da den selbstzentrierten Subjekten die gewünschte Inszenierung dann verweigert wurde.

### **5.1.8 Ablehnung von Organisationsstrukturen und Repräsentation**

Die prinzipielle Ablehnung von Repräsentation und ein Mangel an Organisationsstrukturen stellen besonders interessante und neuartige Merkmale der Gelbwestenbewegung dar. Die Frage der Organisation ist untrennbar verbunden mit der der Repräsentation. Die Größe moderner Flächenstaaten macht Repräsentation notwendig. Analog ist es in einer Bewegung der Größe der Gelbwesten nahezu unmöglich, gänzlich ohne die Verteilung von Aufgaben und Koordination durch Vertreter\*innen inhaltliche Ziele zu erreichen. Die damit verbundenen Konflikte untersucht dieser Abschnitt.

#### **5.1.8.1 Vorhandene Organisationsstufen der Bewegung**

##### **Bekannte Gelbwesten**

Einige zentrale Figuren kristallisierten sich zu Beginn der Mobilisation heraus. Dazu gehörte Priscilla Ludosky, die Autorin der Petition, welche als Startpunkt der Bewegung gilt. Die ehemalige Bankangestellte und Kleinunternehmerin Ludosky aus dem Département Seine-et-Marne gilt als respektiert und verdient unter den Gelbwesten (Vandepitte 2019: 31). Durch ihre Bereitschaft, für die Anliegen der Bewegung in etablierten Institutionen zu werben, schuf sie eine Brücke zwischen Straßenprotesten und Entscheidungsträger\*innen. Eine solche Verbindung lehnte die die Bewegung bisher ab (Ebd.: 32). Die Autorin dieser Arbeit hatte die

---

<sup>47</sup> Die Befragte in Interview 08 warb während des Gesprächs etwa für ihren persönlichen Blog auf *Médiapart*, auf dem sie offene Briefe mit verschiedenen Adressat\*innen veröffentlichte (Interview 08: 25ff).

Gelegenheit, am 22.10.2019 eine Diskussionsveranstaltung mit Priscilla Ludosky in Lyon zu besuchen. Ludosky betonte dort den Erfolg der Gelbwestenbewegung, die soziale Frage wieder sichtbar gemacht zu haben. Außerdem kritisierte sie die Reaktion der Regierung auf die Proteste als „empathielos“. Empathielosigkeit, sagte sie, sei „notwendiger Bestandteil der Oligarchie“.

Umstrittener waren etwa Éric Drouet und Ingrid Levavasseur. Drouet lehnte einen politischen Weg ab und inszenierte stattdessen medienwirksam Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften, in deren Folge er mehrfach festgenommen wurde (Vandepitte 2019: 29). Aufgrund seiner Aggressivität und interner Streitigkeiten um die Kontrolle der wichtigen Facebook-Gruppen geriet er innerhalb der Bewegung in die Kritik (Ebd.). Ingrid Levavasseur hatte aufgrund eines Videos auf Facebook Bekanntheit erlangt (Vandepitte 2019: 21). Sie kündigte im Januar 2019 an, unter dem Namen „Sammelbewegung aus Bürgerinitiative“<sup>48</sup> eine Liste der Gelbwesten zu den anstehenden Europawahlen aufzustellen (Ebd.). Diese Absicht stieß aber auf so großen Widerstand innerhalb der Bewegung, dass sie den Vorstoß zurückziehen musste (Ebd.).

Am 26. November 2018 erfolgte mit der Ernennung der drei genannten und acht weiterer Personen als „Kollektiv des 17. Novembers“ (Lefebvre 2019: 5) eine erste Strukturierung der Bewegung. Am Folgetag traf die Gruppe den Umweltminister François de Rugy (Vandepitte 2019: 12). Die Gruppe der Wortführer\*innen konnte sich jedoch nicht etablieren. Zunächst fehlte ihnen die nötige Legitimation durch Wahlen, da sie lediglich intransparent ernannt worden waren (Ebd.). Anfang des Jahres 2019 wünschte sich die Mehrheit der Gelbwesten Vertreter\*innen, die die Anliegen der Gelbwesten bündeln und für sie werben könnten (Lefebvre 2019: 5). Die geplante Online-Wahl von Kommunikator\*innen wurde innerhalb der Facebook-Gruppen jedoch sofort delegitimiert und scheiterte (Ebd.). Sprecher\*innen gab es in der Folge nur inoffiziell und regional, ohne Legitimation durch Wahlen (Ebd.).

Bei den potenziellen Wortführer\*innen der Bewegung fällt auf, dass es sich um Personen handelt, die mithilfe viraler Beiträge in sozialen Medien Bekanntheit erlangten, seien es Ludoskys Petition, Levavasseurs Videobeitrag oder Drouets Facebook-Livestreams. Als Identifikationsfiguren waren sie durchaus beliebt und hatten Erfolg. Die Formalisierung der Rolle als Vertreter\*innen der Bewegung scheiterte jedoch, da Teile der Bewegung nicht bereit waren, ihnen tatsächlich Kompetenzen zu übertragen. Blühdorn schreibt, dass fluide Subjekte jegliche feste Bindung als Einschränkung und Belastung empfinden, da es sie in ihrer Freiheit zur Selbstverwirklichung stört (Blühdorn 2011: 57). Dies könnte das Scheitern der Formalisierung erklären.

---

<sup>48</sup> Französisch: „Ralliement d’initiative citoyenne“. Die Abkürzung RIC gleicht absichtlich der für das Referendum nach Bürgerinitiative (RIC).

Darüber hinaus könnte die Selbstzentrierung (Blühdorn 2011: 64) der Subjekte ihnen verbieten, die eigene Möglichkeit zur Selbstinszenierung an eine andere Person abzugeben. Außerdem resultiert die bei Blühdorn beschriebene Individualisierung fluider Subjekte in einer hyperkomplexen Gruppe, die unmöglich durch wenige Repräsentant\*innen exakt abgebildet werden kann (Ebd.). Die exakte Abbildung der eigenen Interessen sei jedoch ein Bedürfnis von Bürger\*innen mit radikalisierten Repräsentationsansprüchen (Blühdorn 2013: 162).

Diese Beobachtungen treffen jedoch nur auf einen Teil der Bewegung zu, weshalb auch hier davon auszugehen ist, dass der Subjekt- und damit der Bedürfniswandel der Teilnehmenden unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Der Widerstand eines Teils der Bewegung gegen die Wahl von Wortführer\*innen reichte aber aus, um den Prozess abubrechen – auch, weil ohne legitime Organisation keine Mehrheitsentscheidungen möglich sind.

### **Die Versammlung der Versammlungen**

Aus einer Initiative der Gelbwesten in Commercy, die eine Strukturierung der Bewegung forderten, entstand die „Versammlung der Versammlungen“, ADA<sup>49</sup> (L'Humanité 2019). Sie kam im Untersuchungszeitraum viermal zusammen. Zum ersten Mal tagte die ADA am 26. und 27. Januar in Commercy. Sie setzte auf direkte Demokratie und versuchte, Hierarchien und Wortführer\*innen zu vermeiden. Die Entsandten hatten die Aufgabe, die Veranstaltung zu beobachten und ihre lokalen Gruppen durch in sozialen Netzwerken geteilte Videos und Mitschnitte teilhaben zu lassen (Ebd.). Doch bereits die Delegation regionaler Vertreter\*innen scheint diesen Grundsätzen zu widersprechen: Notwendigerweise wurden hier einzelnen Personen oder Gruppen Kompetenzen übertragen. Die Delegierten waren befähigt, vor Ort mit anderen Delegierten zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen, die auch nicht anwesende Gelbwesten betrafen. Dies delegitierte die Versammlung bereits und das Modell von Commercy scheiterte wie zuvor die Wortführer\*innen (Lefebvre 2019: 6).

### **Untergruppen der Gelbwesten**

Innerhalb der Gelbwestenbewegung organisierten sich einige Untergruppen, um auf ihre spezifische Situation aufmerksam zu machen. So demonstrierten etwa Polizist\*innen, Pflegekräfte, Lehrkräfte und Schüler\*innen in eigenen Gruppen innerhalb der Bewegung (Vandepitte 2019: 76). In Lyon existierte auch eine Gruppe Studierender, die innerhalb der Gelbwesten gegen Armut und finanzielle Unsicherheit unter ihresgleichen demonstrierte. Die Gruppe trug am

---

<sup>49</sup> Französisch: *Assemblée des assemblées*, ADA.

16.11.2018, dem Jahrestag der Bewegung, auf einem Transparent den Schriftzug „Armut tötet“<sup>50</sup> vor sich her (Abbildung 8). Sie bezog sich damit auf einen Studenten aus Lyon, der sich kurz vorher aus Verzweiflung und finanzieller Not selbst angezündet hatte (Le Monde 2019).



Abbildung 8: Demonstrierende tragen ein Banner mit der Aufschrift: "Armut tötet - Studierende, Gelbwesten, Solidarität" (Französisch: "La précarité tue - étudiantes, gilets jaunes, solidarité". Foto: Privat.

Die Bildung von Untergruppen unterstreicht den Wunsch der Teilnehmenden, auf ihre persönliche Situation aufmerksam zu machen. Für die Mobilisierung wäre es nicht notwendig gewesen, sich in Untergruppen zu gliedern. Mit Blühdorn ließe sich dieses Bestreben durch die Individualisierungstendenz erklären (Blühdorn 2013: 162): Statt in einem Meer gelber Westen unterzugehen, bringen die Beteiligten ihre Persönlichkeit zum Ausdruck. Blühdorn betont so auch die Rolle der Individualisierung in der politischen Beteiligung: „Bei der politischen Partizipation geht es nicht bloß um die Sache, sondern mehr denn je auch ums Ich“ (Ebd.: 192).

<sup>50</sup> Im Original: „La précarité tue“.

### Koordination der Gelbwesten untereinander

Trotz der massiven Mobilisierung und Beteiligung, auch trotz der Vermeidung hierarchischer Strukturen verliefen die Demonstrationen der Bewegung nicht chaotisch. Sympathisant\*innen der Bewegung knüpften bereits vor der ersten nationalen Mobilisierung zum 17. November 2018 in Facebook-Gruppen Kontakte und teilten Meinungen, wodurch Schlagworte entstanden und sich inhaltliche Schwerpunkte bildeten. Die wichtigsten landesweiten Gruppen hießen „Gelbe Weste“<sup>51</sup>, „Offizieller Zähler der Gelbwesten“<sup>52</sup>, „Fly Rider“<sup>53</sup> „Blockadeinformationen“<sup>54</sup> oder „Frankreich in Wut!!! [sic!]“<sup>55</sup>. Zusammen zählten diese Gruppen über drei Millionen Mitglieder (Vandepitte 2019: 118). Darüber hinaus existierten mehr als 300 regionale Koordinationsgruppen der Gelbwesten (Ebd.: 117). Lefebvre nennt die Facebook-Gruppen die „ständige Generalversammlung“ der Bewegung (Lefebvre 2019: 4). Sie wies durchaus Führungsstrukturen auf, da sie von Nutzer\*innen erstellt und verwaltet wurde, die Beiträge veröffentlichen, bearbeiten, löschen, teilen und moderieren konnten (Ebd.). Diese Asymmetrie führte zu internen Auseinandersetzungen, etwa in Verbindung mit dem polarisierenden Éric Drouet (Vandepitte 2019: 27).

Die für diese Arbeit interviewten Personen gaben mehrheitlich an, sich auf Facebook über anstehende Aktionen der Gelbwestenbewegung zu informieren und sich auch dort mit anderen Interessierten auszutauschen. Zwar bestanden einige Vorbehalte gegenüber der Plattform selbst (Vgl. Interview 05: 16) oder über das dort vorherrschende Diskussionsklima (Interview 04: 49ff.), aber aufgrund der hohen Freqüentierung blieb Facebook ein wichtiges Medium. Außerdem gaben mehrere Befragte an, sich über private Kontakte und E-Mail mit anderen Gelbwesten auszutauschen (Interview 05: 15, Interview 04: 54).

Erneut geraten hier die Notwendigkeit der Organisation und die Ablehnung vertikaler Strukturen in Konflikt, welche die Teilnehmenden rasch als illegitime Fremdbestimmung wahrnahmen. Untereinander vernetzten und verabredeten sich die Demonstrierenden deswegen über persönliche Kontakte, während sie Anweisungen aus den Facebook-Gruppen nur widerwillig folgten, da sich dies ob der Größe der Bewegung kaum vermeiden ließ.

---

<sup>51</sup> Im Original: „Gilet Jaune“.

<sup>52</sup> Im Original: „Compteur officiel des gilets jaunes“.

<sup>53</sup> Das Pseudonym „Fly Rider“ verwendete in den sozialen Medien Maxime Nicolle, ein bekanntes Mitglied der Bewegung. Er fiel vermehrt durch extreme Positionen und einen Hang zu Verschwörungstheorien auf (Vandepitte 2019: 33).

<sup>54</sup> Im Original: „Fly Rider infos blocages“.

<sup>55</sup> Im Original: „La France En Colère!!!“.

### 5.1.8.2 Ursachen der Ablehnung von Repräsentation/Organisation innerhalb der GJ

In der Literatur werden verschiedenste Gründe für die Ablehnung von Organisationsstrukturen und Repräsentation innerhalb der Gelbwestenbewegung diskutiert. Die vier wesentlichen Argumentationsstränge sind strategische Beweggründe, die fehlende Notwendigkeit von Repräsentation im Zeitalter sozialer Medien, ein monistisches Verständnis des Demos sowie ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber etablierten politischen Institutionen und Praktiken. Diese Aspekte bieten gute Ansatzpunkte für die Analyse aus der Sicht simulativer Demokratie, weshalb die Aufteilung hier beibehalten wird.

#### Strategische Ursachen

Die inhaltliche und personelle Unbestimmtheit ermöglichte der Bewegung eine maximale Flexibilität. Die Gelbwesten haben sich im Verlauf der Proteste sowohl inhaltlich als auch personell stark verändert (Boulouque 2019: 135). Während die Teilnehmenden im November 2018 gegen die Anhebung der Kohlenstoffdioxidsteuer und für niedrigere Kraftstoffpreise demonstrierten, forderten sie bereits im Dezember direkte Demokratie und soziale Gerechtigkeit (Vandepitte 2019: 16). Das Fehlen von Repräsentant\*innen habe das ermöglicht (Boulouque 2019: 135).

Die vorgesehene Wahl von Wortführer\*innen scheiterte nicht nur an der prinzipiellen Ablehnung von Repräsentation, sondern auch daran, dass einige der prominenten Figuren wegen extremer Äußerungen nicht den Rückhalt der Bewegung genossen (Vandepitte 2019: 29). Der Verzicht auf Vertreter\*innen bedeutete ebenfalls Vermeidung von Spaltung, allerdings im Gegenzug auch geringere Chancen, politische Forderungen durchzusetzen (Lefebvre 2019: 3). Die Offenheit und Niedrigschwelligkeit der Bewegung begünstigte zudem entscheidend die Massenmobilisierung zu ihrem Beginn im Herbst 2018 (Noiriel 2019: 53, Vandepitte 2019: 6). Eine festere Organisation und ein interner Wahlkampf hätten die inhaltlichen Forderungen und Prioritäten der Bewegung zum Diskurs gestellt. Die Vermeidung der Festlegung verhinderte die Spaltung der Bewegung (Noiriel 2019: 96).

In den Interviews wird diese Flexibilität deutlich. Der Befragte in Interview 02 begründet die Ungebundenheit der Bewegung mit dem Vorteil, dass die Teilnehmenden dadurch tun und sagen könnten, was sie wollen (Interview 02: 59f.). Die Befragte des Interview 04 sieht kein eindeutiges Ziel der Bewegung und stattdessen Protest verschiedenster Art unter dem Dach der Gelbwesten (Interview 04: 67).

Diese Flexibilität ist in der postdemokratischen Konstellation von großer Bedeutung. Fluide Subjekte profitieren in der beschleunigten Gesellschaft davon, sich neu zu erfinden – sei es im Berufs- oder im Privatleben (Vgl. Blühdorn 2011: 57). Die Gelbwesten bieten so eine Bühne für die Inszenierung selbstzentrierter Subjekte, die sich an keinerlei Programm halten möchten. Die massive Mobilisierung verstärkte zudem die Aufmerksamkeit, die diesen Inszenierungen zuteilwurde.

Die Mitglieder der Gelbwestenbewegung lehnten die Zusammenarbeit mit etablierten Körperschaften auch deswegen ab, um sich nicht durch diese Vereinnahmungen zu lassen (Noiriel 2019: 92). Nahezu alle oppositionellen Parteien in Frankreich hatten zu Beginn der Proteste versucht, das Gespräch mit Vertreter\*innen der Bewegung zu suchen und die Teilnehmenden für das eigene politische Programm zu gewinnen (Vandepitte 2019: 152). Die Versuche scheiterten am Widerstand der Bewegung, die dezidiert apolitisch bleiben wollte (Maillard 2019: 81). Von als verräterisch empfundenen Parteien grenzte sie sich hart ab (Huy Ghe et al. 2018: 33).



Abbildung 9: Eine Gelbweste trägt ein Transparent mit den Gesichtern Emmanuel Macrons und Marine Le Pens mit der Unterschrift "Peste ou Choléra", "Pest oder Cholera". Foto: Privat.

Die Ablehnung sowohl Emmanuel Macrons als auch Marine Le Pens zeigt beispielhaft die Abbildung 9. Ein Demonstrant am 5. November 2019 in Lyon trug ein Transparent mit dem Schriftzug „Pest oder Cholera“ unter den je zur Hälfte abgebildeten Gesichtern der beiden Politiker\*innen. Außerdem warb der Demonstrant mit dem Schriftzug „Vote blanc“ für das Protestwählen, bei dem leere Stimmzettel abgegeben werden.

Durch dieses Vorgehen sorgte die Bewegung für Aufsehen und konnte zugleich all diejenigen ansprechen, die traditionellen Parteien prinzipiell misstrauten. Ähnlich dem vorherigen Abschnitt war dies der Selbstinszenierung der Teilnehmenden zuträglich. Die Bewegung machte sich jedoch gleichsam an-

greifbar für die Infiltrierung durch politische Extreme (Vandepitte 2019: 7): Ohne klares Programm und ohne Wortführer\*innen konnte sich die Bewegung von medial verstärkten

rassistischen oder gewaltvollen Ausfällen Einzelner nicht distanzieren (Ebd.: 93). Dies führte dazu, dass die Bewegung in der Gesamtbevölkerung an Zustimmung verlor (Ifop 2019: 5).

Schließlich kann die absichtliche Strukturlosigkeit auch als Mittel betrachtet werden, sich von anderen Bewegungen abzuheben (Maillard 2019: 81). Auf diese Weise betonen die Gelbwesten die Neuheit und die Tragweite ihrer Bewegung. Zahlreiche Verweise auf historische Ereignisse wie die Französische Revolution (Interview 02: 25ff.) oder die Proteste im Mai 1968 (Huy Ghe et al. 2018: 8) untermauern dieses Verständnis der Bewegung als bedeutsam und geradezu revolutionär. Durch diese Referenzen stellen sich protestierende Bürger\*innen in die Tradition demokratischer Bewegungen. Sie fühlen sich auf diese Weise selbst als demokratische, souveräne Bürger\*innen, wodurch das Ziel des Simulationsverhaltens laut Blühdorn erfüllt ist (Blühdorn 2011: 68).

### **Mangelnde Notwendigkeit von Repräsentation durch Koordination in sozialen Medien**

Soziale Medien machten traditionelle Organisationen überflüssig, schreibt Rémi Lefebvre (Lefebvre 2019: 2). Willensbildung und Rekrutierung von Führungspersonal, welche traditionell in Zwischenkörperschaften wie Parteien, Verbänden oder Gewerkschaften verortet gewesen wären, seien auch in den sozialen Medien möglich (Huy Ghe et al. 2018: 46, Noiriël 2019: 114). Für Noiriël ist entscheidend, dass das Bildungsniveau in Frankreich insgesamt angestiegen ist und zugleich „die audiovisuelle Kommunikation alle Schichten durchdrungen“ habe (Noiriël 2019: 67). Die so entstandene „kollektive Fähigkeit, sich öffentlich zu artikulieren“ (Ebd.) mache Repräsentation obsolet, da Organisation im Internet nun auch ohne Repräsentation möglich sei. Tatsächlich ermöglichte die Organisation über das Internet, namentlich über die Plattform Facebook, eine massive Mobilisierung. Bereits tangiert wurde außerdem, dass die Kommunikation auf diesem Wege durchaus hierarchische Strukturen hervorbrachte, auch, wenn diese keinen offiziellen Charakter hatten.

Unter den Befragten befanden sich jedoch durchaus Stimmen, die sich eine stärkere Organisation wünschten. So räumte die Befragte des Interview 05 ein, die Organisation der Gelbwesten entstehe nur sehr langsam, weil sie wirklich demokratisch sein sollte. Es gebe viele Ideen, aber Demokratie brauche einfach Zeit (Interview 05: 21ff.). Die Befragte in Interview 08 zeigte sich bereit, den Staffstab an die Gewerkschaften zu übergeben und sich zu einer politischen Bewegung zu wandeln, denn: „Wir können tausend Mal auf die Straße gehen, aber wenn wir keine Möglichkeit haben, Gesetze zu verabschieden oder ähnliches, dann ändert es sich nicht.“

(Interview 08: 107) Die reine Koordination über soziale Medien erscheint demnach nicht als ausreichend.<sup>56</sup>

Um die erwartbaren „neuen Dienstleister[\*innen]“ handelt es sich bei den sozialen Medien nicht. Diese ermöglichten Bürger\*innen in simulativer Demokratie, ihre politische Verantwortung zu delegieren (Blühdorn 2013: 144f). Die Plattform Facebook bietet aber eher einen Raum zur Beteiligung, der Bürger\*innen politisiert und mobilisiert. Den über die Plattform bekannt gewordenen Individuen wollten viele Gelbwesten ebenfalls keinerlei Autorität übertragen, so dass auch sie nicht zu Dienstleistenden werden konnten.

### **Monismus und direkte Demokratie**

Eine zweite Gruppe angeführter Gründe der Ablehnung von Repräsentation basiert auf einem monistischen Verständnis von „Volk“<sup>57</sup> innerhalb der Bewegung. Hierbei glaubten die Demonstrierenden an die Möglichkeit der Berücksichtigung aller Interessen in Konsens (Lefebvre 2019: 4). Dieser „monistische Alleinvertretungsanspruch“ (Huy Ghe et al. 2018: 8) münde in radikalen Forderungen nach direkter Demokratie statt Repräsentation. Die Ablehnung der Repräsentation folge aus der Weigerung, von Positionen in Verhandlungen auch nur minimal abzuweichen (Maillard 2019: 24). Stattdessen laute die Botschaft: „Es gibt nichts zu verhandeln“ (Ebd.: 28).

Die Gelbwesten fordern die Einführung eines starken plebiszitären Instruments, des Referendums nach Initiative der Bürger\*innen<sup>58</sup>, RIC (Vandepitte 2019: 70). Bisher existieren in Frankreich lediglich schwache plebiszitäre Instrumente. Die Demonstrierenden wollen Mandatsträger\*innen jedoch befragen und abwählen sowie unliebsame Gesetze kippen können (Ebd., Interview 04: 280). Die Befragte in Interview 05 begründet ihre klare Forderung direkter Demokratie mit der Wahrnehmung, „das Volk [sei] nicht souverän“, obwohl Demokratie Volkssouveränität bedeute (Interview 05: 65f.). Sie schließt an: „und das ist es, was wir einfordern: die Souveränität des Volkes“ (Ebd.: 66). Die auch in Deutschland wohlbekannte Formel „Wir sind

---

<sup>56</sup> Zu berücksichtigen ist hier jedoch einmal mehr der Zeitpunkt der Datenerhebung ein Jahr nach Beginn der Bewegung. Zu diesem Zeitpunkt war die Bewegung bereits geschwächt, Erfolge waren seit der Rücknahme der Kraftstoff-Besteuerung kaum zu verzeichnen gewesen. Im Gegenteil: Die Demonstrationsfreiheit wurde durch die Gesetze gegen Vandalismus und Gewalt in Protesten im Februar eingeschränkt. Dass die verbliebenen Teilnehmenden daher die Strategie ändern wollten, ist plausibel.

<sup>57</sup> An dieser Stelle sei hervorgehoben, dass der deutsche Begriff „das Volk“ eine ähnliche Konnotation besitzt wie das französische Pendant, „le peuple“. Im Deutschen besitzt der Begriff einen antiquierten oder rechtspopulistischen Anstrich, weshalb bevorzugt von der „Bevölkerung“ gesprochen wird. Das französische „peuple“ wirkt ebenfalls reaktionär (Lukenda 2019: 144), jedoch nicht in der Intensität wie im Deutschen, wo eine ideologische Nähe zur „völkischen Bewegung“ und zu nationalsozialistischem Gedankengut besteht (Poschner 2016). Wenn also hier aus französischen Texten oder den Interviews zitiert wird, ist dies zu berücksichtigen.

<sup>58</sup> Im Original : „Référendum d’initiative citoyenne“.

das Volk“<sup>59</sup> beschreibt für Huy Ghe et al. (2018: 8) die Haltung vieler Gelbwesten. Die Formulierung taucht in den Interviews nicht wörtlich auf. Die Befragte in Interview 01 verlangt allerdings, die „Regierung [solle] auf das hören, was das Volk gefordert hat“ (Interview 01: 8). Der Befragte in Interview 02 kündigt an, „Das Volk, das ganze Volk wird sich auflehnen!“ (Interview 02: 51f.). In diesen Äußerungen zeigt sich die Vorstellung, die Gelbwesten würden *das Volk* abbilden.

Aus den Forderungen nach direkter Demokratie sprechen radikalisierte Repräsentationsansprüche. Ein monistisches Verständnis der Demokratie impliziert zudem die Annahme, dass ein genuines Gemeininteresse existiere. Blühdorn geht nicht davon aus, dass dieses Gemeininteresse existiert: Dies widerspreche dem Wesen fluider Subjekte, die keine konsistenten Interessen besäßen. Stattdessen werde die objektiv notwendige Politik als Gemeininteresse dargestellt (Blühdorn 2011: 67). So werde um Akzeptanz für die ohnehin notwendigen politischen Entscheidungen geworben (Ebd.). Im Hinblick auf das Fallbeispiel eröffnen sich hier erneut zwei Möglichkeiten der Interpretation: Die Forderungen nach direkter Demokratie und nach der Stattgabe des Gemeinwillens ließen sich als normales Simulationsverhalten der Bürger\*innen deuten, die sich dadurch ihrer demokratischen Werte vergewissern. Andererseits könnte es sich auch um eine Störung der simulativen Politik handeln, da der vehemente Protest der Gelbwesten die politischen Vorhaben der Regierung Macron entscheidend beeinträchtigte. Hinsichtlich der Kohlenstoffdioxidsteuer erreichte die Bewegung sogar, dass das Vorhaben gänzlich aufgegeben wurde.

### **Misstrauen gegenüber etablierten politischen Institutionen und Praktiken**

Ein Leitmotiv der Gelbwesten und eine zentrale Ursache ihrer Wut bestehe in einer empfundenen Demütigung und Missachtung durch die politische Klasse (Huy Gehe / Desmaison / Licia 2018: 12f.). Diese negativen Gefühle bündelten sich konkret gegen eine Person: Emmanuel Macron. Der französische Präsident sei bekannt für seine fast monarchische Führungsweise (Grillmayer 2019: 96). Als Absolvent der Elitehochschule ENA<sup>60</sup>, als liberaler, proeuropäischer Politiker, der sich zum Ziel gesetzt hätte, Frankreich wieder international wettbewerbsfähig zu machen, personifiziere er für viele Gelbwesten die abgehobene Politik, welche sie verachteten (Vgl. Lefebvre 2019: 2, Huy Ghe et al. 2018: 12f.). Obwohl er sich im Wahlkampf als

---

<sup>59</sup> Im Original: „Nous sommes le peuple“.

<sup>60</sup> ENA steht für „École nationale d'administration“ übersetzt etwa „Nationale Verwaltungshochschule“ und ist eine französische Elite-Hochschule.

Gegenkandidat zum politischen Establishment präsentiert hätte (Maillard 2019: 10), erscheine er nun als Teil desselben.

Die Interviewten wurden direkt nach der Rolle Macrons für die Gelbwestenbewegung gefragt. Einige Befragte thematisierten ihre Ablehnung des Präsidenten jedoch bereits in der ersten Frage nach dem Grund ihrer Teilnahme an der Demonstration. Kritisiert wurde vor allem die „ultraliberale“ (Interview 08: 203ff.) Haltung des Präsidenten sowie sein elitärer Hintergrund.<sup>61</sup> Die wahrgenommenen sozialen und politischen Ungerechtigkeiten führen einige Befragte hauptsächlich auf Macron zurück (Interview 03: 45f., Interview 08:5ff.).

Die ersten beiden Befragten erklärten, die Absetzung Emmanuel Macrons sei ein, wenn nicht das Ziel der Bewegung (Interview 01: 80f., Interview 02: 20f.). Zwei Befragte forderten, Macron solle auf die Forderungen der Bewegung reagieren (Interview 01: 83, Interview 03: 46). Ein Befragter warf ihm vor, seine Versprechen nicht gehalten zu haben (Interview 02: 15f.). Die Befragte in Interview 08 betont hingegen, die liberale Politik des Präsidenten sowie sein Reformprogramm seien nicht überraschend gewesen. Er habe dies im Wahlkampf angekündigt. Die Menschen seien allerdings mithilfe der Medien geblendet worden und ihnen sei der Eindruck vermittelt worden, Macron würde als Präsident ihr Leben verbessern. „Und nun zahlen wir den Preis“, sagte sie (Interview 08: 145). Die Befragte sah das soziale Sicherungssystem in Frankreich durch Macron in Gefahr: „Wir haben einen Präsidenten, der alles zerbrechen und uns auf das unterste Niveau zurücksetzen will.“ (Interview 08: 5f).

Scharf kritisiert wird in der Literatur auch die Repräsentativität des Präsidenten. Im ersten Wahlgang habe er 2017 lediglich 24 Prozent der Stimmen erhalten (Vgl. Vandepitte 2019: 68f.). Die Befragte in Interview 04 hebt hervor, dass bei der Auszählung der Stimmen die Stimmenthaltungen oder ungültigen Stimmzettel nicht gewertet worden seien (Interview 04: 21ff). Sie vermutet, die Wahl wäre anders ausgefallen, hätte man diese beachtet.<sup>62</sup>

### **Verschwörungsmythen**

Das Misstrauen gegenüber Repräsentation wird darüber hinaus durch Verschwörungsmythen verstärkt. Diese reproduzierten oft antisemitische Topoi und Stereotype (Boulouque 2019: 60). Der Befragte des Interviews 02 nennt Macron zum Beispiel einen „Rothschild-Bankier“ (Interview 02: 82ff). In Interview 04 nennt die Befragte Macron eine „Marionette“ (Interview 04:

---

<sup>61</sup> Interessant ist, dass die Befragten ihn dafür kritisieren, dass er keinerlei politische Erfahrung habe, gleichzeitig aber bekanntlich etablierte Politiker generell für korrupt und nicht vertrauenswürdig halten.

<sup>62</sup> Tatsächlich war die Zahl der Protestwähler\*innen bei den Wahlen 2017 auffällig hoch. Im zweiten Wahlgang waren 6,4 Prozent der abgegebenen Stimmen ungültig (Le Monde 2017).

41ff): Es sei irrelevant, ob nun er oder ein anderer an der Macht sei. Macron stehe lediglich öffentlich für die, die im Hintergrund „die Fäden ziehen“ (Ebd.: 44). Die Befragte in Interview 08 nennt die Medienkonzerne „oligarchisch“ (Interview 08: 15). Macron habe lediglich die Wahlen gewonnen, da ihm diese Geschäftsleute Sichtbarkeit und ein positives Bild in der Öffentlichkeit verschafft hätten (Ebd.: 142). Sie wirft ihnen vor, die Zeitungen oder Sender aufzukaufen, um damit politischen Einfluss zu gewinnen (Ebd.: 132ff).

### **Missachtung des sozialen Vertrages**

Huy Ghe, Desmaison und Liccia sprechen in einem größeren Rahmen vom weit verbreiteten Gefühl der „Missachtung des sozialen Vertrages“, welcher durch Repräsentation geschlossen werde (Ebd.: 33). In der Folge sei bei den Gelbwesten das Gefühl der „Enteignung als Staatsbürger\*innen“ entstanden (Ebd.: 40). Dieser Regelbruch ziehe einen Vertrauensverlust nach sich, der sich nicht auf die aktuelle politische Führung beschränke, sondern etablierte politische Mechanismen einbeziehe (Ebd.: 33).

Wie im Theoriekapitel diskutiert wurde, geht Blühdorn davon aus, dass authentische Repräsentation in der postdemokratischen Konstellation nicht mehr möglich ist. Bei der simulativen Repräsentation handele es sich um einen „neuen Gesellschaftsvertrag“ (Blühdorn 2013: 189), der zwar nicht offiziell geschlossen, jedoch von beiden Seiten akzeptiert wird. Er ermögliche es Bürger\*innen, weiterhin in einem demokratischen Selbstverständnis zu leben. Zugleich könnten sie entsprechend ihrer Präferenzen als fluide Subjekte politische Verantwortung an Dienstleistende delegieren. Der neue Gesellschaftsvertrag ermögliche es zudem politischen Eliten, auf legitime Weise die notwendige politische Agenda durchzusetzen. Zu diesem Zweck simulierten sie eine Repräsentationsbeziehung, in der die Bevölkerung noch immer demokratischer Souverän ist, auch wenn dies längst nicht mehr der Wahrheit entspricht.

Der soziale Vertrag, der durch authentische Repräsentation geschlossen wird, besitzt in simulativer Demokratie damit tatsächlich keine Gültigkeit mehr. Faktisch sind Bürger\*innen nicht länger souverän. Blühdorn betont jedoch mehrfach, dass es sich hierbei nicht um eine Enteignung wider Willen handele, sondern dass der Wechsel zu simulativer Repräsentation für beide Seiten Vorteile bringe (Blühdorn 2013: 145, Blühdorn 2011: 67). Die Subjekte emanzipierten sich hier von ihren demokratischen Rechten und Pflichten, die sie in ihrer Selbstverwirklichung einschränken. Die gleichzeitige hohe Relevanz demokratischer Werte sowie sogar radikalisierte Repräsentationsansprüche erforderten jedoch, dass Repräsentation zumindest zur Vorstellung gebracht, eben simuliert werde.

Da sich Bürger\*innen dem Widerspruch zwischen Emanzipation und Selbstverständnis jedoch bewusst seien müssten sie letzteres durch Protestverhalten erneuern, bekräftigen und erfahrbar machen. Explizit ordnet Blühdorn die Kritik an „Legitimationslücken, Repräsentationsmängeln und Partizipationsblockaden“ (Blühdorn 2011: 68) in diese Bewältigungsstrategie ein. Dass die Gelbwesten also authentische Repräsentation einfordern und die Entmachtung als Staatsbürger\*innen ankreiden, entspricht exakt dem Drehbuch simulativer Demokratie.

### **Legitimität staatlicher Gewalt**

Gérard Noiriel greift außerdem das Problem der Illegitimität staatlicher Gewalt auf (Noiriel 2019: 63). Er führt dies auf den im Vorlauf der Proteste gesunkenen Lebensstandard der Protestierenden (Ebd.: 26) und mangelnde Identität von Repr sentant\*innen und Repräsentierten (Ebd.: 64) zurück. Der geringere Lebensstandard berührt klar die Output-Legitimität der Regierung, nämlich im Modus der Entsubjektivierung ihre Leistungsfähigkeit in der Erfüllung des objektiv Notwendigen (Vgl. Blühdorn 2013: 223). Da wirtschaftliche Prosperität in simulativer Demokratie durch politische Kommunikation als notwendig etabliert wurde (Blühdorn 2013: 222f), stellt ein sinkender Lebensstandard ein Legitimationsproblem dar.

Im Theoriekapitel wurde bereits erörtert, dass die Identität von Repr sentant\*innen und Repräsentierten in hochkomplexen Gesellschaften ein unerreichbares Ideal darstellt. Eine gewisse Distanz zwischen beiden Seiten ist darüber hinaus notwendig, um Repräsentation zu realisieren. Die Unterrepräsentation von Menschen aus Arbeiter\*innenberufen oder weniger wohlhabenden Milieus in der Politik ist darüber hinaus ein Problem vieler entwickelter Demokratien. In Frankreich ist die politische Klasse jedoch besonders homogen aufgrund traditionell schwacher Zwischenkörperschaften und dem geschlossenen System der Elitenrekrutierung über das Bildungssystem (Kempf 2017: 77): Das politische Führungspersonal stammt nahezu vollständig aus einigen wenigen Elite-Universitäten (Ebd.: 81ff.). Der „Ethnozentrismus der gehobenen Mittelschicht“ (Noiriel 2019: 75), zeige sich bereits in einer akademisierten Sprache der Politik, allen voran der Emmanuel Macrons. Diese sei für Menschen außerhalb der Bildungselite nur schwer verständlich und verstärke das Gefühl der politischen Exklusion (Ebd.: 76).

Obwohl also ein perfektes Abbilden des Demos durch Repräsentation unmöglich und eine gewisse Distanz unvermeidlich ist, so fällt doch auf, dass in Frankreich besonders große Repräsentationslücken bestehen. Der aktuelle Pr sident verschärft dieses Problem dadurch, dass er gerade zu Beginn seiner Amtszeit nicht etwa inklusiv auftrat, sondern durch herabl ssige Äußerungen über unterprivilegierte B rger\*innen negativ auffiel (Vandepitte 2019: 43). Normative Demokratisierungsoptimist\*innen (Blühdorn 2011: 48) würden nun an dieser Stelle

annahmen, die Schieflage durch die Vertretung aller Schichten im Parlament, durch Quotenregelungen oder mehr politische Bildung zu korrigieren. Blühdorn gibt dieses Ansinnen jedoch als obsolet auf. Simulative Legitimationsmechanismen sollten stattdessen Bürger\*innen das Gefühl geben, sie seien weiterhin souverän (Blühdorn 2013: 226). Möglich seien etwa Beteiligungsverfahren (Ebd.), welche möglichst wenig tatsächlichen Einfluss riskierten. Die *Große Debatte* im Frühjahr 2019 ist ein gutes Beispiel hierfür.

Die Kritik an Repräsentationslücken sei außerdem ohnehin erwartbarer Bestandteil repräsentativer Demokratie und diene der Selbstvergewisserung fluider Subjekte (Blühdorn 2011: 68). Per se stelle dieser Protest also kein Problem dar. Im Falle Frankreichs hat jedoch heftiger Widerstand der Bevölkerung jahrzehntelang Versuche behindert, den Staat zu reformieren und wettbewerbsfähig zu machen, obwohl dies durch die Eliten als notwendig erachtet wurde (Schreiber 2019: 126ff). Ihnen ist es also offenbar nicht gelungen, durch politische Kommunikation die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Reformen dem Gemeininteresse entsprechen.<sup>63</sup> Ihre Simulation einer Repräsentationsbeziehung scheint hier nicht erfolgreich gewesen zu sein.

Entsprechend ist zu verstehen, dass die Regierung innerhalb der Gelbwestenbewegung als illegitim gilt (Noiriel 2019: 63). Das „Handeln der Führungseliten und Institutionen“ in Blühdorns simulativer Demokratie gilt „dann als besonders legitim, wenn es in möglichst entpolitisierter Art und Weise, möglichst effektiv und effizient das umsetzt, was als objektiv notwendig, nicht verhandelbar, systemrelevant dargestellt wird“ (Blühdorn 2013: 222f).<sup>64</sup> Dies ist nicht gelungen, wenn die Reformpolitik Macrons von Teilen der Bevölkerung so vehement abgelehnt wird.

### 5.1.9 Zwischenfazit

Die Gelbwestenbewegung weist zahlreiche Elemente auf, die auf einen Subjektwandel, auf reflexive Modernisierung und deren Auswirkungen hindeuten. Die Annahme fluider Subjekte stützen etwa die plötzliche und schnell abflauende Modernisierung der Bewegung sowie ihr Erwachsen aus einer Petition. Die große Flexibilität der Bewegung erlaubte es fluiden Subjekten, ohne feste Bindung an den Protesten teilzunehmen. Für die generelle Ablehnung fester Bindungen spricht außerdem die beobachtete Abkehr von Kollektivorganisationen. Selbstverwirklichung spielt nicht nur bei den Befragten in der zitierten Werte-Studie eine herausragende

---

<sup>63</sup> In Frankreich erschwert zu Beispiel die Modernisierung des Sozialstaats enorm, dass das Sozialmodell als Erregungenschaft tief im nationalen Bewusstsein verankert ist. Jede Reform ist aus diesem Grund von vornherein heikel (Schreiber 2019: 126f).

<sup>64</sup> Vertiefend äußert sich Blühdorn zum Wandel der Legitimation in seiner Theorie simulativer Demokratie ab Seite 216 (Blühdorn 2013: 216ff).

Rolle, sondern auch bei den Teilnehmenden der Gelbwestenbewegung. Diese nahmen ihr politisches Engagement als Möglichkeit zur Selbstverwirklichung wahr. Die für postdemokratische Partizipation typische Selbstinszenierung zeigte sich etwa in Kostümen, der Wahl symbolischer Orte oder im Verhalten einiger bekannter Gelbwesten gegenüber den Medien. Auch die Ablehnung von Organisation kann teilweise auf den hohen Stellenwert der Selbstinszenierung zurückgeführt werden.

Als Zeichen der fortschreitenden Modernisierung lässt sich deuten, dass das sowohl Berichterstattung über als auch Medienkonsum bei den Gelbwesten nach den Regeln des Marktes funktioniert. Im Zuge der Modernisierung verstärkte sich zudem die bereits vorhandene Individualisierungstendenz (Blühdorn 2013: 162). Diese zeigt sich zunächst in einem beobachteten Wertewandel in der französischen Gesellschaft. Ein Ergebnis dieser Tendenz sei eine hochkomplexe Gesellschaft, in der die Identifikation mit bestimmten Milieus und in diesen verwurzelten Körperschaften stark abnimmt (Blühdorn 2011: 62). Die Betonung des Individuums innerhalb der Gelbwestenbewegung wird außerdem in der Vielzahl der Forderungen und der Unmöglichkeit offenbar, eine inhaltliche Strukturierung der Bewegung vorzunehmen. Die Bildung von Untergruppen innerhalb der Bewegung spricht ebenfalls für das Bedürfnis der Teilnehmenden, ihre Individualität selbst innerhalb der größeren Gruppe zum Ausdruck zu bringen. Die Überlegung des „kollektiven Individualismus“ (Blühdorn 2013: 191) scheint auf die Gelbwesten zuzutreffen, insbesondere angesichts der strategischen Vorteile, die ihr geringer Organisationsgrad mit sich brachte.

Aus der fortgeschrittenen Individualisierung und Selbstzentrierung der Subjekte folgen laut Blühdorn radikalisierte Repräsentationsansprüche (Blühdorn 2011: 64). Diese erklären in der Gelbwestenbewegungen die Forderung nach direkter Demokratie und die Ablehnung jeglicher Verhandlung mit etablierten Institutionen oder Parteien. Letztlich ist auch das Scheitern der Wahl von Repräsentant\*innen der Bewegung auf radikalisierte Repräsentationsansprüche zurückzuführen.

Plausibel ist ebenfalls das Dilemma, in dem sich fluide Subjekte in simulativer Demokratie befinden (Ebd.: 62). Während die französische Bevölkerung weiterhin demokratische Werte vertritt, zeigt sie eine Präferenz für technokratische Regierungsformen und erwartet von der politischen Führung vor allem Effizienz. In der untersuchten Bewegung wird dieser Widerspruch sichtbar anhand der Radikalität der Forderungen und der gleichzeitigen Präferenz niedrigschwelliger Engagements ohne konkrete, langfristige Bindung.

Das beobachtete Protestverhalten entspricht in einigen Punkten erstaunlich genau den von Blühdorn genannten Merkmalen. Dazu gehört die Inszenierung der Demonstrierenden als das „Volk“ durch Symbole und historische Referenzen. Außerdem findet sich die Kritik an Repräsentationslücken in der Gelbwestenbewegung wieder. Zudem forderten die Teilnehmenden mehr Demokratie, namentlich direkte Demokratie, was Blühdorn als Mittel zur Selbsterfahrung als demokratischer Souverän auslegt (Blühdorn 2013: 199).

In einigen Punkten blieben jedoch zumindest Fragen offen. Zunächst ist die Persistenz der Bewegung untypisch für postdemokratische Partizipation, die eher sporadisch stattfindet (Ebd.: 191). Allerdings traf dies nur auf einen kleinen Teil der Bewegung zu, der auch zwei Jahre nach ihrem Beginn noch regelmäßig demonstrierte. Für die Politisierung und Solidarisierung der Gelbwesten verfügt die Theorie ebenfalls über keine Erklärung.

Bezüglich neuer Dienstleister\*innen konnten in dieser Analyse auch keine Erkenntnisse gewonnen werden. Die sozialen Medien erfüllen nicht die Aufgaben, die Dienstleister\*innen in simulativer Demokratie zufielen (Ebd.: 144f). Sie aktivieren und politisieren die Bürger\*innen, statt ihnen diese Aufgaben abzunehmen.

Ein blinder Fleck der Theorie ist offensichtlich die Zusammensetzung von Protestbewegungen. Für die Teilnahme oder Nichtteilnahme von Bürger\*innen hält Blühdorn keine Erklärung bereit. Die Autorin stellt die Hypothese auf, dass die unterschiedlich starke Partizipation der Subjekte auf ein unterschiedlich verteiltes Simulationsbedürfnis und unterschiedlich starke Wahrnehmung des postdemokratischen Dilemmas zurückgeht. Die These Blühdorns, der Subjektwandel gehe in gesellschaftlichen Leitmilieus schneller vonstatten (Blühdorn 2013: 139), lässt sich zumindest am hier gewählten Fallbeispiel nicht bestätigen.

Zuletzt passen die politischen Folgen der Gelbwestenbewegung nicht in das Schema simulativer Demokratie. Protestverhalten sei sporadisch und nicht nachhaltig - die Gelbwestenbewegung hatte jedoch signifikante Auswirkungen auf die politische Agenda und zwang die Regierung Macron sogar, von bereits beschlossenen Maßnahmen abzurücken. Die Darstellung des Protestverhaltens der Bürger\*innen als reines Simulationsverhalten ohne reale Konsequenzen trifft hier also nicht zu. Fraglich ist, ob reale politische Folgen von Protest Teil simulativer Demokratie sind, oder ob es sich hier um eine Störung handelt, die Schwächen der Simulationsmechanismen signalisiert. Im nächsten Kapitel wird sich dieser Frage von Seiten der Eliten genähert.

## 5.2 Herausforderungen der Eliten in postdemokratischer Konstellation

Die postdemokratische Konstellation stelle neben Bürger\*innen auch die politische Führungselite vor große Herausforderungen. Während die Effizienz postdemokratischen Regierens von Bürger\*innen in simulativer Demokratie begrüßt werde, stehe die politische Führung vor der Herausforderung, gleichzeitig ihre hohen Repräsentationsansprüche zu bedienen. Die politische Elite müsse sich einerseits von dem irrepräsentablen Demos emanzipieren, demselben jedoch glaubhaft vermitteln, er wäre nach wie vor demokratischer Souverän (Blühdorn 2011: 62).

### Verständnis politischer Kommunikation

Das Mittel zur Bewältigung dieses Dilemmas auf Seiten der Elite sei die politische Kommunikation (Blühdorn 2011: 62). Sie „schlägt die Brücke“ zwischen Repräsentationsansprüchen der Bürger\*innen und postdemokratischen Realitäten (Ebd.: 67). Der Begriff ist bei Blühdorn nicht weiter definiert. Um die Anwendung der Theorie zu ermöglichen, beruft sich die Autorin hier auf die Definition politischer Kommunikation von Brian McNair. Er definiert politische Kommunikation als:

*„purposeful communication about politics“: „1. All forms of communication undertaken by politicians and other political actors for the purpose of achieving specific objectives. 2. Communication addressed to these actors by non-politicians such as voters and newspapers columnists. 3. Communication about these actors and their activities, as contained in news reports, editorials, and other forms of media discussion of politics” (McNair 2003, zitiert nach Jarren / Donges 2011 [2002]: 21).*

McNair versteht politische Kommunikation also zuvorderst als zielgerichtete oder absichtliche Kommunikation über Politik (Ebd.). Bei Blühdorn ist politische Kommunikation ein Instrument der Eliten. Dieses Verständnis deckt sich lediglich mit der ersten Definition bei McNair, der Kommunikation *von* politischen Akteuren mit bestimmter Absicht. Botschaften *an* politische Akteure, die zweite Kategorie bei McNair, sind von Blühdorn nicht gemeint. Die dritte Form, Kommunikation *über* politische Akteure, vorrangig in der medialen Berichterstattung, ist ein Sonderfall. Sie könnte mit Blühdorn nur dann als politische Kommunikation der Eliten zählen, wenn die Medien in Einheit oder im Auftrag der Regierung handeln. Dies vermuten zwar einige Gelbwesten, so etwa die Befragte in Interview 08 (Interview 08, 13f). Wie im ersten Abschnitt der Analyse behandelt, ist dies jedoch trotz berechtigter Warnungen vor Besitzkonzentration im Medienbereich in Frankreich nicht zu bestätigen. Die Analyse politischer Kommunikation

im Sinne simulativer Demokratie stützt sich daher in dieser Arbeit lediglich auf Kommunikation von politischen Akteuren, vorrangig von Emmanuel Macron.

### **Vorgehensweise**

Zur Prüfung der Theorie wird zunächst untersucht, welche Themen die politische Agenda in Frankreich während und im Vorfeld der Gelbwestenbewegung bestimmten. Hier soll geprüft werden, ob diese tatsächlich durch externe Zwänge geleitet waren, oder ob sie dem gesellschaftlichen Diskurs entsprangen.

Exemplarisch für die politische Kommunikation der Regierung Macron werden im Anschluss zwei wichtige Ereignisse analysiert: Die Fernsehansprache Emmanuel Macrons am 10. Dezember 2018 sowie die *Große Debatte* im Frühjahr 2019. Die Analyse soll die theoretischen Erwartungen Blühdorns an politische Kommunikation mit dem tatsächlichen Vorgehen der politischen Elite in Frankreich angesichts der Gelbwestenbewegung vergleichen.

Zu den Reaktionen der Regierung auf die Gelbwestenbewegung zählt zweifellos auch der massive Einsatz von Sicherheitskräften bei Demonstrationen der Bewegung. Dieser ist ein wichtiges Thema der Gelbwestenbewegung. Besonders über Gewalt von und gegen Polizist\*innen wurde viel diskutiert<sup>65</sup>. Demonstrierende sprachen in den Interviews für diese Arbeit vorwiegend sogar von Repression (Interview 01: 34, Interview 02: 70, Interview 03: 18, Interview 05: 48 Interview 07: 50). Die umfassende Betrachtung dieses Aspekts würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten. Er kann daher nur in dem Maße behandelt werden, wie er für die Theorie simulativer Demokratie relevant ist. Dies geschieht etwa kurz im Rahmen politischer Kommunikation.

#### **5.2.1 Politische Themen im Vorfeld der Gelbwestenbewegung**

Frankreich stand im Vorfeld der Gelbwestenbewegung vor einer Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und politischer Herausforderungen. Diese waren teilweise über Jahrzehnte gewachsen, teilweise durch kürzliche Ereignisse akut geworden, so wie die Sicherheitslage nach vermehrten Terroranschlägen (Lemke 2019: 45). Emmanuel Macron begegnete dieser Konstellation mit einem ambitionierten Reformprogramm, für welches er in den Präsidentschafts- und anschließenden Wahlen zur Nationalversammlung das nötige Mandat erhielt. Im Folgenden soll nun

---

<sup>65</sup> Zum Beispiel in Noiriel 2019: 80f, Maillard 2019: 29, Boulouque 2019: 134, Huy Ghe / Desmaison / Liccia 2018: 34 oder Vandepitte 2019: 90f.

untersucht werden, inwiefern diese zentralen politischen Fragen von externen Zwängen bestimmt waren.

In Erinnerung an das Theoriekapitel ist an dieser Stelle deutlich zu machen, dass Krisensituationen eine Entscheidung erfordern, aber eben auch ermöglichen. Selbst in internationalen Krisen ist es politischen Führungspersonen möglich, zwischen verschiedenen Handlungsoptionen zu wählen. Das zeigt sich etwa an der Entscheidung Donald Trumps, aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten. Solche Entscheidungen haben allerdings Konsequenzen. Wenn also von Sachzwängen die Rede ist, muss dies heißen, dass nur eine der Handlungsoptionen für die Akteur\*innen akzeptabel ist, beziehungsweise, dass es Szenarien gibt, die unbedingt vermieden werden sollen. Am Beispiel Frankreich zeigt sich in der Opposition zwischen Marine Le Pen und Emmanuel Macron im Präsidentschaftswahlkampf 2017 diese Existenz von Alternativen. Wenn im französischen Kontext über notwendige Reformen gesprochen wird (Vgl. Schreiber 2019: 127), bedeutet dies, dass die Konsequenzen bei Ausbleiben von Reformen nicht akzeptabel für die Person sind, die sie als notwendig bezeichnet. Sachzwänge beruhen demnach stets auf bestimmten Werten. Als Grundlage dienen hier die Theorie simulativer Demokratie und insbesondere die Erwartungen fluider Subjekte an Regierung.

Wie im ersten Abschnitt behandelt, haben beruflicher und sozialer Erfolg eine hohe Priorität für fluide Subjekte (Blühdorn 2011: 57). Sie erwarten Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung, welche einen Großteil ihrer Zeit in Anspruch nimmt (Ebd.: 59). In heutigen Konsumgesellschaften hänge berufliche und persönliche Prosperität mit Wachstum zusammen – auf nationaler Ebene mit positivem Wirtschaftswachstum (Ebd.: 57). Gleichzeitig ist laut Blühdorn das Schutzbedürfnis der Bürger\*innen angesichts der Beschleunigung des Lebens und wachsender Unsicherheiten enorm gestiegen (Ebd.: 64).

Bezüglich der Präferenzen der Regierung wird hier die Annahme getroffen, dass der Fortbestand der Regierung sowie der Staatsform eine hohe Priorität besitzt. Was diese Ziele bedroht, stellt demnach ein Problem dar, mit dem politisch umgegangen werden muss. Blühdorn nennt als zentrale Aufgaben einer Regierung: „Wirtschaft ankurbeln, Arbeitsplätze schaffen, bezahlbare Konsumgüter bereitstellen, Umwelt retten, Terror abwehren, Haushaltsdefizite bekämpfen“ (Blühdorn 2011: 59). Werden diese Aufgaben nicht erfüllt, gefährdet dies die Legitimationsgrundlage der Regierung und damit ihren Fortbestand. Ihre Notwendigkeit besteht also nicht objektiv, sondern ergibt sich aus der Disposition der Regierung und wird mittels politischer Kommunikation etabliert (Ebd.: 67).

An dieser Stelle beinhaltet die Theorie einen weiteren Widerspruch. Es heißt einerseits, Politik sei faktisch von externen Zwängen kontrolliert (Ebd.). Andererseits schreibt Blühdorn, Wähler\*innen trafen eine Entscheidung zwischen verschiedenen politischen Agenden (Ebd.: 62). Dass mitnichten immer die kosmopolitische Partei oder Person gewinnt, zeigen die Wahlerfolge eines Boris Johnson oder eines Donald Trump. Der der postdemokratischen Theorie eigene Fatalismus (Linden / Thaa 2011: 30) wird hierdurch infrage gestellt.

### **5.2.1.1 Wirtschaft, Arbeit und Soziales**

Zu den strukturellen Problemen der französischen Wirtschaftspolitik zählen der Niedergang der Industrie besonders im ländlichen Raum und die Verlagerung hochwertiger Segmente der Produktionspalette in das günstigere europäische Ausland<sup>66</sup> (Kempf 2017: 311). Dazu kommen Probleme der Wettbewerbsfähigkeit, eine regressive Exportwirtschaft sowie eine bereits seit dem Jahr 2002 defizitäre Handelsbilanz (Urmersbach 2020c). 2017 betrug das Außenhandelsdefizit Frankreichs 83,46 Milliarden US-Dollar (Ebd.). Die hohe Steuerlast für Unternehmen in Frankreich ist ein Standortnachteil, da sie Gewinnmargen verringert (Kempf 2017: 311). 2017 betrug die Unternehmenssteuer bis zu 33,3%, was den europäischen Spitzenwert darstellte (Handelsblatt 2017). Aufgrund dessen fehlen wiederum finanzielle Mittel für Forschung und Entwicklung, was Innovationen bremst (Kempf 2017: 311). In Frankreich fehlt außerdem ein starker Mittelstand, der dies kompensieren könnte (Ebd.: 313). Stattdessen existiert ein Gegensatz zwischen international agierenden Spitzenbetrieben und einer fragmentierten Infrastruktur, die geprägt ist vom Ideal des Familienbetriebs mit lokaler Verwurzelung (Ebd.: 314). Problematisch ist darüber hinaus das Ausmaß des Staatsapparates: Zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gehören in Frankreich sowohl das Verwaltungs- und Klinikpersonal als auch Mitarbeitende der Staatsbahnen, der Post, der Telefongesellschaft sowie der staatlichen Elektrizitäts- und Gasgesellschaften (Kempf 2017: 312). Die Privatisierung von Unternehmen im Staatsbesitz scheitert am Widerstand der Gewerkschaften (Ebd.). Eine rigide Sozial- und Arbeitsgesetzgebung wirkt sich negativ auf Beschäftigungszahlen und die Dynamik der Wirtschaft aus (Vgl. Keller 2019a: 160f). Ein strikter Kündigungsschutz und mitunter hohe Abfindungen bei Entlassungen steigern die Hürden bei Einstellungen von Arbeitnehmer\*innen, weshalb vermehrt befristete Arbeitsverträge abgeschlossen werden (Ebd.: 311). Dies führt zu Verunsicherung und mangelnder Planungssicherheit für die betroffenen Beschäftigten.

---

<sup>66</sup> Im Gegensatz zu Deutschland wurde die Auslagerung der Produktion nicht auf lohnintensive Teile beschränkt, sondern beinhaltete „hochwertige Teile der Wertschöpfung“ (Kempf 2017: 324).

Kritisch ist jedoch vor allem die seit Jahrzehnten hohe Arbeitslosigkeit. Nach einem relativen Tiefstand von 7,46 Prozent im Jahr 2008 stieg die Arbeitslosenquote bis 2015 in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise auf 10,37 Prozent (Urmersbach 2020). 2017 betrug die Quote noch 9,43 Prozent (Ebd.).

Besonders seit der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 herrschen in der französischen Gesellschaft große Unsicherheit und Abstiegsängste (Kempf 2017: 6). Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten ebenso wie die Vor- und Nachteile durch internationalen Wettbewerb im Land sind ungleich verteilt. In der Metropolregion um Paris sind nach wie vor Industriekonzerne angesiedelt. Der Durchschnittslohn ist dort zudem höher und die Arbeitslosigkeit niedriger als in der Peripherie (INSEE<sup>67</sup> 2020). Im ländlichen Raum werden kleinere Betriebe von globalen Konzernen verdrängt. Dies trifft vor allem die Lebensmittelbranche (Kempf 2017: 328). Die Kombination aus schlecht bezahlten Arbeitsplätzen und Deindustrialisierung sorgt für die Abwanderung gut ausgebildeter Arbeitskräfte (Ebd.).

Die schwierige wirtschaftliche Lage und hohe Arbeitslosigkeit sind Gründe für das Entstehen neuer sozialer Unsicherheiten, besonders für marginalisierte Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende oder Geringqualifizierte (Schreiber 2019: 139f). Die „Befriedung der Banlieues“ (Kempf 2017: 343) durch Bekämpfung der Armut und Schaffung neuer Perspektiven für die dort lebende Bevölkerung zählen außerdem zu aktuellen Herausforderungen.

Die Finanzierbarkeit des Gesundheits- und Sozialsystems stellt überdies seit geraumer Zeit ein Problem dar. Das großzügige, solidarisch finanzierte Sozialsystem gehört für viele Französinen und Franzosen zu den großen Errungenschaften ihrer Nation (Schreiber 2019: 126). Jegliche Reformen wie etwa Erhöhung des Rentenalters oder Liberalisierungen von Gesetzen zum Schutz von Arbeitnehmer\*innen stießen daher in der Vergangenheit auf großen Widerstand in der Bevölkerung (Ebd.)<sup>68</sup>. In Folge des demografischen Wandels und mangelnden Wirtschaftswachstums fehlten jedoch die finanziellen Mittel zur Aufrechterhaltung des Solidarsystems (Kempf 2017: 356). Besonders die Rentenkassen sind stark belastet (Schreiber 2019: 128). Der Verwaltungsaufwand des fragmentierten Systems ist zudem hoch: 2017 existierten in Frankreich allein 37 verschiedene Rentenkassen (Ebd.: 136).

---

<sup>67</sup> INSEE steht für: *Institut national de la statistique et des études économiques*, übersetzt: *Nationales Institut für Statistik und Ökonomie*.

<sup>68</sup> Ein Beispiel hierfür ist der Vorstoß des *Contrat Premier Embauche* (CPE), einem „Arbeitsvertrag für unter 26-jährige mit geringerem Kündigungsschutz“ (Keller 2019a: 160). Das Gesetz von 2005 sollte der Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen entgegenwirken. Nach heftigen Protesten, vor allem von Studierenden, wurde der Entwurf jedoch revidiert (ebd.).

Die strikte Gesetzgebung zum Kündigungsschutz führt zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft in der Beschäftigung: Nahezu unkündbare Festangestellte stehen Beschäftigten gegenüber, die über lange Zeiträume lediglich befristete Verträge erhalten und sich somit in prekärer, unsicherer Lage befinden (Ebd.: 311).

Die Verschränkung von wirtschaftlichen und sozialen Problemen wird an dieser Stelle bereits deutlich. Die beiden Bereiche können weder getrennt voneinander betrachtet noch getrennt voneinander behoben werden. Die diesbezügliche Strategie Emmanuel Macrons war eine umfassende, ambitionierte Flexibilisierung des Systems. Seine Reformen zielten auf eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes ab (Uterwedde 2019: 96). Sie sollten durch eine Förderung der Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten die Arbeitslosigkeit senken. Einkommen aus Berufstätigkeit sollten gegenüber Transferleistungen deutlich gestärkt werden (Ebd.). In der Vergangenheit hatte die Besteuerung von Kapital zudem zu Kapitalflucht geführt (Kempf 2017: 349), weshalb Macron plante, diese Steuer abzuschaffen und stattdessen Immobilienbesitz zu besteuern (Uterwedde 2019: 97).

Die Dynamisierung der französischen Wirtschaft ist im Sinne simulativer Demokratie deshalb essenziell, weil ihr Ausbleiben sowohl das Bedürfnis der Bürger\*innen nach Selbstverwirklichung als auch ihr Schutzbedürfnis berührt. Wirtschaftswachstum, steigende Löhne und ein positives Geschäftsklima ermöglicht es Bürger\*innen, sich beruflich zu verwirklichen und erfolgreich zu sein. Sinkende Kaufkraft, wie in ländlichen Regionen Frankreichs um 2017/18, sorgt in Konsumgesellschaften für große Unzufriedenheit (Blühdorn 2011: 57). Wirtschaftswachstum ist zudem eine Voraussetzung für die Finanzierbarkeit des großzügigen Sozialmodells in Frankreich (Schreiber 2019: 132). Kürzungen im Sozialbereich oder der Abbau von Schutzmechanismen wie Kündigungsschutz erhöhen das Unsicherheitsgefühl der Bürger\*innen enorm. Den Zusammenbruch des Sozialsystems kann die postdemokratische Regierung nicht hinnehmen, da die Erfüllung des Schutzbedürfnisses ihrer Bürger\*innen wichtiger Teil der Legitimationsgrundlage ist<sup>69</sup>.

Zu einem externen Zwang wird die Dynamisierung der Wirtschaft dadurch, dass wesentliche wirtschaftliche Entwicklungen auf Globalisierungsprozesse, internationalen Wettbewerb und internationale Krisen zurückgehen. Beispiele hierfür in Frankreich sind die Verlagerung großer Teile industrieller Produktion in das Ausland und die damit verbundene Deindustrialisierung, die Konkurrenz um gut ausgebildete Arbeitskräfte sowie die Auswirkungen der globalen

---

<sup>69</sup> Speziell ist der Schutz der Bevölkerung eine Leistung der Regierung. Die Erfüllung dieser Aufgabe erhöht also die Output-Legitimation der Regierung.

Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09. Mittelbar ist also auch das Sozialwesen von äußeren Zwängen berührt. Soziale Standards und Arbeitsschutz sind zudem durch die Verrechtlichung in internationalen Regimen und die Einbindung Frankreichs in der Europäischen Union<sup>70</sup> bestimmt (Europäisches Parlament 2017).

Für den Fortbestand der Regierung Macron, doch auch für das politische System insgesamt ist es keine akzeptable Option, *nicht* auf wirtschaftlichen Aufschwung hinzuarbeiten, den Arbeitsmarkt zu reformieren beziehungsweise die Finanzierung des Sozialsystems sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund kann hier von externen Zwängen gesprochen werden.

### 5.2.1.2 Sicherheitspolitik

Die traumatische Erfahrung der Terroranschläge des Jahres 2015 steigerte das Unsicherheitsgefühl in der französischen Gesellschaft enorm (Vgl. Kempf 2017: 20). Die Gewalt schadete zudem erheblich dem Bild des Islams in der Bevölkerung sowie Einstellungen zur Vereinbarkeit der Religion mit republikanischen Werten (Ebd.: 21). Nach dem Anschlag auf das Satiremagazin Charlie Hebdo im Januar 2015 mit 17 Todesopfern sowie den erneuten Anschlägen in Paris im November 2015 mit mehr als 130 Todesopfern verhängte der damalige Präsident François Hollande den Ausnahmezustand. Dies erweiterte die Kompetenzen der Exekutive. Die Regierung konnte fortan „polizeiliche und richterliche Sondervollmachten [...] erlauben“ (Frémeaux 2019: 124). Der Ausnahmezustand wurde in der Folge mehrfach verlängert, die Präsenz von Sicherheitskräften im Land erhöht (Lemke 2019: 47). Dennoch erschütterten Frankreich immer wieder Terroranschläge, so etwa am Nationalfeiertag 2016 in Nizza oder im Dezember 2018 in Straßburg.

Den zum Dauerzustand gewordenen Ausnahmezustand wollte Macron durch ein neues Sicherheitsgesetz beenden, welches Beamt\*innen der Sicherheitskräfte schützt und effektivere Bekämpfung terroristischer Gefahren ermöglicht. Die heftigen Proteste gegen dieses Gesetz lagen weit außerhalb des Untersuchungszeitraums, weshalb sie hier nicht berücksichtigt werden können.

Terrorismus tritt nicht ausschließlich in Verbindung mit Globalisierung auf. Die Verbreitung gewaltverherrlichender Videos und Botschaften ist jedoch durch das Internet und die technischen Möglichkeiten von Smartphones enorm erleichtert worden. Eine lange Zeit

---

<sup>70</sup> Die Kompetenzen der Europäischen Union (EU) in der Sozialpolitik sind beschränkt, da dieses Politikfeld im Hoheitsbereich der Mitgliedsstaaten selbst liegt. Die EU verfügt jedoch über einige Instrumente und Mindeststandards, die die Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten beeinflussen. Diese betreffen etwa Regelungen zur Chancengleichheit, für gerechte Arbeitsbedingungen oder Arbeitnehmer\*innenfreizügigkeit. Hinzu kommen finanzielle Mittel, etwa des Europäischen Sozialfonds (Europäisches Parlament 2017).

vernachlässigte Integrationspolitik und fehlende Perspektiven werden heute außerdem oft für die religiöse Radikalisierung junger Menschen in den verarmten Vorstädten verantwortlich gemacht (Kempf 2017: 21).

Die zwingende Notwendigkeit effektiver Terrorismusbekämpfung ergibt sich aus dem Schutzbedürfnis der Bevölkerung. Die im ersten Teil der Analyse zitierte Werte-Studie hat gezeigt, dass Bürger\*innen in Frankreich vom Staat erwarten, dass er Sicherheit und Ordnung garantiert (Bréchon 2020: 14). Beim angenommenen Subjektwandel ist dies von großer Bedeutung, da Unsicherheit oder Instabilität fluide Subjekte in ihrer Selbstverwirklichung einschränken. Ein Staat, der seine Bürger\*innen nicht vor Terrorismus schützt, verliert damit seine Legitimationsgrundlage. Terrorismus gefährdet darüber hinaus die Stabilität des Staates selbst. Seine Abwehr ist erforderlich zur Aufrechterhaltung des Systems. Vor diesem Hintergrund kann auch bei der Terrorismusbekämpfung von äußeren Zwängen gesprochen werden.

### **5.2.1.3 Umwelt- und Klimaschutz**

Die Trump-Administration demonstrierte mit ihrem Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen jüngst, dass nationale Alleingänge in der Klimapolitik durchaus möglich sind. Abgesehen von Folgen für die Umwelt zeigte sich jedoch anhand dieses Beispiels auch, dass derartige Schachzüge negative Auswirkungen auf die Stellung des Landes im internationalen System haben. Das Vertrauen der internationalen Partnerländer litt (Vgl. Lindner 2021).

Frankreich ist auch wegen seiner Mitwirkung in der Europäischen Union gezwungen, Maßnahmen zum Umweltschutz zu ergreifen. Die europäische Strategie zum Klimaschutz umfasst gemeinsame Zielsetzungen über Reduzierung der Treibhausgasemissionen, Investitionen in erneuerbare Energien sowie die Verbesserung der Energieeffizienz (Europäische Kommission 2021). Die Mitgliedsstaaten sind danach verpflichtet, eigene Strategien zur Erfüllung dieser Ziele vorzulegen und umzusetzen, was regelmäßig überprüft wird (Ebd.).

Die Erhöhung der Kohlenstoffdioxidsteuer, welche Anlass zur Gelbwestenbewegung gab, existierte bereits vor dem Wahlkampf Macrons. Die stufenweise Anhebung der Steuer wurde 2015 beschlossen (Guillou 2020: 1). Da ihre Umsetzung allerdings unter Macrons Führung erfolgen sollte, war es zumindest seine Aufgabe, dies kommunikativ zu begleiten.

Das Umweltthema stellt jedoch trotz seiner wissenschaftlich bestätigten Dringlichkeit in Frankreich einen Sonderfall dar. Obwohl argumentiert werden kann, dass ob der reinen Bewohnbarkeit des Planeten Klimaschutzmaßnahmen notwendig sind, ging die ab dem Beginn des 21. Jahrhundert forcierte Umweltpolitik in Frankreich weniger auf den Einfluss von Eliten zurück,

sondern erwuchs aus der gesamten Bevölkerung. In einem „Jahrhundertprozess“ (Laurent 2020: 11) reichten vier Organisationen für Umweltschutz eine Beschwerde gegen den französischen Staat ein, bei der sie die Untätigkeit der Regierung in der Klimapolitik kritisierten (Ebd.). Die Petition hinter der Aktion „Es geht uns alle an“<sup>71</sup> unterzeichneten über zwei Millionen Menschen (Ebd.). Auch auf kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ebene häufen sich in Frankreich Initiativen zur ökologischen Wende (Ebd.). Hier kann aus diesem Grund nicht von einem Agenda-Setting durch die Eliten gesprochen werden.

#### **5.2.1.4 Europa- und Außenpolitik**

Die Wahlentscheidung zwischen Marine Le Pen und Emmanuel Macron kam einer Richtungsweisung zwischen Kommunitarismus und kosmopolitischem Denken gleich (Schild 2019: 61). Dies betraf besonders die Außenpolitik. Zu den zentralen Entwicklungen im internationalen System im Vorfeld der Gelbwestenbewegung zählten der Brexit und die daraus folgende Justierung der Machtverhältnisse in der Europäischen Union. Außerdem sorgten die Außenpolitik Donald Trumps sowie der wirtschaftliche und machtpolitische Aufstieg Chinas für Verunsicherung. Neue Spannungen mit Russland unter Führung Putins und regionale Konflikte im Umfeld der EU, insbesondere in Syrien und der Ukraine stellten ebenfalls diplomatische Herausforderungen dar (Ebd.: 68).

Für Frankreich stand die Frage nach seiner zukünftigen Rolle im internationalen System im Raum. Dem traditionellen Selbstverständnis der Bürger\*innen entspricht eine Machtposition und ein internationaler Geltungsanspruch (Kempf 2017: 363). Um den nötigen Respekt und die Glaubwürdigkeit gegenüber internationalen Partnerländern zu wahren, musste Frankreich seine Reformfähigkeit und -willigkeit beweisen (Schild 2019: 74). Die Durchsetzung des Führungsanspruchs innerhalb der EU erforderte zudem finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Frankreichs, auch, um den machtpolitischen Abstand zu Deutschland zu verringern (Schild 2019: 70).

Macron zeigte eine europapolitische Vision, die „zentrale Zukunftsherausforderungen Frankreichs europäisch“ dachte (Ebd.: 64). Er leitete seine Agenda aus einer Konstellation „hochgradiger wirtschaftlicher wie politischer Interdependenz“ ab (Ebd.). Sein Entwurf stützte sich auf zwei zentrale Achsen, zum einen „ein Europa, das schützt“ (Ebd.: 62) und zum anderen die Idee „europäische[r] Souveränität“ (Ebd.). Zur ersten Achse gehörten Themen wie Sicherheit, Terrorismusabwehr, die Bewahrung von Arbeitnehmer\*innenrechten und Arbeitsschutzstandards, aber auch der Schutz persönlicher Freiheiten, etwa durch Datenschutz (Ebd.). Macron sah diese

---

<sup>71</sup> Der Titel lautete im Original: „notreaffaireatous“.

Schutzfunktion als wesentliche Legitimationsgrundlage politischer Ordnung (Ebd.). Zum Aspekt der Souveränität gehörte neben der Wahrung einer Machtposition auch die innere Souveränität, die Macron nicht zuletzt durch globale Unternehmen der Digitalwirtschaft bedroht sah (Ebd.: 63). Besonders ambitioniert war seine europapolitische Strategie, da sie Bereitschaft zur Übertragung von Hoheitsrechten signalisierte, etwa bezüglich möglicher Mehrheitsentscheidungen innerhalb der EU, der Entwicklung von Großwaffensystemen, der Forcierung des Außengrenzschutzes sowie gemeinsamer Besteuerung (Ebd.: 63).

Die Wechselwirkungen zwischen den behandelten Politikfeldern zeigen sich gut an diesem Beispiel. Es wird deutlich, dass sich selbst innenpolitische Themen wie soziale Sicherung und Altersvorsorge in Frankreich nicht mehr nationalstaatlich lösen lassen, sondern dass auch diese Bereiche von der Globalisierung betroffen sind. Der Brexit und erfolgreiche nationalistische, protektionistische Kampagnen wie die Donald Trumps zeigen aber, dass der Kurs der Öffnung, den Macron verfolgt, faktisch nicht alternativlos ist.

Die Fokussierung Macrons auf Schutz einerseits sowie auf wirtschaftliche Prosperität andererseits bestärkt die oben getroffenen Aussagen über diese Aspekte als wesentliche Teile der Legitimationsgrundlage postdemokratischer Regierung. In der Außen- und Europapolitik Frankreichs kann unter diesen Vorzeichen von externen Zwängen gesprochen werden, die die politische Agenda bestimmen.

#### **5.2.1.5 Externe Zwänge?**

In der Theorie simulativer Demokratie fehlt die genaue Bestimmung externer Zwänge. Daraus ergeben sich einige Unsicherheiten, besonders bei der Frage nach Alternativen oder Alternativlosigkeit von Wahlentscheidungen und politischen Agenden. Mit der Grundlage der Arbeitsdefinition für die Zwecke dieser Analyse ließ sich jedoch bestätigen, dass zentrale politische Fragen im Vorfeld der Gelbwestenbewegung in Frankreich von externen Zwängen bestimmt waren. Dies betraf besonders die Wirtschafts- und Sozialpolitik in Folge komplexer Interdependenzen und Verrechtlichung innerhalb der Europäischen Union. Eine Abweichung gab es bei der Umweltpolitik, die zwar ebenfalls durch Globalisierung und internationale Regime beeinflusst wurde, bei der jedoch im Fallbeispiel nur begrenzt von einem Agenda Setting der Eliten gesprochen werden kann. Die Initiative für stärkeres Engagement im Klimaschutz kam vor allem aus der Bevölkerung.

Anhand der Umweltpolitik wird deutlich, dass die von Blühdorn genutzte Dichotomie zwischen Bevölkerung und Eliten an ihre Grenzen stößt, denn sie lässt zivilgesellschaftliche und föderale Strukturen außer Acht. Fraglich ist zudem, wie weit der Einfluss der Globalisierung in die

verschiedenen Eben und Verwaltungsbereiche hineinreicht. Es mag noch einleuchten, dass die nationale Kulturpolitik aufgrund internationalen Austausches, Mobilität oder Völkerverständigung durch die Globalisierung berührt ist. Ob die Ausrichtung eines jeden Dorffestes nach Regie des örtlichen Gemeinderates jedoch auf diese Weise beeinflusst oder gar fremdbestimmt wird, ist anzuzweifeln.

### **5.2.2 Die Fernsehansprache Emmanuel Macrons am 10. Dezember 2018**

Knapp drei Wochen nach Beginn der Gelbwestenbewegung wandte sich Emmanuel Macron mit einer Rede aus dem Elysee-Palast an die französische Bevölkerung (Macron 2018).<sup>72</sup> Bis dahin hatte er vermieden, die Bewegung öffentlich zu thematisieren, und stattdessen seinen Innenminister Edouard Philippe mit der Aufgabe betraut (Vandepitte 2019: 133). Die schweren Ausschreitungen des 1. Dezembers hatten jedoch eine Reaktion erfordert (Ebd.: 131). Die Ausstrahlung am 10. Dezember 2018 mit einer Dauer von einer knappen Viertelstunde verfolgten etwa 23 Millionen Zuschauer\*innen (Ebd.: 15). Fernsehansprachen werden in Frankreich zu besonderen Anlässen eingesetzt, etwa zu Silvester oder nach Krisenereignissen. Sie haben eine lange Tradition in der Fünften Republik: Schon Charles de Gaulle hatte sich dieser direkten Ansprache über Massenmedien bedient, etwa während der Protestwelle im Mai 1968 (Ebd.: 127).

Inhaltlich umfasste die Fernsehansprache Emmanuel Macrons drei Punkte: die Verurteilung der Gewalt der letzten Tage, der Ausdruck von Verständnis für den Unmut der Bevölkerung und die Ankündigung von Maßnahmen zur Linderung entstandener Nöte. Die Gelbwesten erwähnte der Präsident dabei wohlgerne nicht namentlich.

In seiner Ansprache bedauerte Macron die Vermischung legitimer politischer Forderungen mit illegitimer Gewaltausübung. Die Gewalt gegenüber Polizist\*innen verurteilte er sehr deutlich: Keine Wut entschuldige sie (Macron 2018). Ebenso inakzeptabel sei die Beschädigung von Denkmälern. Macron zeigte große Betroffenheit angesichts der vergangenen Ausschreitungen. Er appellierte eindringlich an den französischen Nationalstolz und die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft des Landes. Zudem kündigte er an, die öffentliche Ordnung um jeden Preis wiederherzustellen (Ebd.).

Im Anschluss bedauerte er, die Wut und Not der Menschen lange unterschätzt zu haben. Er entschuldigte sich auch dafür, mit seinen Äußerungen und Maßnahmen unabsichtlich

---

<sup>72</sup> Die Sendung ist im Internet verfügbar, hier wurde zitiert aus einem entsprechenden YouTube-Video (Macron 2018).

Bürger\*innen verletzt zu haben (Ebd.). Er zeigte betont Mitgefühl für die Lebensumstände einiger Gruppen. Beispielfhaft nannte er etwa Witwen, Alleinerziehende oder Geringverdienende, deren Leistungen nicht genug anerkannt würden. Ihr Unmut sei gerechtfertigt (Ebd.). Diese Selbstkritik war für den Präsidenten unüblich und markierte eine Zäsur in seiner Kommunikation (Uterwedde 2019: 107).

Als Ausdruck seines Verständnisses und Wohlwollens gegenüber allen Landsleuten sprach der Präsident anschließend über den Stopp der geplanten Erhöhung der Kohlenstoffdioxidbesteuerung. Darüber hinaus verkündete er die Anhebung des Mindesteinkommens um 100€ pro Monat und ein Moratorium der geplanten Anhebung der Sozialabgaben für Rentner\*innen mit weniger als 2000€ monatlicher Rente. Außerdem bat er Unternehmen, die sich dazu in der Lage sahen, einen steuerfreien Bonus zum Jahresende zu zahlen. Zudem hob er die Besteuerung geleisteter Überstunden auf (Macron 2018).

Die angekündigten Maßnahmen hatten das Ziel, die Kaufkraft der wirtschaftlich Schwachen zu erhöhen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs zu gefährden (Vandepitte 2019: 135). Darüber hinaus und womöglich vordergründig handelte es sich jedoch um ein Zeichen der Versöhnung und einen Schritt auf die Bevölkerung zu (Ebd.). Gleichzeitig konnte Macron seine zentralen Wahlversprechen nicht brechen. Mit den Zugeständnissen sollten die sozialen Risiken lediglich abgefangen werden. Die Notwendigkeit des eingeschlagenen Kurses wurde somit nicht in Frage gestellt: Grundsätzlich sei die angestrebte Deregulierung sogar das Mittel, die soziale Not zu überwinden (Uterwedde 2019: 107).

In der Folge der Ausstrahlung wurde auch Kritik an dem Maßnahmenpaket laut, dessen Kosten auf etwa zehn bis fünfzehn Milliarden Euro geschätzt wurden (Meier-Walser 2019: 1, Uterwedde 2019: 107). Diese Mehrausgaben bedeuteten, dass das Maastricht-Kriterium, eine maximale Neuverschuldung von drei Prozent, auch in diesem Jahr nicht gehalten werden konnte (Ebd.: 6).

Schließlich kündigte Macron eine „beispiellose Debatte“ (Emmanuel Macron, zitiert nach Uterwedde 2019: 107) an, in der Bürger\*innen gemeinsam über die Zukunft und den Weg ihres Landes diskutieren sollten. Debattiert würde auf nationaler und regionaler Ebene. Dies war von Bedeutung, da die Ebene der Regionen und insbesondere die Bürgermeister\*innen ähnlich den Zwischenkörperschaften in der vertikalen Regierungsweise Macrons bislang einen Bedeutungsverlust erlebt hatten (Ebd.: 104). Durch ihre Einbindung in das Projekt der *Großen Debatte* ging Macron nicht nur auf sie zu, sondern nutzte gleichsam vorhandene Ressourcen

strategisch. Die Bürgermeister\*innen waren wesentlich an der Ausrichtung und Organisation der Debatte beteiligt (Meier-Walser 2019: 2).

Mit seiner Ausstrahlung erreichte der Präsident eine große Zahl von Bürger\*innen. Sofern sein Auftritt zum Ziel hatte, die Dynamik der Gelbwestenbewegung zu hemmen, kann als Erfolg gewertet werden, dass sich mit der Verkündung der umfangreichen Maßnahmen die öffentliche Meinung langsam gegen die Bewegung drehte (Vandepitte 2019: 15). Kritisiert wurde dennoch, Macron habe sich zu spät an die Bevölkerung gewandt und damit den Ärger der Gelbwesten gesteigert (Ebd.: 31). Einer Umfrage zufolge fanden 59 Prozent der Befragten Macron in seiner Rede „eher nicht überzeugend“<sup>73</sup> und nur 40 Prozent „eher überzeugend“<sup>74</sup> (Moyou 2018). Allerdings äußerten in einer anderen Umfrage 61 Prozent der Befragten Zufriedenheit mit der Erhöhung des Mindestlohns um 100 Euro monatlich (Moyou 2020a). Wenngleich also das Feindbild Macron in der Bewegung bestehen blieb, schwand ihr Zulauf und damit auch die akute Bedrohung, die sie für die Politik des Präsidenten darstellte.

Während Macron bis dato von seiner Machtfülle Gebrauch gemacht und wenig auf Gegenstimmen oder Zwischenkörperschaften eingegangen war (Vgl. Uterwedde 2019: 104), markiert die Ansprache des 10. Dezembers einen Wendepunkt. Die Proteste der Gelbwesten und mehr noch die Sympathien für die daraus erwachsende Kritik an der Regierung drohten, zentrale Reformvorhaben zu verhindern (Vandepitte 2019: 131). Macron musste deshalb zu diesem Zeitpunkt die Richtigkeit seiner Maßnahmen neu vermitteln. Mit der Theorie simulativer Demokratie deckt sich insbesondere, dass er seinen Kurs grundsätzlich als nicht verhandelbar darstellte und lediglich die genaue Umsetzung anpasste (Uterwedde 2019: 107). So bekräftigte er die Notwendigkeit seiner Reformen.

Die Bedürfnisse fluider Subjekte mit hohen Repräsentationsansprüchen bediente er gleich doppelt: einerseits durch die direkte Ansprache, andererseits durch die finanziellen Zugeständnisse, die mehr Kaufkraft und somit mehr Entfaltungsmöglichkeiten bedeuteten.

Ähnlich wie bei der generellen Analyse der politischen Kommunikation stößt die Erklärungskraft der Theorie simulativer Demokratie jedoch schnell an Grenzen. Da in der Theorie auf eine genaue Definition politischer Kommunikation verzichtet wird, ist unklar, was darunter gefasst wird. Im Falle der Fernsehansprache am 10. Dezember warb Macron nicht nur durch Worte um

---

<sup>73</sup> Im Original: „plutôt pas convaincant“.

<sup>74</sup> Im Original: „plutôt convaincant“.

Unterstützung seiner Politik, sondern er kündigte auch politische Maßnahmen an. Ob diese wegen ihrer Signalwirkung als Kommunikation gelten können, ist fraglich.

Darüber hinaus tritt erneut das Problem der fehlenden Ausdifferenzierung der Bevölkerung auf. Die politische Elite in simulativer Demokratie überzeugt durch politische Kommunikation die Bevölkerung von der Notwendigkeit ihrer Agenda. Sie vermittelt Bürger\*innen, dass diese Agenda einem hypothetischen Gemeininteresse entspricht (Blühdorn 2011: 67). Am Beispiel der Fernsehansprache ist zu erkennen, dass der Präsident mit seiner Kommunikation zwar einen Teil der Bevölkerung überzeugte und der Gelbwestenbewegung ihre Dynamik nahm. Bei Teilen der Gesellschaft fand er jedoch trotz Solidaritätsbekundungen und Zugeständnissen keine Zustimmung. Aus der hier angewendeten Theorie geht nicht hervor, ob die gesamte Bevölkerung oder lediglich eine kritische Masse von der Notwendigkeit der politischen Agenda überzeugt sein muss, damit simulative Demokratie funktioniert.

Sollte nun aber lediglich eine kooperierende kritische Masse zur Durchsetzung und Fortführung simulativer Demokratie notwendig sein, so erscheint es als unglaublich, dass jegliches Protestverhalten als erwartbares Simulationsverhalten von Bürger\*innen ausgelegt wird, welche die simulative Demokratie aber grundsätzlich akzeptieren.

### **5.2.3 Die Große Debatte**

#### **5.2.3.1 Ablauf und Beteiligungsformate**

Nach den massiven Protesten der Gelbwestenbewegung hatten Bürgermeister\*innen bereits im Dezember 2018 begonnen, in den Präfekturen Beschwerdehefte auszulegen. In diese konnten Bürger\*innen ihre Wünsche und Kritik niederschreiben. Diese Tradition geht auf das Ancien Regime zurück, als der dritte Stand in dieser Weise seine Anliegen vorbringen konnte (Keller 2019: 6). Nach der Ankündigung einer „beispiellosen Debatte“ in seiner Fernsehansprache präzisierte Macron dann am 13. Januar in seinem Brief an die französische Bevölkerung<sup>75</sup> den geplanten Ablauf der *Großen Debatte*. Von Mitte Januar bis Mitte März 2019 fanden im Anschluss Bürger\*innenkonsultationen im gesamten Land statt. Bei der Auftaktveranstaltung in einer Kleinstadt in der Normandie stand der Präsident 600 Bürgermeister\*innen Rede und Antwort (Keller 2019: 6). Er konnte so sehr überzeugen, dass ihm am Ende der siebenstündigen Veranstaltung minutenlang applaudiert wurde (Albertini 2019). Ein intensiv mediatisierter

---

<sup>75</sup> Im Original: „Lettre aux Français“, wörtlich übersetzt: „Brief an die Franzosen“. Aus Gründen der geschlechtergerechten Sprache wurde die Übersetzung hier angepasst.

„Begegnungsmarathon“ (Keller 2019: 16) des Präsidenten folgte, bei dem er mit gewählten Vertreter\*innen sowie anderen Zielgruppen sprach.

Etwa 10 000 lokale Debatten mit durchschnittlich etwa 70 Teilnehmenden fanden in unterschiedlicher Trägerschaft statt. Darüber hinaus dienten klassische Informations- und Dialogstände in zentralen Orten wie Bahnhöfen oder Postfilialen in allen 101 französischen Départements zur Aufnahme von Stellungnahmen und Meinungen von Bürger\*innen. Parallel dazu hatte die Bevölkerung die Möglichkeit, über die zentrale Online-Koordinationsplattform *grand-debat.fr* einen Fragebogen zu beantworten oder formlose Beiträge hochzuladen. Die Plattform diente darüber hinaus der Information über anstehende Debatten und stellte Arbeitsmaterialien zur Verfügung. Ab der zweiten Märzhälfte fanden vier thematische Konferenzen mit Beteiligung der Zwischenkörperschaften wie Gewerkschaften und Vereine statt. 21 Regionalkonferenzen mit zufällig ausgewählten Bürger\*innen fielen ebenfalls in diesen Zeitraum.

### 5.2.3.2 Ausmaß der Debatte und Beteiligung

Insgesamt beteiligten sich etwa 1,5 Millionen Französisinnen und Franzosen an der Debatte (Keller 2019: 9). Von den 10 000 örtlichen Konsultationen fanden auch einige in Pflegeheimen und Haftanstalten statt. 27 000 Beiträge gingen per Brief oder E-Mail ein, in den Beschwerdeheften äußerten sich etwa 16 000 Menschen. Über die Online-Plattform wurden knapp zwei Millionen Posts hochgeladen, etwa 250 Organisationen nahmen an der Debatte teil. Insgesamt kamen über 600 000 Seiten Material zusammen, die im Anschluss von professionellen Datenanalyse- und Meinungsforschungsinstituten ausgewertet wurden (Ebd.). Angesichts der kurzen Vorlaufzeit der Debatte ist dieses Ausmaß beachtlich (Dobler 2020: 1).

Trotz leichter Konzentration lokaler Konsultationen in städtischen Gebieten war die territoriale Verteilung der Debatten insgesamt gut (Keller 2019: 10). Sowohl territorial als auch soziologisch ähnelte das Profil der Teilnehmenden jedoch jenem der Wählerschaft Macrons und seiner Partei LREM<sup>76</sup> (Dobler 2020: 6). Die Veranstaltungen fanden vermehrt in wohlhabenderen urbanen Gegenden statt, weniger in ärmeren Ballungszentren (Ebd.: 5). 62,4 Prozent der Teilnehmenden hatten eine Hochschulbildung genossen, drei Viertel von ihnen gaben an, Wohnraum zu besitzen (Ebd.: 6). An den lokalen Diskussionsveranstaltungen nahmen zu 49 Prozent Rentner\*innen teil, das Durchschnittsalter betrug 57 Jahre. 55 Prozent der Teilnehmenden waren männlich, nur 45 Prozent weiblich (Ebd.). Im Vergleich dazu waren die Gelbwesten etwa ein

---

<sup>76</sup> LREM steht für *La République En Marche!*, übersetzt etwa *Die Republik in Bewegung!*.

Jahrzehnt jünger, öfter berufstätig, weiblicher, wohnten eher zur Miete und besaßen eine geringere formale Bildung (Ebd.).

Um diesen erwartbaren Verschiebungen entgegenzuwirken, wurden die potenziellen Teilnehmenden der regionalen Bürger\*innenkonferenzen in der zweiten Märzhälfte zufällig ausgewählt und telefonisch angefragt (Ebd.: 8). Von den auf diese Weise kontaktierten Personen nahmen nur 0,49 Prozent tatsächlich an einer Regionalkonferenz teil (Ebd.). Trotz des Zufallsverfahrens zeichnete sich auch in diesen Veranstaltungen eine Überrepräsentation männlicher, städtischer Bürger ab (Ebd.: 9).

Dass die Ergebnisse partizipativer Formate wenig repräsentativ für die Stimmung der Gesamtbevölkerung sind, ist kein Alleinstellungsmerkmal der *Großen Debatte* (Ebd.). In ihrem Fall ist die Mobilisierung bestimmter Gruppen jedoch auch auf die starke Präsenz des Präsidenten innerhalb des Projekts zurückzuführen (Dobler 2020: 6). Prominente Gelbwesten hatten nicht nur von der Teilnahme abgeraten, sondern eine Art Gegenveranstaltung ins Leben gerufen, die sie *Die wahre Debatte*<sup>77</sup> nannten (Pantel 2019). Doch auch führende Politiker\*innen der Oppositionsparteien, so etwa Jean-Luc Mélenchon von der Partei *La France Insoumise* (FI) und Marine Le Pen, Vorsitzende der Partei *Rassemblement National* (RN), sprachen sich gegen eine Teilnahme aus (Ebd.). Sie bezeichneten die Debatte als Kampagne Macrons (Ebd.).

Wenn die Ausrichtenden auch keine repräsentative Beteiligung erreichten, so mobilisierten sie dennoch vor allem Menschen, die zuvor noch nicht politisch aktiv waren (Dobler 2020: 6). Dies ist als Erfolg zu werten und schlägt sich in den überwiegend positiven Erfahrungsberichten der Teilnehmenden nieder. Viele gaben an, durch ihre Teilnahme ein neues Bewusstsein ihrer eigenen Befähigung zu politischer Auseinandersetzung gewonnen zu haben (Keller 2019: 11).

### 5.2.3.3 Themen und Ergebnisse

Vier Bereiche wurden im Vorfeld der Debatte als thematische Schwerpunkte gesetzt: Steuern und öffentliche Ausgaben, der Staats- und Verwaltungsaufbau, die Energiewende sowie Demokratie und Staatsbürgerschaft (Keller 2019: 8).

Im ersten Komplex stachen besonders die Steuergerechtigkeit und damit verbunden die Priorisierung und Finanzierbarkeit verschiedener Wünsche als Diskussionsthemen hervor (Ebd.). Die Teilnehmenden wünschten sich Steuersenkungen, namentlich bei der Einkommens- und Mehrwertsteuer (Ebd.: 12). Sie beklagten Intransparenz des Steuersystems sowie eine Überlastung der berufstätigen Mittelschicht. Einsparungen konnten sich Teilnehmende etwa in den

---

<sup>77</sup> Im Original: *Le vrai débat*.

Bereichen Verteidigung oder sozialer Wohnungsbau vorstellen (Ebd.). Investitionen wünschten sie sich stattdessen im Gesundheitsbereich (Ebd.).

Im zweiten Komplex, dem Thema Staats- und Verwaltungsaufbau, wünschten sich die Teilnehmenden vor allem mehr Präsenz und Leistungsfähigkeit des Staates in den Regionen statt Zentralisierung und Rückbau in der Fläche<sup>78</sup> (Ebd.). Sie brachten der kommunalen Ebene ein wesentlich höheres Vertrauen entgegen als der Nationalen und forderten die Digitalisierung der Verwaltung (Ebd.).

Im dritten Punkt, der Energiewende, stand die Frage nach der Finanzierbarkeit der ökologischen Transformation im Mittelpunkt. Darüber hinaus diskutierten die Teilnehmenden praktische Lösungsvorschläge zu ihrer Implementierung im Alltag (Ebd.). Dass die Besteuerung von Treibstoff und Kohlenstoffdioxidemissionen das Verhalten von Konsument\*innen dauerhaft ändern könne, glaubte die Mehrheit der Teilnehmenden nicht (Ebd.). Stattdessen schlugen sie vor, positive Anreize zu setzen und mehr in den öffentlichen Nahverkehr zu investieren (Ebd.).

Der letzte thematische Schwerpunkt hieß Demokratie und Staatsbürgerschaft. Neben Migration, Integration und Laizität sprachen die Teilnehmenden über die Funktionen einzelner Institutionen, neue partizipative Instrumente sowie mögliche Anpassungen des Wahlrechts (Ebd.: 11). Ein großes Misstrauen in bestehende Repräsentationsmechanismen, Beamt\*innen und Abgeordnete wurde deutlich. Zur Verbesserung dieser Situation forderten die Teilnehmenden die Reduktion der Privilegien dieser Gruppe sowie mehr direkte Demokratie (Ebd.)

Bezüglich der Auswahl der Themen fiel auf, dass viele Organisator\*innen örtlicher Diskussionsveranstaltung im Vorfeld das Thema Demokratie und Staatsbürgerschaft auswählten (Dobler 2020: 8). Die Teilnehmenden kommentierten online jedoch bevorzugt das Steuerthema sowie die Energiewende (Ebd.). Letztere Komplexe sind unmittelbar mit der Kraftstoffbesteuerung verbunden, dem Thema, welches die Gelbwestenbewegung auslöste (Ebd.).

#### **5.2.3.4 Politische Reaktionen**

Edouard Philippe kündigte nach der Präsentation der Ergebnisse vier Leitlinien an, die die weitere Regierungsführung bestimmen sollten (Pantel 2019). Diese waren: geringere Steuern, mehr solidarischer Miteinander in den Regionen, eine Aufwertung demokratischer Verfahren und

---

<sup>78</sup> Dieser etwas abstrakt anmutende Schwerpunkt ist in Frankreich ein alltägliches Thema. Die Vielschichtigkeit der Verwaltung wird oft dafür kritisiert, unnötige bürokratische Hürden zu bilden, intransparent und unnötig teuer zu sein. Das dafür verwendete Sinnbild ist ein „millefeuille“, einer Art Gebäck in vielen filigranen Schichten (Vgl. Kempf 2017: 227).

nachhaltigere, klimafreundliche Politik (Keller 2019: 13). Er sagte, man könne „nicht weiter regieren wie bisher“ (Edouard Philippe, zitiert nach Pantel 2019).

Emmanuel Macron trat am 25. April vor Journalist\*innen und verkündete seinerseits Maßnahmen in Reaktion auf die Debatte. In einem ersten Komplex zur Stärkung der Demokratie kündigte er eine Verschlankung der Nationalversammlung sowie eine Reform der Verwaltungselite an (Keller 2019: 13). Außerdem versprach er die Bildung eines Gremiums aus 150 zufällig ausgewählten Bürger\*innen innerhalb des novellierten Wirtschafts-, Sozial- und Umweltrates (Ebd.). Schließlich sagte er die Stärkung weiterer direktdemokratischer Instrumente zu (Ebd.). Zu den verkündeten finanziellen Zugeständnissen gehörten Steuersenkungen in Höhe von 5 Milliarden Euro für Bürger\*innen, die Bindung des Rentenniveaus an die Inflationsrate und Festsetzung der Mindestrente bei 1000 Euro im Monat bei ausreichend Beitragsjahren (Ebd.). Er setzte erneut auf die Steigerung sozialer Mobilität durch Investitionen in das Bildungssystem (Ebd.). Darüber hinaus kündigte Macron die Bildung eines Rats zur Bewahrung der Umwelt<sup>79</sup> und die Reform des Rentensystems an (Ebd.). Den vierten Komplex bildeten Maßnahmen zur Stärkung des sozialen Miteinanders vor Ort. Dazu zählten die Dezentralisierung und die Aufwertung der Bürgermeister\*innen. Künftig sollten Schulen oder Krankenhäuser nicht mehr ohne ihre Unterstützung geschlossen werden können (Ebd.). Öffentliche Dienstleistungen vor Ort sollten außerdem gebündelt werden (Ebd.).

Neu an diesen Maßnahmen waren lediglich einige finanzielle Konzessionen sowie neue partizipative Elemente, die jedoch nicht weiter konkretisiert wurden (Keller 2019: 13). Weitestgehend handelte es sich bei den Ankündigungen Macrons stattdessen um eine Wiederholung seiner originären politischen Agenda (Ebd.). Einigen konkreten Forderungen der Gelbwesten erteilte er eine Absage, so etwa der nach der Zählung ungültiger Stimmzettel bei Wahlen, dem Volksentscheid RIC sowie der Wiedereinführung der Vermögenssteuer (Keller 2019:13).

### 5.2.3.5 Rezeption der Debatte

In verschiedenen Bevölkerungsgruppen wurde die *Große Debatte* sehr unterschiedlich aufgenommen. Mit der positiven Bewertung ihrer Erfahrung durch die Teilnehmenden deckt sich die Betrachtungsweise der Regierung, die das Projekt als einen großen Erfolg und Auftakt in die Zukunft des Landes sah (Pantel 2019). Premierminister Edouard Philippe bezeichnete die Debatte – wohlgermerkt nicht die Gelbwestenbewegung – als „Zäsur“ (Ebd.). Führende Persönlichkeiten der Gelbwestenbewegung, darunter Priscilla Ludosky, empfanden die Debatte hingegen als illegitim und riefen ihre Sympathisant\*innen dazu auf, die Teilnahme zu verweigern

---

<sup>79</sup> Im Original: „Conseil de défense écologique“.

(Ebd.). Dieser ausschließlich online durchgeführten Debatte erwachsen zentrale politische Forderungen der Gelbwestenbewegung als Konsens. Dies ist wenig verwunderlich. Dass sich die Gelbwesten überwiegend der staatlich organisierten Debatte verwehrt und ihre Forderungen anderweitig bündelten, bedeutete jedoch auch, dass ihre Anliegen nicht Eingang in den Ergebniskatalog der *Großen Debatte* fanden. Dies machte es dem Präsidenten leicht, diese Forderungen als Willen einer Randgruppe abzulehnen und sich auf das offizielle Projekt zu konzentrieren.

Dass die Debatte durch möglichst diverse Beteiligungsformen und geografische Streuung möglichst inklusiv gestaltet wurde, zählt zu ihren Erfolgen. Die Einladung zufälliger Bürger\*innen zu den Regionalkonferenzen war eine Anstrengung mit diesem Ziel (Keller 2019: 11). Wenngleich die gewünschte Repräsentativität nicht erreicht wurde, mobilisierte die Debatte außerdem zahlreiche Menschen, die sich zuvor nicht politisch engagiert hatten (Ebd.: 14). Die aufwendige Beobachtung, Dokumentation und Aufbereitung der Ergebnisse wurden ebenfalls gelobt (Ebd.: 9). Die Ergebnisse und damit verknüpften Maßnahmen wurden in der Bevölkerung insgesamt außerdem positiv aufgenommen (Keller 2019: 14). Eileen Keller rechnet dem Projekt an, dass sich Französinen und Franzosen in seinem Rahmen umfassend mit den Lebensbedingungen in ihrem Land auseinandergesetzt hätten und in Dialog getreten seien (Keller 2019: 14).

Politisch hatte die Debatte die intendierte Wirkung, dass sie die akute Krise des Spätherbstes entschärfte und der Gelbwestenbewegung ihre Dynamik nahm (Ebd.). In dieser Hinsicht war die Debatte ein „kluger Schachzug“ des Präsidenten (Kempin/Tokarski 2019: 3).

Problematisch waren hauptsächlich die mangelnde politische Neutralität der Debatte durch die „Omnipräsenz“ des Präsidenten (Dobler 2020: 6), fehlende politische Zielstellungen und Verbindlichkeiten sowie die nicht-repräsentative Beteiligung (Ebd.). Kritisch sahen Beobachter\*innen außerdem die kurze Vorbereitungs- und Durchführungszeit der Debatte (Dobler 2020: 9). Diese habe es der Zivilgesellschaft unmöglich gemacht, sich ihr gegenüber zu positionieren (Ebd.: 6). Zudem habe der kurze Zeitrahmen der deliberativen Qualität der Debatte geschadet: Statt lösungsorientierten Diskussionen nahmen die Veranstaltungen häufig die Form von top-down Konsultationen an (Ebd.: 9). Selbst bei den deliberativ angelegten Themen- und Regionalkonferenzen fehlte die Zeit für eine gemeinsame Erarbeitung von Strategien. Stattdessen blieb es bei der Erarbeitung von Lösungsvorschlägen in Kleingruppen, die im Plenum nur vorgestellt, nicht diskutiert wurden (Ebd.: 8).

Trotz der überwiegend positiven Rezeption der Debatte (Keller 2019: 14), hielt in einer Umfrage schließlich nur ein Drittel der Befragten das Instrument für nützlich und nur ein Viertel glaubte an eine Verbesserung der Situation durch das Projekt (Ebd.).

#### **5.2.3.6 Die *Große Debatte* als politische Kommunikation**

Die *Große Debatte* wird in dieser Arbeit als relevantes Instrument der politischen Kommunikation Emmanuel Macrons analysiert. Es geht im Sinne Blühdorns nicht darum, genuin Willens- und Meinungsbildung zu betreiben oder deliberativ Mehrheiten für Handlungsoptionen zu finden, wie dies in authentischer repräsentativer Demokratie vorgesehen ist. Stattdessen sollen Notwendigkeiten hergestellt und vermittelt werden.

Die Große Debatte erweist sich in diesem Licht als Erfolg: Bis auf wenige Zugeständnisse wiederholte Emmanuel Macron als Ergebnis der Debatten die Agenda, welche er seit seinem Wahlkampf ohnehin verfolgte. Ungeachtet dessen fanden seine Ankündigungen Zustimmung. Ihm gelang es also, die eigene Agenda als das Gemeininteresse zu stilisieren, welches bei einer Deliberation ermittelt wurde (Vgl. Blühdorn 2011: 67). Hilfreich war dabei einerseits, dass bestimmte, ihm weniger wohlgesonnene Teile der Bevölkerung ohnehin nicht an der Debatte teilnahmen, weil sie meinten, sie sei eine Regierungskampagne (Dobler 2020: 2). So erhielten Meinungen, die Macrons Agenda widersprachen, weniger Gewicht. Die mangelnde demografische, geografische und sozioökonomische Diversität der Teilnehmenden dürfte sich ähnlich ausgewirkt haben. Darüber hinaus waren die Ergebnisse so vielfältig und widersprüchlich, dass sie viel Raum für Interpretation ließen. Dies ermöglichte es Macron, seine originären Forderungen als Antwort auf die Ergebnisse der Debatte darzustellen. So fasste er zum Beispiel seine aus finanziellen Engpässen heraus ohnehin geplante Rentenreform unter das Ziel der Gestaltung gesellschaftlichen und sozialen Wandels (Keller 2019: 13). Die genauen Reformen zielten jedoch auf eine Vereinfachung des Rentensystems inklusive der Abschaffung der Privilegien einiger Berufsgruppen ab (Vgl. Uterwedde 2019: 99), während in der Debatte eher die Absicherung der Renten gefordert wurde (Pantel 2019).

Die Möglichkeit der Beteiligung an einer nationalen Debatte gab außerdem fluiden Subjekten das so essenzielle Gefühl, demokratischer Souverän zu sein, auch wenn dies in simulativer Demokratie nicht mehr der Realität entspricht. Unterschiedlichste Formen der Beteiligung ermöglichten zudem die flexible, punktuelle Beteiligung ohne feste Bindung. Je nach Präferenz war aber auch die Inszenierung als demokratischer Souverän in persönlicher Auseinandersetzung mit anderen Bürger\*innen in lokalen Diskussionstreffen möglich. Diese Art der Bewältigung des postdemokratischen Dilemmas auf Seiten der Bürger\*innen ist im Übrigen in der Theorie

simulativer Demokratie gar nicht erwähnt – Blühdorn sieht lediglich Protestverhalten als Simulationsmechanismus (Blühdorn 2011: 68).

In postdemokratischer Konstellation steht laut Blühdorn bei partizipativen Instrumenten die Aktivierung von Ressourcen im Vordergrund. Dies erhöht die Effizienz der Regierung (Blühdorn 2013: 222f). Die Nutzung der Bürgermeister\*innen zur Ausrichtung eines Großteils der Debatte war in dieser Hinsicht eine kluge Entscheidung des Präsidenten.

### **5.2.3.7 Legitimationseffekte der *Großen Debatte* nach Blühdorn**

Anhand der Debatte lässt sich exemplarisch der Prozess der Entsubjektivierung von Legitimität (Blühdorn 2013: 223) nachvollziehen.

Vor der reflexiven Modernisierung stellten die gleichberechtigte Beteiligung und repräsentative Abbildung der gesellschaftlichen Interessen die Basis von Input-Legitimität dar. Die repräsentative Beteiligung aller Bevölkerungsschichten in der Großen Debatte hätte also ihre Ergebnisse legitimiert. Mängel der *Großen Debatte* in diesem Bereich wurden entsprechend kritisiert (Keller 2019: 19). Im „Modus der Objektivierung“ (Blühdorn 2013: 223) trage jedoch die „Feststellung von Sachzwängen“, die „Erhebung von empirischen Daten“ sowie das „Einbringen von wissenschaftlichen Erkenntnissen“ zur Input-Legitimität bei. Dazu passen die umfassende wissenschaftliche Begleitung und Aufarbeitung der Ergebnisse der Debatte. Auf diese Weise wurde sie legitimiert.

Prozedurale Legitimität wurde vor dem Subjektwandel erreicht durch „Deliberation, öffentliche Rechtfertigung“ sowie „Artikulation der kollektiven Vernunft“ (Blühdorn 2013: 223). Mängel in der deliberativen Qualität kritisierte etwa Camille Dobler, speziell das Fehlen einheitlicher Methoden und einen zu knappen zeitlicher Rahmen (Dobler 2020: 7). In postdemokratischer Konstellation schaffen jedoch transparente, sachliche und unparteiische Verwaltungsverfahren prozedurale Legitimität. Dies wurde in der Debatte nur bedingt erreicht: Zwar waren einige wissenschaftliche Institute mit der Auswertung des Materials betraut, aber der Vorwurf der politischen Vereinnahmung durch den Präsidenten und die Regierungspartei schadete der Legitimität der Veranstaltung (Dobler 2020: 9). Darüber hinaus waren die Ziele des Projekts intransparent (Ebd.: 10).

Die Output-Legitimität im „Modus der Subjektivierung“ schließlich liege in der „Effektivität und Effizienz in der Umsetzung des Willens und Wohls des Souveräns“ (Blühdorn 2013: 223). Da jedoch in postdemokratischer Konstellation die politische Agenda von externen Zwängen bestimmt und losgelöst von den Interessen der Bürger\*innen sei, könne der Anspruch nicht

länger die Umsetzung ihres Willens sein. Die neue Grundlage von Output-Legitimität sei deswegen die „Umsetzung des objektiv Notwendigen und politisch nicht Verhandelbaren“ (Ebd.). Die Große Debatte gab Macron die Möglichkeit, seine Agenda zu wiederholen und aus den Ergebnissen der Diskurse Zustimmung für seine Vorhaben zu lesen. Seine klaren Absagen an radikalere Forderungen der Gelbwesten zementierten die Grundlinie seiner Reformen als nicht verhandelbar. Gleichzeitig konnte er sich durch weniger folgenreiche Zugeständnisse als Repräsentant der Interessen der Bevölkerung zeigen.

Ein wesentlicher Erfolg der *Großen Debatte* war schließlich die Befriedung der akuten politischen Krise und die Sicherstellung öffentlicher Ordnung (Keller 2019: 14). Die Debatte lenkte, unterstützt durch starke Verbreitung in den Medien, die Aufmerksamkeit von der Gelbwestenbewegung ab hin zur Politik des Präsidenten (Ebd.: 16). Da sich die Bewegung nicht einheitlich zur Debatte verhielt, trug das Projekt zusätzlich zu ihrer Spaltung bei (Kempin/Tokarski 2019: 3). Angesichts der anstehenden Europawahlen profitierte der Präsident außerdem von der umfangreichen Berichterstattung über die *Große Debatte* (Keller 2019: 6).

In diesem Abschnitt wurde deutlich, dass die Große Debatte positiv zur Akzeptanz der Reformagenda des Präsidenten beitrug und die akute politische Krise entschärfte. Die Erklärungskraft der Theorie simulativer Demokratie stößt an diesem Punkt jedoch an dieselbe Grenze wie im vorherigen Abschnitt: Die politische Kommunikation Macrons überzeugte viele Bürger\*innen, sogar genug, um seine Agenda durchsetzen zu können. Er überzeugte jedoch nicht alle Individuen, wie sich am Fortdauern der Gelbwestenbewegung oder an dem gewaltigen Widerstand gegen die Durchführung der Rentenreform im Spätherbst 2019 ablesen lässt. Die Theorie spezifiziert nicht, ob alle Bürger\*innen von der Notwendigkeit der politischen Agenda überzeugt sein müssen, oder ob das simulative Gefüge eine oppositionelle Minderheit aushält. Das dichotome Prinzip zwischen Bürger\*innen und Eliten kann das Fallbeispiel also nicht vollständig erschließen.

### **5.3 Zwischenfazit**

In diesem zweiten Abschnitt der Analyse wechselte der Blickpunkt von der Ebene der Bürger\*innen hin zur Ebene der politischen Eliten. Statt der Gelbwestenbewegung selbst behandelte dieser Teil daher die politische Steuerungsebene und insbesondere die politische Kommunikation Emmanuel Macrons.

Bei der Frage nach externen Sachzwängen muss nach Auffassung der Autorin die Einschränkung gelten, dass Zwänge auf bestimmten Präferenzen der Akteur\*innen beruhen. Die

Gegenkandidatur von Marine Le Pen stellt den Fatalismus postdemokratischer Theorie insofern in Frage, als dass sie Alternativen aufzeigt.

Wenn davon ausgegangen wird, dass die amtierende Regierung am Erhalt des politischen Systems und ihrer eigenen Machtposition interessiert ist, kann in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Außen- und Sicherheitspolitik von externen Zwängen gesprochen werden. Auf den Umwelt- und Klimaschutz trifft dies ebenfalls zu. Hier war allerdings zu beobachten, dass entscheidendes politisches Engagement nicht lediglich von der Regierungsebene ausging, sondern sich innerhalb der Zivilgesellschaft und regional in diesem Sinne Menschen organisierten. Dies war auch der einzige Punkt, bei dem ein Gerichtsentscheid eine große Rolle spielte. Die Bedeutung von Regulierungsbehörden, Expert\*innen und der Justiz als entpolitisierte Entscheider konnte ansonsten am Fallbeispiel nicht in dem Maße beobachtet werden, wie dies laut der Theorie erwartbar war.

Die Trennung zweier Ebenen ohne Betrachtung der föderalen, intermediären oder zivilgesellschaftlichen Strukturen setzt der Erklärungskraft der Theorie in diesem Abschnitt enge Grenzen.

Anhand der Fernsehansprache des 10. Dezembers 2018 sowie der *Großen Debatte* im Frühjahr 2019 wurde analysiert, wie Macron kommunikativ die Notwendigkeit seiner Maßnahmen vermittelte. In beiden Instanzen wandte sich der Präsident demonstrativ der Bevölkerung zu: Im Dezember durch direkte Ansprache im Fernsehen, im Frühjahr durch den Anstoß eines Dialogs. Macron nutzte jedoch beide Kommunikationsereignisse auch dazu, seine originäre politische Agenda zu wiederholen. Die wenig repräsentative Zusammensetzung der Teilnehmenden an der Großen Debatte sowie die Vielfalt ihrer Ergebnisse ermöglichte es Macron sogar, aus ihnen seine originären Forderungen abzuleiten. So konnte er vermitteln, dass seine zukünftige Politik aus der Deliberation der Bürger\*innen hervorgegangen war, obwohl sie in weiten Teilen bereits zuvor feststanden hatte.

Offen bleibt jedoch, inwieweit der Erfolg seiner Strategie auf reine Kommunikation zurückging, und ob nicht finanzielle Zugeständnisse einen größeren Anteil an der Befriedung der Situation hatten.

Die Theorie simulativer Demokratie kann das Verhalten der Regierung Macron angesichts der Gelbwestenbewegung gut erklären. Auch die veränderten Legitimationsmechanismen lassen sich zumindest teilweise nachvollziehen.

Allerdings wurden in diesem Abschnitt auch einige blinde Flecken der Theorie sichtbar. Zur unzureichenden Definition externer Zwänge kommt der intrinsische Widerspruch zwischen

Wahlmöglichkeit und Alternativlosigkeit in simulativer Demokratie. Die Theorie blendet außerdem föderale und zivilgesellschaftliche Strukturen aus, weshalb sie den Druck, welcher in Frankreich in der Klimapolitik aus der Bevölkerung erwuchs, nicht zu erklären vermag. Weil Blühdorn davon ausgeht, dass durch den Subjektwandel gesellschaftliche Milieus zerfallen und Bürger\*innen zunehmend individualisiert agieren, betrachtet er sie als Gesamtheit, nicht als Gruppierungen. Wenn er schreibt, die politische Elite müsse *die* Bürger\*innen überzeugen, differenziert er nicht, ob damit ausnahmslos alle Subjekte gemeint sind, oder ob es genüge, eine kritische Masse zu erreichen.

## 6. Schlussbetrachtung

Die vorliegende Arbeit hat versucht, mit einer innovativen Demokratietheorie eine ungewöhnliche Protestbewegung zu erklären. Besonders für zuvor widersprüchliche Züge der Gelbwes-tenbewegung hielt die Theorie simulativer Demokratie plausible Erklärungen bereit. Dies betraf etwa die Ablehnung von Organisation der Bewegung: Jegliche Bindung oder Festlegung schränke fluide Subjekte in ihrer Selbstverwirklichung ein. Angesichts der wachsenden Kom-plexität der Gesellschaft wirkt Blühdorns Erklärung des Simulationsmechanismus auf Seiten der politischen Eliten ähnlich triftig. Anhand Macrons gezielter politischer Kommunikation ließ sich die Herstellung von Notwendigkeit anschaulich nachvollziehen.

Probleme warf vor allem die strenge Dichotomie zwischen Bürger\*innen und Eliten innerhalb der Theorie auf. Der Verzicht auf die Ausdifferenzierung der Bevölkerung und das Ausblenden föderaler oder zivilgesellschaftlicher Strukturen begrenzte ihre Erklärungskraft.

Problematischer noch ist die Beobachtung bei der Analyse der politischen Kommunikation auf Seiten der Eliten, dass die Strategie Macrons zwar mehr Akzeptanz für seine Agenda schuf, aber längst nicht alle Bürger\*innen überzeugte. Daraus ergab sich die Frage, ob das Funktio-nieren simulativer Demokratie ihrer stillen Akzeptanz durch alle Bürger\*innen bedarf, oder ob das System Opposition aushält, solange sie in der Minderheit bleibt.

Ganz grundsätzlich existiert das Dilemma, dass zwischen Opposition gegenüber aktueller Po-litik und gegenüber dem simulativen System selbst kaum zu trennen ist. Indem Blühdorn Pro-Testverhalten inklusive der Kritik an mangelnder Repräsentation als Teil simulativer Demokra-tie deutet, immunisiert er die Theorie gegen Falsifizierung. Wo erwartbares Protestverhalten zur Bewältigung des postdemokratischen Dilemmas endet und die genuine Ablehnung des si-mulativen Gefüges beginnt, ist durch Blühdorn nicht definiert. Ob Bürger\*innen tatsächlich den „neue[n] Gesellschaftsvertrag“ (Blühdorn 2013: 185) akzeptieren oder doch für authenti-sche Repräsentation demonstrieren, ist nicht festzustellen.

Im in dieser Arbeit untersuchten Fall gibt es jedoch Indizien dafür, dass letzteres zutrifft. Die massive Mobilisierung der Bewegung in den ersten Wochen, die Lahmlegung des Verkehrs sowie die Gewaltausbrüche zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden erhielten viel mediale Aufmerksamkeit im In- und Ausland. Obwohl es sich hier um ein besonderes Ausmaß von Protest handelte, könnte die Situation noch mit der Theorie vereinbar sein – einfach des-wegen, weil die genaue Definition von Protestverhalten fehlt. Nach Auffassung der Autorin ist die Grenze der Theorie aber an dem Punkt erreicht, wo die Bewegung die Durchsetzung der

politischen Agenda Emmanuel Macrons aktiv hinderte. Dem Präsidenten gelang es nicht, rein durch politische Kommunikation die Situation zu entschärfen. Macron flankierte seine Botschaften mit handfesten politischen Maßnahmen, die teilweise den Forderungen der Bewegung entsprachen, nämlich, indem sie die Kaufkraft der Geringverdienenden erhöhten. Dieses inhaltliche Entgegenkommen ist von der Theorie simulativer Demokratie nicht länger gedeckt.

Daher zieht die Autorin den folgenden Schluss: Die Theorie simulativer Demokratie hält für Teilaspekte der Gelbwestenbewegung plausible Erklärungen bereit. Insofern ihre Gültigkeit beim Fallbeispiel angenommen wird, zeigt sie jedoch nicht den Normalzustand simulativer Demokratie, sondern ihre Krise.

Um eine Krise handelte es sich, da die Gelbwestenbewegung die Regierung in Gefahr brachte. Außerdem enthielt die Situation einen Handlungsimpetus: Die Regierung musste reagieren, um ihre Legitimität zu erhalten.

Blühdorn will dem Formwandel hin zu simulativer Demokratie neutral gegenüberstehen. Die reine Deskription der Aushöhlung von Repräsentation hat jedoch einen beschränkten Nutzen. Für die freiheitlich-demokratische Lebensweise ist es darüber hinaus sogar gefährlich, dies positiv zu konnotieren. Die Autorin dieser Arbeit muss sich an diesem Punkt zu denjenigen Krisentheoretiker\*innen zählen, welche versuchen, authentische Repräsentation zu rekonstruieren (Blühdorn 2013: 48). Blühdorn hält dieses Verhalten für zwecklos (Ebd.).

Ein produktiver Umgang mit der Theorie kann sein, überzeugende Elemente zu identifizieren und aus ihnen Schlüsse zu ziehen. So kann die Ablehnung von Organisation innerhalb der Gelbwestenbewegung darauf hinweisen, dass traditionelle Willensbildung über Parteien, Gewerkschaften oder Verbände eventuell nicht mehr zeitgemäß ist – oder zumindest durch andere Beteiligungskanäle ergänzt werden muss. Anhand der *Großen Debatte* wurde deutlich, dass Blühdorns Verständnis von politischer Kommunikation plausibel ist: Die Debatte spiegelte nicht die Interessen der gesamten Bevölkerung wider, sondern diente der Bestätigung der originären Agenda des Präsidenten. Die berechtigte Kritik an diesem Partizipationsmechanismus lässt sich für zukünftige Beteiligungsinstrumente nutzen, etwa, indem sie in Regelmäßigkeit etabliert werden und politische Verbindlichkeiten aus ihnen erwachsen (Vgl. Dobler 2020: 10).

Die Gelbwestenbewegung zeigte auch Merkmale, die Blühdorns Theorie widersprachen und Hoffnung machen bezüglich der Zukunftsfähigkeit authentischer Repräsentation. So haben sich durch die Bewegung Menschen politisiert und miteinander solidarisiert. Auf personeller und institutioneller Ebene hat die Bewegung Debatten angeregt und die Regierung zu Responsivität genötigt.

Die vorliegende Arbeit warf ähnlich viele Fragen auf, wie sie beantworten konnte. Bezüglich der Aktivierung von Bürger\*innen durch groß angelegte Debatten bietet sich im Anschluss eine Analyse der Konferenz zur Zukunft Europas an, welche der *Großen Debatte* in Frankreich ähnelt. Die Untersuchung der Europäischen Union auf Parallelen mit der Theorie simulativer Politik wäre überhaupt interessant, da sich Blühdorn ohnehin auf die Verlagerung von Entscheidungsvermögen oberhalb des Nationalstaats beruft (Blühdorn 2011: 45). Aktuell böte sich die weltweite Corona-Pandemie an, um die Strategien politischer Kommunikation politischer Eliten zur Schaffung von Akzeptanz für einschneidende Maßnahmen aus der Sicht simulativer Demokratie zu analysieren.

Die Autorin stellte nach Betrachtung des Fallbeispiels außerdem die Hypothese auf, das Bedürfnis nach Simulation sei ungleich verteilt. An dieser Stelle könnte ein Anschlussprojekt anknüpfen.

Angesichts mannigfaltiger Klagen über das Ende repräsentativer Demokratie bot die Theorie simulativer Demokratie einen innovativen, unkonventionellen Zugang zur Dekonstruktion so zentraler Kategorien wie Repräsentation und Legitimität. Um den Stein der Weisen handelt es sich gewiss nicht. Dennoch konnte die Schablone Blühdorns Aspekte der Gelbwestenbewegung erhellen, die zunächst widersprüchlich erschienen und den Blick dafür schärfen, wie Bürger\*innen und politische Eliten interagieren. Die simulative Demokratie zeichnet eine düstere, aber erstaunlich plausible Vision. Sie zu durchdenken und zu durchschauen ist wichtig – um sie zu verhindern.

## 7. Quellen- und Literaturverzeichnis

- Albertini, Dominique: Grand débat: Macron ou le show de la conviction, 2019. ([https://www.liberation.fr/france/2019/01/16/macron-ou-le-show-de-la-conviction\\_1703270/](https://www.liberation.fr/france/2019/01/16/macron-ou-le-show-de-la-conviction_1703270/), abgerufen am 20.02.2021).
- Von Alemann, Ulrich: Repräsentation; in: Nohlen, Dieter / Grotz, Florian (Hrsg.): Kleines Lexikon der Politik, München 2015 [2001]. S. 569-572.
- Blühdorn, Ingolfur: Das postdemokratische Doppeldilemma. Politische Repräsentation in der simulativen Demokratie; in: Markus Linden/ Winfried Thaa (Hrsg.): Krise und Reform repräsentativer Demokratie, Baden-Baden 2011. S. 45-74.
- Blühdorn, Ingolfur: Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende, Berlin 2013.
- Boulouque, Sylvain: Mensonges en gilet jaune. Quand les réseaux sociaux et les bobards d'Etat font l'histoire, Paris 2019.
- Bréchon, Pierre: Die Werte der Franzosen. Entwicklungen, die Anlass zu Optimismus geben, 2019. (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/16085.pdf>, abgerufen am 22.12.2020).
- Bréchon, Pierre: Wie lässt sich die Wahl von Emmanuel Macron erklären?; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Ludwigsburg 2019a. S. 21-40.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Repräsentation (<https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/politiklexikon/18136/repraesentation>, abgerufen am 21.11.2020).
- De Comarmond, Leïla: Réforme des retraites: La plus forte mobilisation depuis 2010, 2019. (<https://www.lesechos.fr/amp/1154236>, abgerufen am 03.11.2020).
- Dobler, Camille: Grand Débat national in France: A participatory experiment with limited legitimacy, 2020. ([https://www.democracy-international.org/sites/default/files/PDF/Publications/gdn\\_france\\_research\\_note\\_0.pdf](https://www.democracy-international.org/sites/default/files/PDF/Publications/gdn_france_research_note_0.pdf), abgerufen am 20.02.2021).
- Duden Online Wörterbuch: Protest, 2021 (<https://www.duden.de/rechtschreibung/Protest>, abgerufen am 27.02.2021).
- Duden Online Wörterbuch: Elite, 2020. (<https://www.duden.de/rechtschreibung/Elite>, abgerufen am 31.12.2020).

- ELABE: Les Français et les gilets jaunes, 2018. ([https://elabe.fr/wp-content/uploads/2018/11/20181128\\_elabe\\_bfmtv\\_les-francais-et-les-gilets-jaunes.pdf](https://elabe.fr/wp-content/uploads/2018/11/20181128_elabe_bfmtv_les-francais-et-les-gilets-jaunes.pdf), abgerufen am 30.12.2020).
- Engels, Florian: Deliberative Partizipationsprozesse in der französischen Umwelt- und Energiepolitik – Lösungsansätze für die Legitimationskrise der Demokratie?; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Ludwigsburg 2019. S. 155-174.
- Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims, Berlin 2016 (Orig.: Retour à Reims. Paris 2009).
- Europäische Kommission (Hrsg.): Klimaschutz: Strategien und Ziele, 2021. ([https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies\\_de](https://ec.europa.eu/clima/policies/strategies_de), abgerufen am 26.01.2021).
- Europäisches Parlament (Hrsg.): Soziales Europa: Die Sozialpolitik der EU, 2017. (<https://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/eu-affairs/20170616STO77648/soziales-europa-die-sozialpolitik-der-eu>, abgerufen am 26.01.2021).
- Le Figaro (Hrsg.): „Gilets jaunes“: 180 personnes interpellées, 2019. (<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/14-juillet-tensions-en-marge-du-defile-militaire-20190714>, abgerufen am 02.11.2020).
- Fourquet, Jérôme / Manternach, Sylvain: Die „Gelbwesten“. Ein Zeichen der gesellschaftlichen Spaltung Frankreichs, 2019. (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/15245.pdf>, abgerufen am 31.10.2020).
- Frémeaux, Philippe: Zum Wiederaufbau der französischen Linken nach Macron; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Ludwigsburg 2019. S. 127-138.
- Galetti, Nino / Wissmann, Nele Katharina: Revolution der Gelbwesten? Acht Thesen zur Bewegung der „Gelbwesten“, 2019. (<https://www.kas.de/documents/252038/4520172/Acht+Thesen+zur+Bewegung+der+Gelbwesten.pdf/53ffdc73-dd78-75f8-c719-0719172d61ee?version=1.0&t=1548255482349>, abgerufen am 31.12.2020).
- Garnier, Denis: Le „vrai débat“ des gilets jaunes analysé par une équipe de chercheur du CNRS, 2019. (<https://blogs.mediapart.fr/edition/le-travail-en-question/article/300319/le-vrai-debat-des-gilets-jaunes-analyse-par-une-equipe-de-chercheur-du-cnrs>, abgerufen am 30.11.2020).

- Gaul, Simone / Husmann, Wenke: Der Marsch der Republik, 2015. (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2015-01/paris-charlie-hebdo-trauermarsch>, abgerufen am 14.01.2021).
- Göttinger Institut für Demokratieforschung (Hrsg.): Simulative Demokratie – Ein Gespräch mit Ingolfur Blühdorn, 2013. ([https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/ign/INDES\\_Gespraech\\_zur\\_simulativen\\_Demokratie\\_-\\_freigegebene\\_Endversion.pdf](https://www.wu.ac.at/fileadmin/wu/d/i/ign/INDES_Gespraech_zur_simulativen_Demokratie_-_freigegebene_Endversion.pdf), zuletzt abgerufen am 17.11.2020).
- Guerra, Tristan et al.: Yellow Vest Survey (YVS), 2019. (<https://www.pacte-grenoble.fr/en/projects/yellow-vest-survey-yvs>, abgerufen am 27.11.2020).
- Grillmayer, Dominik: Die Wahlen 2017 und Macrons erstes Amtsjahr; in: Baasner, Frank / Frech, Siegfried / Grillmayer, Dominik (Hrsg.): Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Frankfurt am Main 2019. S. 89-104.
- Grillmayer, Dominik: Emmanuel Macron und die Krise der politischen Repräsentation; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Ludwigsburg 2019a. S. 11-20.
- Guillou, Antoine: Eine wirksame und gerechte CO<sub>2</sub>-Steuer, 2020. (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/15932.pdf>, abgerufen am 31.10.2020).
- Handelsblatt (Hrsg.): Frankreich will die Unternehmenssteuer senken, 2017. (<https://www.handelsblatt.com/politik/international/haushaltspolitik-frankreich-will-die-unternehmenssteuer-senken/20049262.html?ticket=ST-10241129-EjNPaSzzq2xdcoWmUyqm3-ap2>, abgerufen am 26.01.2021).
- Heidenreich, Felix: Emmanuel Macron als Philosoph – Intellektuelle Prägungen, politische Positionen und der Kampf um Deutungsmacht; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Ludwigsburg 2019. S. 41-60.
- Helfferrich, Cornelia: Leitfaden- und Experteninterviews; in: Baur, Nina / Blasius, Jörg (Hrsg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden 2019 [2014]. S. 669-686.
- Horneber, Jakob: Gesellschaftlicher Konflikt und Krise demokratischer Repräsentation; in: Kronenberg, Volker / Horneber, Jakob (Hrsg.): Die repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Das „Wir“ organisieren, Wiesbaden 2019. S. 67-78.

- Hubé, Nicolas: Frankreichs Presse- und Medienlandschaft; in: Baasner, Frank / Frech, Siegfried / Grillmayer, Dominik (Hrsg.): Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Frankfurt am Main 2019. S. 265-286.
- L'Humanité (Hrsg.): A Commercy, comment réinventer la démocratie ?, 2019.  
(<https://www.humanite.fr/commercy-comment-reinventer-la-democratie-667050>, abgerufen am 30.11.2020).
- Huy Ghe, François-Bernard / Desmaison, Xavier / Liccia, Damien: Dans la tête des gilets jaunes, Versailles 2018.
- Ifop (Institut français d'opinion publique): Les Français et le mouvement des Gilets jaunes. Ifop pour la foundation Jean Jaures, 2019. (<https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2019/02/116229-Rapport.pdf>, abgerufen am 02.11.2020).
- Ifop (Institut français d'opinion publique): „Balises d'opinion“ #48. Le regard des Français sur le mouvement des «Gilets jaunes» et sur les alternatives à Emmanuel Macron, 2018. (<https://www.ifop.com/wp-content/uploads/2018/11/115209-Rapport-CN-SR-48.pdf>, abgerufen am 02.11.2020).
- INSEE (Institut national de la statistique et des études économiques): Disparités de salaires et de revenus d'activité entre les régions, 2020. (<https://www.insee.fr/fr/statistiques/4503074?sommaire=4504425&q=salaire+r%C3%A9gion>, abgerufen am 26.01.2021).
- Jarren, Otfried / Donges, Patrick: Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Wiesbaden 2011 [2002].
- Kempf, Udo: Das politische System Frankreichs, Freiburg 2017 [1975].
- Keller, Eileen: Der Grand Débat National in Frankreich: Hintergründe, Ablauf und erste Ergebnisse der großen Bürgerbefragung, 2019. (<https://www.dfi.de/pdf-Dateien/Veroeffentlichungen/afa/afa35.pdf>, abgerufen am 20.02.2021).
- Keller, Eileen: Frankreichs Wirtschaft; in: Baasner, Frank / Frech, Siegfried / Grillmayer, Dominik (Hrsg.): Das politische Frankreich: Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Frankfurt am Main 2019a. S. 147-166.
- Kempin, Ronja / Tokarski, Paweł: Macron, die Gelbwesten und die nationale Debatte. Spiel auf Zeit statt Weg aus der Legitimitätskrise der Politik; in: SWP Aktuell, Jahrgang 20 (2020) Ausgabe 13, S.1-4.

- Kronenberg, Volker / Horneber, Jakob: Die repräsentative Demokratie in der Akzeptanzkrise? Ein Problemaufriss; in: Kronenberg, Volker / Horneber, Jakob (Hrsg.): Die repräsentative Demokratie in Anfechtung und Bewährung. Das „Wir“ organisieren, Wiesbaden 2019. S. 1-23.
- Lefebvre, Rémi: Gelbwesten und politische Repräsentation, 2019. (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/15901.pdf>, abgerufen am 28.11.2020).
- Lemke, Matthias: Im Krisenmodus; in: Baasner, Frank / Frech, Siegfried / Grillmayer, Dominik (Hrsg.): Das politische Frankreich. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Frankfurt am Main 2019. S. 29-52.
- Lindner, Peter: Das Vertrauen in die Amerikaner ist zerrüttet, 2021. (<https://www.sueddeutsche.de/politik/wie-europaeer-auf-amerika-blicken-trump-europa-1.5178277>, abgerufen am 26.01.2021).
- Ludosky, Priscilla: Pour une baisse des prix du Carburant à la Pompe!, 2018. (<https://www.change.org/p/pour-une-baisse-des-prix-%C3%A0-la-pompe-essence-diesel>, abgerufen am 31.10.2020).
- Macron, Emmanuel: L'allocution du président de la République Emmanuel Macron du 10 décembre 2018, 2018. (<https://www.youtube.com/watch?v=URYLRgpT6I8>, abgerufen am 12.02.2021).
- Maillard, Denis: Une colère française. Ce qui a rendu possible les Gilets jaunes, Paris 2019.
- Meichler, Mattis: La liste des revendications des gilets jaunes, 2019. (<https://www.cnews.fr/france/2019-02-28/la-liste-des-revendications-des-gilets-jaunes-801586>, abgerufen am 18.12.2020).
- Meier-Walser, Reinhard: Die „Gelbwesten“-Protestbewegung in Frankreich. Hintergründe und Schlussfolgerungen, 2019. ([https://www.hss.de/download/publications/Argu\\_Kompakt\\_2019-1\\_Gelbwesten.pdf](https://www.hss.de/download/publications/Argu_Kompakt_2019-1_Gelbwesten.pdf), abgerufen am 13.02.2021).
- Meuser, Michael: Leitfadeninterviews; in: Bohnsack, Ralf / Marotzki, Winfried / Meuser, Michael (Hrsg.): Hauptbegriffe Qualitative Sozialforschung, Wiesbaden 2003. S. 151-152.
- Ministère de l'Intérieur (France): Nombre de participants lors des manifestations des gilets jaunes en France entre novembre 2018 et juin 2019, 2019. (<https://fr.statista.com/>

- statistiques/952143/nombre-manifestants-gilets-jaunes-france/, abgerufen am 02.11.2020).
- Le Monde (Hrsg.): Un étudiant gravement blessé après s'être immolé par le feu devant le Crous de Lyon, 2019. ([https://www.lemonde.fr/societe/article/2019/11/09/un-etudiant-gravement-blesse-apres-s-etre-immole-par-le-feu-devant-le-batiment-du-crous-a-lyon\\_6018629\\_3224.html](https://www.lemonde.fr/societe/article/2019/11/09/un-etudiant-gravement-blesse-apres-s-etre-immole-par-le-feu-devant-le-batiment-du-crous-a-lyon_6018629_3224.html), abgerufen am 08.01.2021).
- Le Monde (Hrsg.): Présidentielle 2017: L'explosion du vote blanc ou nul est spectaculaire, 2017. ([https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2017/05/09/presidentielle-2017-l-explosion-du-vote-blanc-ou-nul-est-spectaculaire\\_5124535\\_4854003.html](https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2017/05/09/presidentielle-2017-l-explosion-du-vote-blanc-ou-nul-est-spectaculaire_5124535_4854003.html), abgerufen am 15.01.2021).
- De Moor, Joost / Uba, Katrin / Wahlström, Mattias / Wennerhag, Magnus / De Vydt, Michiel: Protest for a future II: Composition, mobilization and motives of the participants in Fridays For Future climate protests on 20-27 September, 2019, in 19 cities around the world, 2020. (<https://mfr.de-1.osf.io/render?url=https://osf.io/3hcxs/?direct%26mode=render%26action=download%26mode=render>, abgerufen am 01.01.2021).
- Moyou, Elise: Satisfaction des Français vis-à-vis des mesures de Macron pour les gilets jaunes 2018, 2020a. (<https://fr.statista.com/statistiques/950764/gilets-jaunes-mesures-satisfaction-france/#statisticContainer>, abgerufen am 13.02.2021).
- Moyou, Elise: Avez-vous trouvé Emmanuel Macron convaincant lors de son allocution télévision et radio du 10 décembre, en réaction au mouvement des gilets jaunes ?\*, 2018. (<https://fr.statista.com/statistiques/950694/francais-convaincus-intervention-televisee-macron/>, abgerufen am 13.02.2021).
- Misoch, Sabina: Qualitative Interviews, Berlin/München/Boston 2015.
- Nicolle, Maxime / Primois Bizot, Mariel : Fly Rider Gilet Jaune, Vauvert 2020.
- Noiriel, Gérard: Les Gilets jaunes à la lumière de l'histoire, Paris 2019.
- Nouvel Observateur: "Gilets jaunes": un acte 18 marqué par un regain de violence à Paris, 2019. (<https://www.nouvelobs.com/societe/20190316.OBS1892/gilets-jaunes-un-acte-18-marque-par-un-regain-de-violence-a-paris.html>, abgerufen am 02.11.2020).

- Nouvel Observateur : Les « gilets jaunes » toujours sans débouché politique, 2019. (<https://www.nouvelobs.com/politique/20191117.AFP8829/les-gilets-jaunes-toujours-sans-debouche-politique.html>, abgerufen am 02.11.2020).
- Ohne Autor\*in: Revendications Gilets Jaunes, 2019. (<https://revendicationsgiletsjaunes.fr/>, abgerufen am 18.12.2020).
- Pantel, Nadia: Frankreichs Baum der Erkenntnis, 2019. (<https://www.sueddeutsche.de/politik/grand-debat-frankreichs-baum-der-erkenntnis-1.4401094>, abgerufen am 20.02.2021).
- Le Parisien (Hrsg.): Gilets jaunes : 254 interpellations samedi, 155 personnes en garde à vue, 2019. (<https://www.leparisien.fr/amp/faits-divers/gilets-jaunes-254-interpellations-samedi-155-personnes-en-garde-a-vue-17-11-2019-8195040.php>, abgerufen am 03.11.2020).
- Poschner, Uwe: Die völkische Bewegung, 2016. (<https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/230022/die-voelkische-bewegung>, abgerufen am 08.01.2021).
- Pütz, Christine: Frankreichs Parteiensystem im Wandel; in: Baasner, Frank / Frech, Siegfried / Grillmayer, Dominik (Hrsg.): Das politische Frankreich. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Frankfurt am Main 2019. S. 73-88.
- Rawls, John: A Theory of Justice, Cambridge 1971.
- Reporter ohne Grenzen (Hrsg.): Frankreich, 2021. (<https://www.reporter-ohne-grenzen.de/frankreich>, abgerufen am 25.02.2021).
- Rossignol, Laurence / Fourtic, Yseline: Politische Parität in Frankreich. Was ein Gesetz kann – und was nicht, 2020. (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/15991.pdf>, abgerufen am 31.12.2020).
- Schild, Joachim: Emmanuel Macron – europapolitischer Visionär, Revolutionär, Reformier?; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Ludwigsburg 2019. S. 61-77.
- Schreiber, Benjamin: Das französische Sozialmodell vor alten und neuen Herausforderungen; in: Baasner, Frank / Frech, Siegfried / Grillmayer, Dominik (Hrsg.): Das politische Frankreich. Gesellschaft, Wirtschaft, Politik & Kultur, Frankfurt am Main 2019. S. 123-145.

- Schreiber, Benjamin: Kampf gegen Windmühlen? Frankreichs Gewerkschaften verzweifeln an Macron, 2018. (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/14536.pdf>, abgerufen am 02.01.2021).
- Schwarzer, Daniela: Frankreich. Herausforderung Rentenreform; in: Wirtschaftsdienst, (2020) Ausgabe 2, S. 80.
- Seidendorf, Stefan: Wahlkampf und Öffentlichkeit in Zeiten medialen Wandels; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich-Jahrbuch 2017. Sprache und Politik im Wahlkampf, Ludwigsburg 2018. S. 11-19.
- Simons, Stefan: Frankreich auf den Barrikaden, 2016. (<https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/frankreich-auf-den-barrikaden-so-wehrt-sich-das-land-gegen-die-arbeitsmarktreform-a-1094225.html>, abgerufen am 02.01.2021).
- Urmersbach, Bruno: Arbeitslosenquote in Frankreich bis 2025, 2020. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/17310/umfrage/arbeitslosenquote-in-frankreich/>, abgerufen am 26.01.2021).
- Urmersbach, Bruno: Ergebnis der Präsidentschaftswahl in Frankreich 2017, 2020a. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/701741/umfrage/ergebnis-der-praesidentschaftswahl-in-frankreich-2017/>, abgerufen am 31.12.2020).
- Urmersbach, Bruno: Frankreich: Die zehn größten Städte im Jahr 2017, 2020b. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/200607/umfrage/groesste-staedte-in-frankreich/>, abgerufen am 31.12.2020).
- Urmersbach, Bruno: Frankreich: Handelsbilanzsaldo von 2009 bis 2019 (in Milliarden US-Dollar), 2020c. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/15613/umfrage/handelsbilanz-von-frankreich/>, abgerufen am 25.01.2021).
- Uterwedde, Henrik: Wirtschafts- und Sozialreformen – Inhalte, Erfolge und Grenzen der Macron-Methode; in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2018. Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Ludwigsburg 2019. S. 93-109.
- Vandepitte, Florent: Le petit livre des Gilets Jaunes, Paris 2019.
- The World Bank: Population, total – France, 2021. (<https://data.worldbank.org/indicator/SP.POP.TOTL?end=2019&locations=FR&start=2015>, abgerufen am 14.01.2021).

## 8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Besitz von Dieselfahrzeugen nach Entfernung des Wohnortes zu einem Ballungszentrum, Quelle: Fourquet/Manternach 2019: 2.	8
Abbildung 2	Kraftstoffausgaben pro Haushalt nach Wohnort, Quelle: Fourquet/Manternach 2019: 2.	8
Abbildung 3	Geografische Verteilung der Straßenblockaden des 17. Novembers 2019, Quelle: Fourquet/Manternach 2019: 7.	9
Abbildung 4	Demonstration der Gelbwesten am 30.11.2019 auf dem Place Bellecour in Lyon. Foto: Privat.	15
Abbildung 5	Gelbwesten bei der Demonstration gegen die Rentenreform am 05.11.2019 in Brotteaux, Lyon. Foto: Privat.	15
Abbildung 6	Zwei Demonstrierende stehen vor einem Transparent mit der Aufschrift "Gilets Jaunes", "Gelbwesten". Die Frau auf der linken Seite trägt eine gelbe Weste und einen Gallier-Helm. Foto: Privat.	32
Abbildung 7	Eine Demonstrantin trägt auf ihrem Rucksack ein Plakat mit der Aufschrift: "Soziale, Steuer- und Umweltgerechtigkeit", im Original: "Justice sociale, fiscale et climatique". Foto: Privat.	43
Abbildung 8	Demonstrierende tragen ein Banner mit der Aufschrift: "Armut tötet - Studierende, Gelbwesten, Solidarität" (Französisch: "La précarité tue - étudiants, gilets jaunes, solidarité". Foto: Privat.	52
Abbildung 9	Eine Gelbweste trägt ein Transparent mit den Gesichtern Emmanuel Macrons und Marine Le Pens mit der Unterschrift "Peste ou Choléra", "Pest oder Cholera". Foto: Privat.	55

## 9. Anhang

### 9.1 Interview-Leitfaden

- 1) Pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?  
Warum demonstrieren Sie heute?
- 2) Quel est votre but politique ?  
Was ist Ihr politisches Ziel?
- 3) Quels médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour communiquer avec les autres gilets jaunes ?  
Welche Medien oder Netzwerke nutzen Sie, um mit anderen Gelbwesten zu kommunizieren?
- 4) Il nous semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée entre les gilets jaunes, qu'est-ce que vous en pensez ? C'est un avantage ou désavantage d'être moins organisé ?  
Uns scheint es, als gebe es keine große Struktur oder Organisation innerhalb der Gelbwesten. Wie denken Sie darüber? Ist es ein Vor- oder Nachteil, weniger organisiert zu sein?
- 5) Les revendications, les buts des gilet jaunes, est-ce qu'elles sont représentées dans une manière juste dans les médias ?  
Finden Sie, die Forderungen und politischen Ziele der Gelbwesten werden in den Medien gerecht dargestellt?
- 6) Qu'est-ce que vous pensez de la violence entre les manifestants et les policiers ?  
Was halten Sie von der Gewalt zwischen Demonstrierenden und der Polizei?
- 7) Dans le spectre politique, où est-ce que vous êtes situé ? Est-ce que vous êtes à gauche ou à droite ou n'importe où ?  
Wo verorten Sie sich auf dem politischen Spektrum? Sind Sie eher links, rechts, oder nichts von alledem?
- 8) A votre avis, Macron, quel rôle joue-t-il dans le mouvement ?  
Welche Rolle spielt Macron Ihrer Meinung nach in der Bewegung?

## 9.2 Interviews

### Interview 01

Interview	01
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	30.11.2019, Place Bellecour, Lyon
Dauer	9:50 min
Geschlecht und Alter der befragten Person	Weiblich, ~35 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin    I2 = Assistenz    B = befragte Person    B2 = beistehende Person  
 (...) = unverständlich

- 1 I : Au début c'est juste, pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?
- 2 B : Alors, euh, déjà on est secouriste, euh, en fait on a manifesté depuis un an, pour les condi-  
 3 tions dans lesquelles en fait la France évolue, et surtout en fait par rapport aux taxes pour les-  
 4 quelles on doit payer et par rapport de fait des conditions de vie de chacun qui diminue et qui  
 5 deviennent de plus en plus compliqués pour les gens, en fait, de vivre, simplement.
- 6 I : Et ce sont aussi les buts politiques ?
- 7 B : Bah le but c'est que le gouvernement entend ce que le peuple a revendiqué et ces choses  
 8 qu'il ne fait pas actuellement, depuis un an en fait, et puis, voilà.
- 9 I : Quels médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour obtenir les informations, pour com-  
 10 muniquez ?
- 11 B : Beaucoup Facebook, voilà, on utilise...
- 12 I2 : Seulement Facebook ?
- 13 B : Euh, oui, entre autres.
- 14 I2 : Quels autres, WhatsApp ?
- 15 B : Euh, WhatsApp, non, pas trop, non, surtout essentiellement Facebook.
- 16 I : Il nous semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée entre les gilets jaunes, que  
 17 pensez-vous ?
- 18 B : C'est compliqué, oui, effectivement, c'est très compliqué, ouais. Parce que, bah, il faut mo-  
 19 biliser beaucoup de monde, il faut pouvoir s'entendre, donc effectivement c'est compliqué de  
 20 s'organiser très structuré et du coup il y a beaucoup de choses des fois qui bloquent parce que,

21 bah, les messages sont pas passées, pourquoi, sur les réseaux, voilà les informations aussi, on a  
22 beaucoup de sites censures, voilà.

23 I : Les revendication des gilet jaunes, sont-elles représentées dans une manière juste dans les  
24 médias ? Que pensez-vous ?

25 B : Dans les médias, si c'est représenté juste ? Non.

26 I2 : Pas du tout ?

27 B : Non, pas du tout

28 B2 : Ils sont sur forte d'aggraver, par les instances gouvernementales, que les médias publics,  
29 pour qu'ils font tout pour la manière parce que ce soit effacé, et heureusement que je demande  
30 les médias indépendants qui a eu, bah, qui vont être à les manif avec nous, qui vont relayer et  
31 relater la vérité de (...) policiers par exemple. Et delà on fait, bah, nous médiques comme gilet  
32 jaunes et autres manifestants, même a simple situé en blague qui a (...)  
33 C'est une répression, c'est en vrai une répression, littéralement, c'est le fait on fait pas partie,  
34 euh (...) Voilà comme on est, comme on est aujourd'hui (...) Moi, je vous dis, en plus, c'est  
35 parallèlement dans le sens que pour qui le (...) et cette médique on paraît aussi, que je connais  
36 bien les feuilles en interne (...) Colère policier ? (...) Tout simplement

37 I : J'ai une autre question, qu'est-ce que vous pensez de la violence entre les policiers et les  
38 manifestants ?

39 B : Alors, c'est vraiment de la répression, vraiment vraiment, énormément, la violence a évolué  
40 énormément, on a atteint, nous en plus en tant que médiques on nous soigne des blessés et sur  
41 une mesure du temps on voit énormément des blessés et on voit que la violence évolue au fil  
42 du temps que même sur des personnes passives, maintenant la violence aigue sans tier quel-  
43 conque problème en fait.

44 B2 : quelque chose de passage : C'était hier pour (...) donc que les (...) sur les sites de la jaune  
45 (...) cet attrape-là, par exemple, ne sont plus utilisées dans le monde depuis 10 ans (...) Il leur  
46 reste les qui sont réellement faits *pour* casser, dans le sens que le ton fa ? n'est pas prévu pour  
47 frapper vraiment (...) Voilà. Après, regardez bien. Dans le sens si (...) on voit aussi, comment,  
48 auquel moment (...) Abusif

49 B : (...) c'était flagrant sur un mouvement d'Amazones c'est que les personnes qui étaient pré-  
50 sents étaient vraiment passives, étaient pas dans une violence, elles étaient assises par terre, les  
51 unes avec les autres, (sous dès ?). Et les gendarmes les ont délogés mais avec une violence  
52 inouïe a coup de m'attraque, à les trainer par terre, à les (...), et cetera, et c'est des choses qu'on  
53 dit c'est pas possible au niveau humain, quoi, ce genre de d'acte, et plus ça va, et plus on se dit,  
54 la violence elle a pris un seuil, tellement important que on a passé en gros du mon retour, quoi.

55 I2 : A votre avis, qui commence avec l'utilisation de violence ?

56 B : Alors, euh, après, ça peut dépendre sur des manifestations, des fois, c'est les manifestants  
57 qui vont aller au contact et qui vont un petit peu énervé, et des fois, bah, comme hier, il y avait  
58 pas lieu et c'est eux qui ont été violent, sans qui (...) rien qui fasse, qui est au (...), parce que  
59 hier, c'était vraiment violent.

- 60 I : Alors, c'est une question pour vous, vous-mêmes, dans un spectre politique, où est-ce que  
61 vous êtes situés, est-ce que vous êtes à gauche ou à droite, n'importe-où ?
- 62 B : Euh, au niveau politique, moi ? Moi, j'ai pas de parti politique, je veux pas (...) en fait. Ni  
63 l'un ni l'autre (rit)
- 64 I : Est-ce que vous pouvez aussi décrire un peu votre relation à l'état ?
- 65 B : Euh, c'est-à-dire ?
- 66 I2 : Je crois que, en France, l'état est vraiment fort (femme : répressif ? dictateur ? rit)
- 67 B : Dans l'Europe ou en France ?
- 68 I2 : Très centraliste, dans tous les entreprises, le pourcentage (...)
- 69 B : (ne comprend pas)
- 70 I2 : Est-ce que c'est un avantage ou un désavantage ?
- 71 B : Désavantage, puisque, d'autre les manières (...) les entreprises sont vendus et du coup  
72 les petits commerces locaux sont fermés parce que il a des grosses entreprises qui se forment et  
73 qui du coup écrasent les petits commerçants avec qui peut pu (...) comme ce genre de choses  
74 qui, on mange le marché et que les gens vendent dessus alors qui pouvait, alors du niveau local  
75 il y a la même chose et peut être la moindre prix aussi.
- 76 I : Il faut changer le sujet, je crois que c'est la dernière question : Quelle rôle est-ce que la  
77 personnage Macron joue dans ce mouvement ?
- 78 B : (rit) Bah en gros c'est la personne à destituer, quoi ? C'est ce que les Français veulent, ils  
79 veulent que le président démissionne et veulent ou...
- 80 I : C'est aussi un but des Gilet Jaunes ?
- 81 B : Bah c'est le but du mouvement, oui et qu'il entend au moins les revendications et qu'il  
82 revoie ses lois et... et les choses qu'il met en place. Parce que depuis qu'il est en gouvernement,  
83 en fait, on s'est rendu compte que, que toutes les taxes avaient augmenté. Mais sauf que notre  
84 vie, en fait elle augmente pas. Donc, en gros, ça peut pas être possible.
- 85 I : Vous ne vous sentez pas représenté ?
- 86 B : Par notre président ?
- 87 I : Oui.
- 88 B : Non. Non, (...) en tout cas
- 89 I : Est-ce que vous pensez que – alors, c'est juste un sentiment – est-ce que vous pensez qu'avec  
90 cette opinion, vous êtes dans la majorité ?
- 91 B : Euh, phh, c'est compliqué on va dire, parce que on était énormément il y a un an derrière,  
92 maintenant, le mouvement dure et les gens sont fatigués et épuisés et du coup euh, du coup, la  
93 majorité je pense pas maintenant (...)

94 I2 : Merci beaucoup.

95 B : De rien.

96 I : Bonne journée.

97 B : Bonne journée.

## Interview 02

Interview	02
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	30.11.2019, Place Bellecour, Lyon
Dauer	12:46 min
Geschlecht der befragten Person	Männlich, ~75 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin    I2 = Assistenz    B = befragte Person    B2 = beistehende Person  
 (...) = unverständlich

## 1 Partie 1

2 I : Alors, au premier monsieur, c'est juste, pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?

3 B : Alors, on a non seulement manifesté aujourd'hui, mais ça fait plus d'un an, que les gilets  
 4 jaunes manifestent pour changer la société, pour changer complètement la société. Et grâce au  
 5 gilet jaunes, le monde entier bouge, le monde entier. On a donné exemple pour changer tout de  
 6 partout fait changer. Alors, il y a déjà certains pays où ils ont démissionné soit le président, soit  
 7 le premier ministre – il y a le Liban, il y a la Bolivie, et aujourd'hui, c'est l'Iraq, il y a plus de  
 8 premier ministre. Tout ça à cause des gilet jaunes, ils manifestent partout.

9 I : Quelles médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour communiquer avec les autres ?

10 B : Alors, c'est Facebook, il y a Facebook, il y a certains journalistes qui viennent ici soit les  
 11 journalistes allemands (...) italiens, espagnols et qui viennent pour savoir exactement, le...,  
 12 pourquoi qu'on est là, et, le... il faut savoir c'est ce que j'annonce un peu partout, qu'il y a en  
 13 France neuf millions, neuf millions de pauvres, de pauvres. À Lyon, il y a trois milles personnes  
 14 qui couchent dehors. À Paris, il y a quinze milles dehors qui couchent dehors. Or notre prési-  
 15 dent, Macron a dit ceci, a dit ceci, « si je suis élu président, il y aura plus un seul ... dehors ».   
 16 Donc, il a monté, on a un président, qui est monteur, et notre président il est un plus qu'il est  
 17 homosexuel – hein, ça c'est personnelle, mais il a son amour qui s'appelle Benalla. Benalla.  
 18 Ah, il faut bien savoir, c'est – voilà. Alors, on veut le mettre dehors. Et c'est la raison pour  
 19 laquelle que jeudi prochain, le cinq, décembre, la France entière va être en mouvement grève  
 20 général, conductibles, il n'y aura plus de trains, il n'y aura plus rien ! Il faut qu'il parte ! Et on  
 21 va changer la société.

22 I : Il nous semble qu'il n'y a pas une vraie organisation très structurée entre les gilets jaunes.  
 23 Que pensez-vous ?

24 B : Alors, il faut savoir que quand il a eu la révolution – vous comprenez bien français ! Que  
 25 quand il a eu la révolution française, c'étaient les sans-culottes, c'étaient des garçons des  
 26 quinze, seize ans, dix-sept ans, c'est eux qui ont commencé la révolution. Et il y avait pas de

27 chef, il y avait rien. Et là, les gilets jaunes n'y a pas de chef. On fait ce que l'on veut et on va  
28 arriver à notre but : c'est que une fois qu'il n'y aura plus d'un gouvernement, et bien c'est les  
29 gilets jaunes qui vont gouverner, comme on dit en 1789.

30 I2 : C'est le même esprit ?

31 B : Ça sera l'esprit tout à fait autre, parce que on ne veut plus du sénat, on ne veut plus la  
32 chambre, alors la chambre, ça sera que pour les gilets jaunes et c'est eux qui feront les lois.

33 I : Les revendication des gilet jaunes, ce que vous avez dit, sont-ils représentés dans une manière  
34 juste dans les médias ?

35 B : Absolument. Parce que ... on représente, les gilets jaunes représentent qu'il faut que, il y a  
36 de l'injustice, de l'injustice en France, vous avez sept millions de Françaises et de Français qui  
37 touchent 840 Euros par mois. A l'heure, à l'époque que je vous parle. Or ces gens-là peuvent  
38 pas vivre. Il y a des gens qui mangent dans les poubelles. Il y a des gens, des étudiants, des  
39 étudiants, qui couchent dehors, il y a des étudiants qui couchent dans des voitures d'occasion,  
40 et qui continuent à étudier et qui n'arrivent pas à vivre. Pourquoi ? Parce que les parents ont  
41 déjà des difficultés à vivre. Alors, les parents disent à leurs enfants, débruti toi. Et malheureu-  
42 sement, vous avez vingt-six pourcent d'étudiants en France qui sont à la grande précarité,  
43 grande misère à l'heure actuelle. Or, Macron ne veut pas augmenter les bourses de ces étudiants  
44 et il supprime beaucoup beaucoup de bourses, parce qu'il y a trop d'étudiants qui demandent  
45 des bourses. Alors les gilets jaunes sont là pour ... à tout ça.

46 I2 : Et la représentation est correcte, est juste ?

47 B : La... ?

48 I2 : La représentation dans les médias est juste ?

49 B : Ahh, bien sûre qu'elle est juste, on va aller jusqu'au but, et jusqu'à maintenant, c'est paci-  
50 fique ! Mais dans quelques semaines, ça va être la vraie révolution ! Le peuple, tout le peuple  
51 va se révolter, tout le peuple ! Parce que c'est de la justice partout et comme vous l'avez vu  
52 vous-mêmes dans les pays, hein, des autres pays, c'est vraiment la dureté de gouverne-, par  
53 gouvernement, alors bien sûre, c'est plus pacifique, alors, en casse tout, hein on veut montrer  
54 que, que maintenant les gilets jaunes et ils vont donner l'ordre de tout casser pour montrer le  
55 gouvernement : ça suffit.

56 I : Ça c'est une question pour seulement vous : dans un spectre politique, classique, où est-ce  
57 que vous êtes situé ? euh, à gauche ou à droite, centre, ou neutre ?

58 B : On est neutre ! Nous sommes neutres. Comme ça on peut faire ce que l'on veut, on peut  
59 dire ce que l'on veut. Aucun et on voulait pas même - au départ on ne voulait pas même des  
60 syndicats. Il fallait qu'on soit neutre et qu'on fasse ce que l'on veut. Et ce qui se passe, c'est  
61 que maintenant les syndicats, ils voient que la situation s'aggrave de plus en plus, alors les  
62 syndicats demandent justement que les gilets jaunes viennent vers les syndicats. Alors on va  
63 aller vers les syndicats, c'est la raison pour laquelle qu'à partir du 5 décembre, du 5 décembre,  
64 jeudi prochain, il y a la grève générale reconductible, ça veut dire elle va durer non seulement  
65 un jour, mais cinq, six, sept, huit, neuf jours et tout le mois de décembre, ça va être un mois  
66 terrible, ce s'appelle le noir, le mois de décembre le noir, le mois noir. Voilà !

67 I : Qu'est-ce que vous pensez de la violence entre les policiers et les manifestants ?

68 B : Alors, les manifestations, les manifestations, elles sont (...) la répression, elle est terrible.  
 69 Parce que, il y a un an de cela, de 17 novembre 2018, j'étais le premier blessé à Lyon. J'étais  
 70 en un drapeau, il est là, là (montre), c'est mon troisième drapeau. Et le premier jour, j'ai eu la  
 71 BAC, la BAC, qui sont violent, regardez mon pouce comment il est (montre). Il n'y a plus (...),  
 72 il n'y a plus rien. Tout a été cassé. Il n'y a plus rien. Je suis tombé sur coté, fracture ductile  
 73 pouce. Malgré ça, je n'ai pas manqué un samedi pendant un an, je n'ai pas manqué un samedi,  
 74 soit à Lyon, soit à Paris, soit à Montpellier. Lui suive, l'étalé est aussi à Paris avec moi, elle est  
 75 allée à Montpellier, j'achète à nouveau des drapeaux, et je leurs montre que je suis voyant et on  
 76 doit mourir sur le terrain ! Voilà, vous avez vu mon pouce, voilà.

77 I : Alors, vous dont avez déjà parlé un peu, mais, quel rôle est-ce que le président, le personnage  
 78 de Macron joue dans le mouvement ?

79 B : Alors, Macron, d'abord, il a été élu, il a été élu, il avait pas du tout d'expérience. Il n'a  
 80 jamais été, euh, député, il n'a jamais été maire, c'est un banquier. C'est un banquier Rothschild  
 81 et il (...) que pour l'argent, que pour les riches. Alors il s'occupe pas du peuple ! Il s'en fou  
 82 complètement.

83 B2 : Sa femme est très riche.

84 B : Sa femme est très riche.

85 B2 : très très très riche.

86 B : Alors Macron, il veut tenir bon, mais il ne pourra pas tenir. C'est moi qui fais les affiches  
 87 pour Lyon, les grandes affiches, jeudi prochain, il y aura la grande affiche, la grande affiche :  
 88 « Gilet Jaunes : La chute de gouvernement aura lieu en 2020 ». Voilà ! Voilà la grande affiche  
 89 qui sera sur Lyon et sur Paris. La France entière verra cette grande affiche. Il faut qu'il parte.  
 90 La France n'on peut plus. Et justement il va comprendre sa douleur, à partir du 5, il n'y aura  
 91 plus d'avions, plus de transport, il n'y aura plus rien ! Le 5 décembre, le monde entier va voir  
 92 ce qui se passe en France. Et il y aura beaucoup de casses, il y aura beaucoup de (...) il y aura  
 93 beaucoup de blessés, c'est même certain que ça va être effrayé.

94 I : C'est ça, merci beaucoup, bonne journée !

95 B : Au revoir madame, au revoir monsieur !

96 Partie 2

97 B : Il y a à l'heure actuelle, seize millions de retraités. Moi-même, je suis retraité. Seize millions  
 98 de retraités et dix-neuf millions d'actifs. Ça veut dire dans quelques années, il y aura plus de  
 99 retraités de d'actifs. Or, les gens qui, en trente ans, aller à leur retraite, dans vingt-cinq ans,  
 100 n'auront pas de retraite. Ça sera comme en Amérique : Vous voulez une retraite, mettez de côté,  
 101 tout de suite, mettez de côté, soit dans une banque privée, soit euh, chez vous, vous faites quoi  
 102 que ce soit, vous faites comme en Amérique, si vous ne faites pas ça, vous serez dans la rue.  
 103 Voilà voilà... (...) bien, seize millions de retraités, moi j'en fais partie. Moi, je ne me plaigne  
 104 pas, j'ai une bonne retraite, mais je défends les petites gens, les petites retraites, les retraités. J'en  
 105 veux tout changer. C'est la raison pour laquelle j'irai jusqu'au bout, nous irons jusqu'au bout  
 106 pour manifester.

**Interview 03**

Interview	03
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	30.11.2019, Place Bellecour, Lyon
Dauer	5:23min
Geschlecht der befragten Person	Weiblich, 18 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin    I2 = Assistenz    B = befragte Person    B2 = beistehende Person  
 (...) = unverständlich

- 1 I : Pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?
- 2 B : Bien sûre, pour l'injustice sociale. Pour tout ce qui se passe dans le monde, pour euh, contre
- 3 le capitalisme, pour euh la reforme de retraite aussi. Il y a beaucoup beaucoup de raisons.
- 4 I : Et quel est votre but, votre motivation politique, c'est la même chose ?
- 5 B Oui, fin, pour moi pour que ça change, le système doit changer.
- 6 I2 : Le système en général ?
- 7 B : Oui.
- 8 I2 : Le capitalisme ?
- 9 B : Oui voilà, plus de ça.
- 10 I : Quels médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour communiquer avec les autres ?
- 11 B : Alors, je regarde – pour les réunions, pour les manifestations ? Je regarde sur Facebook, sur
- 12 Instagram aussi pour les gilet jaunes, RT France, et voilà.
- 13 I : Il nous semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée entre les gilets jaunes, qu'est-
- 14 ce que vous en pensez ?
- 15 B : C'est vrai que petit à petit, bah, il y a moins d'une organisation, c'est vrai. Fin il y a moins,
- 16 moins, mais je pense qu'il y a toujours entre les gilets jaunes, qui restent, mais euh, c'est vrai
- 17 qu'il y a moins d'organisation, et puis avec la répression aussi, bah c'est compliqué de, d'avoir
- 18 une organisation je pense aussi.
- 19 I : C'est un avantage ou désavantage d'être moins organisé ?

- 20 B : Des de, je pense. Il faut quand même un peu d'organisation, mais il faut pas que ce soit  
21 hyper structuré, quoi.
- 22 I : Les revendications, les buts des gilet jaunes, est-ce qu'elles sont représentées dans une ma-  
23 nière juste dans les médias ?
- 24 B : Je n'ai pas compris ?
- 25 I2 : La représentation du mouvement est juste ou pas ?
- 26 B : Ah, si on représente bien les, euh, non, je pense que non. Parce que quand je pose des  
27 questions au personnes qui sont, fin, de mon entourage, ils sont pas assez informés de ce qu'on  
28 cherche en fait. Les médias, ils donnent pas une bonne image des gilet jaunes aussi. Ils montrent  
29 que la violence, les casseurs, ils montrent pas ce que c'est réellement une manifestation et ce  
30 qu'on cherche à avoir.
- 31 I : Parlant de la violence, qu'est-ce que vous pensez de la violence entre les manifestants et les  
32 policiers ?
- 33 B : Alors euh, moi je trouve qu'il y a de la violence policière, oui. Et euh, la répression aussi.  
34 Et c'est pour ça que ça provoque une colère aussi. Et moi, je comprends la colère des manifes-  
35 tants, qui s'en ont marre. Et si les manifestations on reste pacifique, on nous entend (core ?) en  
36 fait. C'est mon point de vue.
- 37 I : Alors vous, vous-même, dans le spectre politique, où est-ce que vous êtes situé ? Est-ce que  
38 vous êtes à gauche ou à droite ou n'importe où ?
- 39 B : Non, j'ai pas de parti.
- 40 I : Vous êtes neutre ?
- 41 B : Oui, voilà.
- 42 I : Et alors, j'ai une question sur le personnage Macron, quel rôle est-ce qu'il joue dans le mou-  
43 vement ?
- 44 B : Moi je suis contre Macron. C'est... Tout ce qui se passe là à cause de lui, c'est... Pour moi  
45 c'est pas un bon président. Et euh, il répond pas à nos... à ce qu'on demande. Il fait semblant.  
46 Tous ses discours, tout euh, tout ce qu'il a fait, c'est pas.. Ça mis à (rire ?) en fait. Justement  
47 que c'est la réforme des retraites là, ça empire encore plus les choses.
- 48 I : Est-ce que vous êtes étudiante ?
- 49 B : Apprentie, oui.
- 50 I : Quel âge avez-vous ?
- 51 B : Dix-huit ans.
- 52 I : Parlant de la violence, selon vous c'est les policiers qui sont violent, c'est la répression ?
- 53 B : Oui.

54 I : Et ce sont pas les manifestants qui commencent, c'est ça ?

55 B : Bah en fait, déjà, on aimerait bien manifester librement et en fait, là, ici, à Lyon, depuis que,  
56 fin, que je manifeste, on fait toujours (...) vers Gerland ?? Et personne nouveau en fait. C'est  
57 tout calculé par qu'on veut voir ?? et euh, les violences, enfin je trouve que par rapport à des  
58 personnes qui jettent des (...) par exemple, et quelqu'un qui a un (...) C'est complètement  
59 différent en fait. Et ça fait quand même un an, qu'il a ces manifestations-là, et je comprends  
60 que les personnes ont en marre d'être là tous les samedis, et pour qu'on finale, il y a rien qui  
61 change. Que ce soit toujours la même chose. Que ça gaze, le gaz lacrymogène, les tirs de flash-  
62 ball, les charges. Il y a eu vraiment des gravement blessés (...) Donc voilà.

63 I : Merci beaucoup.

64 B : De rien, merci.

## Interview 04

Interview	04
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	30.11.2019, Place Bellecour, Lyon
Dauer	23:07min
Geschlecht der befragten Personen	Weiblich, ~30 Jahre und männlich, ~35 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin    I2 = Assistenz    B = befragte Person    B2 = beistehende Person  
 (...) = unverständlich

- 1 I : Pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?
- 2 B : Alors, aujourd'hui, moi je manifeste pour euh ce malaise social on va dire. Parce que, autant  
 3 étudiantes par exemple, moi j'ai été étudiante, j'ai des amis qui sont étudiantes, qui ont pas de  
 4 revenu. Il y a tout qui augmente – leurs bourses, elles n'augmentent pas. Attention hein, je suis  
 5 très contente qu'il y a des bourses. Je suis très contente de tout ça, mais pour moi, la vie actuel-  
 6 lement elle augmente, et tout ce qui est des aides s'augmentent pas et ça diminue. On va aller  
 7 où juste là ? Donc il y a ça et il y a pour la misère (j'suis) travailleur / (...) spécialisé, et oui il  
 8 y a pas de revenu. Dans les structures, on dit oui, euh, le social, ça nourri. Mais pas du tout en  
 9 fait ! Si on prend les gens de là-haut pour moi qui ont quand même pas mal de richesses et  
 10 qu'on distribue un petit peu comme il faut, pour moi il peut avoir une bonne répartition on va  
 11 tirer des richesses et on pourra plus aider dans le social. Par exemple, les personnes handicapées  
 12 pour les foyer des jeunes, les jeunes (...par leurs parents) qui sont en foyer – ils ont rien ! On a  
 13 rien à leur donner ! Fin, moi c'est surtout pour ça que je suis là, pour le code social, voilà.
- 14 I : Ce sont aussi les buts politiques que vous suivez ?
- 15 B : Au début, j'étais pas de tout dans la politique, et petit à petit, bah, j'en suis arrivée et j'ai  
 16 essayé de m'en intéresser, mais est-ce que, aujourd'hui je me pose la question : Est-ce que  
 17 aujourd'hui, il y a un politique qui va réussir à répondre à nos attentes ? Le système dans lequel  
 18 on est, est-ce qu'il y a un seul politique qui va réussir à répondre à nos attentes ? Je me pose la  
 19 question. Est-ce que, est-ce que vraiment on a une voix pour le peuple, je suis pas très sûre. A  
 20 notre, en fait je me sens impuissante, dans ce gouvernement même si on vote, je me sens im-  
 21 puissante, vote blanc, il est pas compté ! Pour moi c'est très important le voter, le vote blanc,  
 22 parce que Macron a été élu mais si on compte les votes blancs, pour moi c'est pas comme cela  
 23 était... Donc voilà.
- 24 I : Et, suivant, dans le spectre politique, vous êtes située où ? N'importe où ? A gauche, à  
 25 droite ?
- 26 B : Ni l'un ni l'autre, je vous a... Pour instant, pour moi je suis pas assez calée pour me posi-  
 27 tionner politiquement (...) Et je me dis les politiques font vraiment comme ils veulent. Euh, je

28 sais pas est-ce que vous êtes en courant, je travaille dans l'hébergement, actuellement, d'ur-  
29 gence. Le préfet a actuellement fait passer la loi qui dit que l'hébergement inconditionnel qui  
30 est quand même dans les droits de l'homme, c'est quelque chose qui est ancré dans la politique  
31 française, aujourd'hui on ne parle plus ! En gros, ils ont dit : Et bah maintenant, ces personnes,  
32 on va les héberger deux mois, et au bout de deux mois, on les remet à la rue. (Pause) En fait  
33 c'est... Je m'intéresse pas à plus que ça et je me situe pas parce que je me dis il font comme ils  
34 veulent au final. Ils votent une petite loi par ici, une petite loi par là et que c'est comme ils  
35 s'arrangent. Voilà.  
36 Après, je suis jeune... (rit)

37 I : J'ai une question qui est un peu pareil, quel rôle est-ce que le personnage « Macron » joue  
38 dans ce mouvement ?

39 B2 : (rit)

40 B : Honnêtement, ça soit lui pour moi ou quelqu'un d'autre, c'était un pion qu'on a mai lui lui  
41 est banquier, pour moi il a pas forcément un bonne image, mais que ce soit lui ou quelqu'un  
42 d'autre, ils sont utilisés à la tête du pouvoir pour représenter des gens qui tirent un peu des  
43 ficelles en fait, pour moi. C'est pas Macron qui décide de tout parce qu'il est pas tout seul à  
44 côté de ça.

45 I : C'est le système.

46 B : Ouais. Moi c'est plus ça, ça commence à tout non, quoi, c'est pas normal.

47 I : Quels médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour communiquer avec les autres...

48 B : Alors, au début je le fais vachement avec Facebook, j'ai un peu arrêté les réseaux sociaux  
49 parce que ça m'a vite... Il y a beaucoup de divergence entre gens, des fois ça m'énervait et je  
50 me dis que ça sert à rien si je m'énerve sur les réseaux sociaux, du coup je marche vachement  
51 avec les contacts. On a appel, il y a quelques choses par mail aussi. Vue que j'ai la chance entre  
52 guillemets de pouvoir être en relation par mail avec des structures. Bah, il y a la grève, il y a ci,  
53 il y a ça, par mail et par les contacts. Voilà.

54 I : Il nous semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée entre les gilets jaunes ?

55 B : Pour l'avoir un petit peu étudié, et de ce que j'apprends parce que j'ai des cours aussi en  
56 même temps, les gilets jaunes en fait, c'est pas juste un système économique. (à l'homme) : dis-  
57 moi si je me trompe, fin

58 B2 : ah non non non

59 B : Moi je le représente pas comme juste « Oh là là, ils ont augmenté l'essence, et ça va pas,  
60 c'est un malaise ». Réellement, pour moi c'est un malaise social, on se sent plus à l'aise dans  
61 cette société avec toutes les injustices, c'est vraiment un gros mouvement. Et c'est ça un pro-  
62 blème aussi des gilets jaunes, c'est que on verra jamais réellement les satisfaire, parce qu'on a  
63 pas un seul objectif. Par exemple, euf, la CGT c'est pour les retraites. (...) des grosses causes,  
64 voilà ils veulent la retraite, bla bla bla [sic!], là il y a un réel objectif. Pour moi, les gilets jaunes,  
65 c'est vraiment tous réunis en fait ! Tout, tous ce malaise social, qui est réuni ici, on se dit qu'on  
66 a marre, on ne peut plus. Voilà il y a pas réellement d'objectif concret.

67 I : Alors, les revendications des gilet jaunes, est-ce qu'ils sont représentés dans une manière  
68 juste dans les médias ?

69 B : Euh, pour moi, non. Pas du tout. Par exemple, je prends l'exemple de BFM. Combien de  
70 fois j'ai vu a BFM de ce qu'ils pouvaient dire sur les gilet jaunes et l'image qui peuvent donner,  
71 je me dis, mais... Mais pas du tout ils sont décollés de la réalité. Et à mes proches, ce que mes  
72 proches ils disent : « Mais les gilets jaunes, c'est que des casseurs », je dis « Moi j'ai jamais  
73 rien cassé ! A Lyon, vous dites qu'on... Je prends les exemples d'ici hein parce que j'ai fait  
74 beaucoup de manif ici, qu'il y a plein de trucs qui ont été cassés ! J'suis désolée mais il n'y a  
75 pas énormément des choses qui ont été cassés. Pas du tout parce qu'on peut même pas accéder  
76 la Presqu'île... Oui, euh,

77 I : C'est bloqué ?

78 B : C'est bloqué, on peut pas y accéder, donc... Voilà c'est plus en disant, bah, restez chez  
79 vous, les gilets jaunes, c'est mal, pensez pas comme eux ! Même si vous êtes malaisé, fin, même  
80 si vous vous sentez mal dans la société, restez chez vous, c'est mieux ! Je le vois comme ça.  
81 C'est plus pour faire peur, pour moi. Voilà.

82 I : D'accord. Et parlant du blocage, qu'est-ce que vous pensez de la violence entre les manifes-  
83 tants et la police ?

84 B : Oh là là ! Alors !

85 I : C'est ce que vous pensez ?

86 B : J'y ai pensé et aujourd'hui j'y pense toujours. J'hésite parfois à continuer avec les gilets  
87 jaunes par rapport à ça, parce que l'image qui est renvoyé aujourd'hui, qu'il était pas au début,  
88 c'est : les gilets jaunes, ils manifestent contre la police ! Or que, au début, pour moi, c'était pas  
89 du tout ça. C'est vraiment, voilà, pour ce malaise social, sauf que là, on a arrivé à tellement on  
90 n'est pas écouté. Je pense que c'est ça, pour ça qu'il y a beaucoup de violence. Ça fait un an,  
91 tous les samedis, qu'il y a des mouvements, et qu'on reçoit beaucoup de violence. Et les gens  
92 ils ont dit bah j'en ai marre, par exemple me faire taper, j'en ai marre de me faire gazer, et qui  
93 répondent par la violence. Je crois pas que c'est la meilleure des façons, mais c'est une des  
94 réponses qu'ils ont trouvé face à cette violence qu'ils ont, qu'ils reçoivent en fait.

95 I2 : C'est justifié ?

96 B : Je pourrais pas dire que c'est justifié, parce que, je peux pas justifier la violence.

97 B2 : Elle est induite en fait...

98 B : Voilà

99 B2 : Par rapport la violence même les forces de l'ordre (...) Donc, souvent, souvent c'étaient  
100 des réponses en fait à la violence des forces de l'ordre.

101 B : Voilà

102 B2 : Comme a dit ma collègue, voilà, à force d'être cassé, à force d'être frappé, moi-même, je  
103 peux avoir mal de me sentir pacifique, je reçu les coups de m'attaque. C'est, en fait, c'est une  
104 raison, c'est une raison.

- 105 B : Ça fait monter la colère. Puis, vu qu'on n'est pas entendus, on est – ahh, ils sont méchants,  
106 ils sont méchants, non ! On n'est pas méchant, on est – avant d'être gilets jaunes, on est citoyen !  
107 On est comme tout le monde. Moi, c'est pour ça qu'aujourd'hui je me suis habillée comme je  
108 m'habille tous les jours, parce que je suis comme tout le monde, c'est juste que, bah, j'en ai  
109 marre, j'en ai marre de voir ces injustices et voilà.
- 110 I : Alors, merci beaucoup !
- 111 B : Je vous en prie ! J'espère que ça va vous aider ?
- 112 I : Beaucoup ! C'est très intéressant parce que nous avons aussi des mouvements sociaux en  
113 Allemagne, mais c'est très différent.
- 114 B : C'est vrai ?
- 115 I : Ouais.
- 116 B : C'est quoi qui change ?
- 117 I : Alors, c'est plutôt droit, contre l'immigration, ce ne sont pas les manifestations contre la vie  
118 sociale, c'est contre les autres.
- 119 B : D'accord, ahh. L'exclusion un peu. Il sont pour l'exclusion.
- 120 I : Alors, c'est l'image que...
- 121 B : ...Que vous avez ? C'est vrai que
- 122 I2 : Les gens dans la manifestation en Allemagne sont (pause) alte weiße Männer
- 123 I : Ce sont les vieilles, avec les cheveux blancs, est-ce que vous avez un terme ?
- 124 B : ???
- 125 I : Des hommes, vieilles, des retraites ?
- 126 B : Oui ? Des personnes d'extrême-droite ?
- 127 I2 : Non, alors il n'y a pas des jeunes
- 128 I : Surtout. Alors ici, c'est plutôt mixte, c'est mélangé. Il y a des jeunes, il y a des femmes –  
129 pour nous, c'est, c'est étonnant.
- 130 B : D'accord.
- 131 B2 : Oui oui oui. C'est vrai que ça dès le départ, c'était ça en fait, c'était un mixte. Il y avait des  
132 jeunes comme il y avait des personnes très âgées, ils manifestent même s'ils sont très âgés.
- 133 B : Il a avait des personnes en fauteuil roulant qui viennent aussi.
- 134 B2 : Ouais, ouais.
- 135 B : C'est... Ouais c'est représentatif de « ça va pas », mais pour tout le monde en fait. C'est  
136 compliqué pour tout le monde. (pause) Après comme (...), oui c'est vrai qu'en France, on est

- 137 quand-même bien (...) On est bien... Il y a certaines choses qui sont bien en France, il n'y a  
 138 pas tout, c'est, ahh, il faut tout exploser, il y a des choses qui sont bien et quand même il y a  
 139 vraiment des choses à revoir. Et là qui sont revues, plutôt dans le sens de... Comment je peux  
 140 dire ça, dans le sens de... Pour les riches !  
 141 J'ai rien contre les riches, tant mieux qu'ils réussissent dans leur vie, tant mieux s'ils vivent  
 142 bien, mais on a, c'est la misère alors qu'on travaille comme un riche ! Et là est le problème.
- 143 B2 : Des justices sociales, c'est ça
- 144 B : Ouais
- 145 B2 : Effectivement c'est très très riche, c'est les chiffres tellement hallucinant, quand on a cer-  
 146 tains que le patrimoine un milliard d'Euros, les patrimoines, ça parlait de revenus qui sont d'une  
 147 dizaine de millions d'Euros, chaque année, on se dit, bah là, il y aura un partage (...) à effectuer  
 148 vers ceux qui n'ont rien ou vers ceux qui travaillent et qui arrivent pas à vivre de leur travail en  
 149 fait. Parce qu'avec mille deux cents Euros aujourd'hui au (...), bah vous vivez pas hein ?
- 150 B : Non.
- 151 B2 : Vous vivez pas.
- 152 B : Avec les factures et tout ça...
- 153 B2 : Et loyer qui ne cesse de monter, le cout de la vie, quoi. Le cout de la vie qui ne cesse de  
 154 grandir en fait.
- 155 B : Et vous, vous voyez le – au début, vous voyez le mouvement des gilet jaunes comment ?
- 156 I : Alors, ça c'est, ça c'est étonnant aussi parce que nous avons vu sur la télé, les scènes de la  
 157 violence à Paris. Et c'était ça l'image. On a parlé de... casser des monuments, les... c'est après,  
 158 maintenant, que je suis là et que je parle aux gens, c'est une image très différente en fait. Ce  
 159 sont les problèmes sociaux. Ça me semble que ce n'est pas vraiment présenté.
- 160 B : Ouais, c'est pas représentatif. Pas du tout. C'est, il faut cacher ça. Cacher que la misère  
 161 sociale, elle est là.
- 162 I : Mais il y a aussi beaucoup des gens en France qui détestent les gilets jaunes. Je l'ai entendu  
 163 aussi. J'avais quelques conversations avec des gens qui...
- 164 B : Oui.
- 165 B2 : Bien sûr. Parce qu'ils défendent le système ! En fait, nous on est contre le système ! Tel  
 166 qu'il fonctionne actuellement ! C'est pas être contre pour être contre. C'est tel qu'il fonctionne  
 167 actuellement quoi. Donc effectivement il y en a qui peuvent se sentir menacé et donc détesté  
 168 effectivement.
- 169 B : Oui. Moi j'ai une amie qui m'a dit, 'oh', parce que les samedis on est ici, 'oh, bah moi les  
 170 samedis je peux plus faire mon shopping !' Je peux, tu peux le faire un autre jour ton shopping.  
 171 'Ah non, mais quand même, moi, j'ai pris mon samedi, tatati, tatata', je fais, mais, tu trompes  
 172 pas ce que tu dis, quand même, bon c'est un peu fâché, mais j'ai dit mais, ton shopping, tu le  
 173 fera un autre jour dans la semaine, c'est pas grave ! C'est cette système de consommation qui  
 174 va pas aussi, on nous induit à consommer et... bah, c'est révoltant, je trouve. Et personne dit  
 175 rien. On continue la dort en fait, à ce, même moi avant, je l'étais un ...Il faut que j'achète y,

- 176 faut que je fasse ça, il faut que en final on peut vivre sans tout ça. Je peux vivre sans aller à  
 177 Carrefour, sans que je mange plus de viande, par exemple. Je peux vivre sans manger de viande.  
 178 Je peux vivre sans... sans tout ça. (Rit)
- 179 B2 : C'est un lien aussi avec l'environnement, c'est une surconsommation, là on est en pleine  
 180 période de ce qui s'appelle le « Black Friday », c'est, voilà, il faut arrêter ça, c'est vrai que c'est  
 181 un non-sens ! Par rapport à l'évolution, par rapport à moral.
- 182 B : Qu'il y a les soldes en janvier, c'est bon.
- 183 B2 : Ouais, voilà, ouais, exactement.
- 184 B : rit
- 185 B2 : Voilà exactement, il faut arrêter (inintelligible) Il faut parler, au contraire, il faut parler de  
 186 décroissance, pour essayer justement d'atteindre des objectifs pour protéger la terre parce qu'on  
 187 n'est tous seuls sur la terre et il y a pas de planète de rechange, euh, donc, voilà...
- 188 B : La déforestation, moi je pense par exemple du Nutella. Tous les pots de Nutella que je vois  
 189 et les gens que je vois qui mangent du Nutella, je me dis mais, ça vais, donc ça, c'est les arbres,  
 190 qu'on, qu'on déracine ! C'est de forêts entières qu'on déracine avec des singes, avec euh, ça  
 191 (...) des tributs ! En fait, on entraîne toute notre planète. Ça c'est... Ça m'énerve aussi.
- 192 B2 : Ouais, ouais.
- 193 B : Et personne fait rien.
- 194 B2 : On fait de la monoculture, l'huile de palme, oui
- 195 B : Ça me rend triste, plus tard
- 196 B2 : On tue la planète, hein
- 197 I : Mais la semaine prochaine, il y a aussi la grève générale
- 198 B : Le 5
- 199 I : Et ça c'est un évènement de qui en fait ?
- 200 B : Alors
- 201 I : Parce que moi j'ai pas compris complètement...
- 202 B : Alors, moi, de ce que j'ai compris, c'est une grève générale, donc, il y a tout le monde
- 203 I : Tout le monde (en même temps)
- 204 B : (...) qu'il y a des corps enseignants, vous avez la scolarité pour les petits, parce que les  
 205 enseignants, comment ils font ? Ils sont avec quarante enfants, tout seul. Pour moi, c'est com-  
 206 pliqué d'enseigner, d'apprendre quelque chose avec euh, quarante enfants. Il y a... Pour les  
 207 retraites aussi, parce qu'ils veulent prolonger les retraites, Il y a... fin

- 208 B2 : Oui, c'est ça, fin, reculer, fin, augmenter les nombres d'années de cotisation et reculer  
 209 l'âge de retraite en fait. Et, c'est pas, c'est pas équitable ! C'est pas équitable.
- 210 B : Non. C'est démesuré. Il y a l'éducation, le corps enseignant, il y a les hôpitaux aussi, il y a  
 211 les infirmières, il y a les pompiers, je crois, non ?
- 212 B2 : Il y a les pompiers aussi, ouais. Normalement, les pompiers, ouais.
- 213 B : Et il y a même, euh, donc euh, les forces de l'ordre. Certains gendarmes, donc c'est la  
 214 gendarmerie
- 215 B2 : La gendarmerie il me semble, j'ai entendu, ouais
- 216 B : Certaines de la gendarmerie qui font grève de dix heures à quinze heures.
- 217 I : Ok
- 218 B : C'est vraiment un... le cinq, des op- Si vous pouvez descendre dans les rues, juste pour  
 219 votre... votre mémoire ça va être hyper enrichissant. Parce qu'il y aura des syndicats. Nous,  
 220 c'est vrai qu'il y a pas de syndicats.
- 221 B2 : Ouais nous, il y a pas de syndicats, ouais, c'est libre. C'est transversal comme mouvement.
- 222 B : Ouais.
- 223 B2 : Voilà. Il y a pas de (...), il y a pas de syndicats, pas de... c'est transversal
- 224 B : C'est ça qui est compliqué dans les gilets jaunes. C'est qu'il y a pas réellement du « leader »,  
 225 il y a pas réellement d'objectifs, oui on a des objectifs –
- 226 B2 : Des objectifs, quand même, mais,
- 227 B : très généraux
- 228 B2 : Voilà, ils sont généraux
- 229 B : Sans globe tout, hors que là (...)
- 230 B2 : Comme si vous pouvez me permettre de parler d'un truc, c'est au niveau politique, c'est, se  
 231 l'appelle la démocratie directe.
- 232 I : Ah oui
- 233 B2 : Parce que beaucoup des gilets jaunes sont d'accord sur le RIC, référendum initiatif citoyen,  
 234 et il a été pas lié dans (...) de la main par ce gouvernement, et en fait c'est ça qu'on demande  
 235 un veut plus, autant que citoyen, comme tu l'as dit, on veut plus participer en fait. Et non pas  
 236 élire les personnes et leur donnant carte blanche pendant cinq ans, ils font ce qu'ils veulent  
 237 pendant cinq ans. Voilà. Ça c'est important. Ça ça rassemble
- 238 B : Plus actif, dans la vie politique
- 239 B2 : Ouais. Voilà, voilà. Plus présent, quoi, ouais.
- 240 I : Comme un vrai citoyen et pas

- 241 B : Ouais, que ça soit plus, bah, qu'on plus au bout de cinq ans c'est une colère qu'on peut faire  
 242 n'importe quoi, ce que tu votes, là par exemple ce loi, la loi sur l'hébergement, s'il réélu un  
 243 vote à Lyon, la serait jamais passé
- 244 B2 : Ouais.
- 245 B : C'est tout ça qui fait que... ouais, il y a un problème. Pour moi, après, (...) j'ai dit des bêtises !  
 246 Je dis pas que c'est tout, je suis encore jeune, j'ai pas... je connais pas tout hein  
 247 De mon sens, c'est trop
- 248 I : Pour nous, c'est aussi intéressant, parce que, euh, beaucoup des mouvements sont contre  
 249 l'Europe, contre l'UE. Quelle est votre opinion sur ça ?
- 250 B : Moi, l'Europe m'embête un peu dans le sens où ils se mêlent. Ça après c'est depuis que  
 251 décret hein ? Ils se mêlent un peu de tout et de rien ! Et des fois, j'aimerais bien que nos armées  
 252 ne soient pas envoyés à gauche, à droite, pour des conflits de pétrole, pour des conflits - par  
 253 exemple, les Etats-Unis vont en guerre, il faut que nous, on envoie nos armées avec eux. Pour-  
 254 quoi ? Pour quelle raison ? Je, moi ça me, ça me pose questions ! Je me dis, bah, peut-être que  
 255 c'est pas, c'est pas ce qu'on veut nous, quoi ?
- 256 B2 : Et surtout, on a fait une Europe, c'est une Europe financière. Donc, libre circulation des  
 257 capitaux, ça, ça marche bien. Ça, c'est un (...) Libre circulation des personnes, ça c'est autre  
 258 chose. Donc, c'est contre les citoyens ce qu'elle fait jusqu'à maintenant, cette Europe. Moi  
 259 j'aimerais une Europe, pour que, bah vrai par en 2005 ? On a eu voté contre, finalement par  
 260 l'espèce de
- 261 B : Le 21, non, 23 je crois, je crois là. En 2005, c'est, on était contre l'Europe, ils ont demandé  
 262 l'avis par référendum aux citoyens
- 263 B2 : Alors. Ouais.
- 264 B : Tout le monde a répondu non.
- 265 B2 : Majorité, ouais.
- 266 B : Sauf que maintenant, on est où, on est en Europe.
- 267 B2 : Ouais. Ils ont trafiqué je pense ce qu'ils ont fait, Et ils sont passés, au-dessus du vote  
 268 citoyen.
- 269 B : Voilà.
- 270 B2 : Ce sont des possédés, quoi, ce sont des possédés, quoi. C'est pour ça qu'on veut, on veut  
 271 plus de politique, plus de de- de ce que l'appelle la démocratie directe, quoi. Avec notamment,  
 272 le ce qu'on appelle le référendum révocatoire. Si un élu ne fait pas, ne fait pas ce qu'il faut, il  
 273 fait n'importe quoi, bah, autour de citoyen, on le révoque ! Il est pas élu pendant, voilà, tran-  
 274 quille, euh, et après je fais ce que je veux.
- 275 B : Les retraites aussi, ça ça m'énerve.
- 276 B2 : Bah les retraites...

- 277 B : Les retraites des présidents qui est restent à j'sais pas combien de milliers ? Moi ça me  
278 révolte !
- 279 B2 : Et les ministres, les...
- 280 B : Et on n'en parle pas de, il y en a ils se tournent les pouces comme la Nathalie là, j'ai plus,  
281 je puisse en honte famille, mais euh... Il y a Macron, il nous a envoyé à l'Union Européenne,  
282 que ça soit... Je me rappelle plus trop de détails, hein, mais, il a envoyé, donc, une ministre je  
283 crois, fin une pseudo-ministre à l'Union Européenne, pour qu'elle soit élue, je sais pourquoi,  
284 sauf que c'est pas passé, parce qu'on fait,
- 285 B2 : Ah oui, commissaire... commissaire, je sais pas, quelque chose...
- 286 B : Sauf qu'en fait, c'est un faux poste. Elle était payée cinq mille Euros par mois, pour un  
287 travail qu'elle ne faisait même pas. Fin cette, ouais, là-haut ils sont, je sais pas.
- 288 B2 : Ils sont déconnectés de la réalité en fait. Cinq milles euros, c'est énorme ! C'est énorme !  
289 Fin, je veux dire que, nous par rapport au (...), bah c'est... je veux dire que ouf, c'est...
- 290 B : Ouais, c'est
- 291 B2 : Je veux dire, ils se rendent pas comptes, quoi, ils se rendent pas comptes.
- 292 I : Alors mais, en Europe plus participative, ce serait mieux ?
- 293 B2 : Oui, fin, moi je...
- 294 I : Ou est-ce qu'il faut rester dans les nations séparées ?
- 295 B : Je serais pas vous répondre. J'ai pas réfléchi puisque ça, pour instant, j'ai un peu encore une  
296 question. Je pourrais pas mettre la réponse sur l'Europe. Tout ce que je sais, c'est on fait venir  
297 des personnes, parce que on fait des guerres ailleurs, que ces personnes viennent chez nous, et  
298 que chez nous on leur dit, on ne leur veut pas chez nous. Ça c'est un gros problème. Et ça, c'est  
299 une contrepartie pour moi, un cause entre guillemets de l'Europe, et de la politique qui met en  
300 place.
- 301 I : Mais ce n'est pas le sujet le plus importante pour les gilets jaunes ?
- 302 B2 : Non, je pense pas, fin je pense pas hein
- 303 B : Ah, pour moi ça sera important comme, même ce qu'on fait partie de l'Europe
- 304 B2 : Oui, on fait partie de l'Europe, mais ça fait pas partie des revendications dans le sens ou  
305 dans un autre, majeur, en fait.
- 306 B : Ça a pas été pensé, ça devrait.
- 307 B2 : Oui, ça a pas été pensé  
308
- 309 B : On y a pas réfléchit, il faudrait. Parce que c'est vrai que les lois qui sont votés en France,  
310 dépendent de l'Union Européenne.
- 311 B2 : Et sûr, souvent ce sont des applications des règlements Européen

- 312 B : Exactement.
- 313 B : Merci, il faudrait qu'on y pense plus sérieusement (rit)
- 314 (Tout le monde rit)
- 315 I : C'est pas le but, ouais
- 316 B : Non mais c'est génial, ouais ça...
- 317 B2 : Bah oui
- 318 B : C'est important débat.
- 319 B2 : Ça prend du temps
- 320 I2 : Merci à vous !
- 321 B2 : Merci à vous !
- 322 I : Qu'est-ce qui se passe maintenant ? C'est toujours comme ça, qu'on se rencontre ici et après
- 323 B : Alors, on est là – voilà normalement, c'est 14 heures, généralement,
- 324 B2 : 14 heures, ouais.
- 325 B : Là il y a pas beaucoup de monde et après, on marche. On fait une marche jusqu'à... Jusqu'à
- 326 qu'on puisse. Parce que les forces de l'ordre souvent nous arrêtent.
- 327 I : Ouais.
- 328 B : Et voilà.
- 329 I : Nous étions tellement surprises l'autre samedi de voir ça, mais après, j'ai appris que, alors,
- 330 les manifestations ne sont pas...
- 331 B : Déclarés ?
- 332 I : Oui, déclaré ou...
- 333 B : À la préfecture
- 334 I : autorisé ?
- 335 B : Oui. En fait...
- 336 I : Et c'est pourquoi les policiers vous arrêtent ?
- 337 B : Oui.
- 338 I : C'est la raison ?
- 339 B : Oui.

- 340 B2 : Il y a des périmètres interdits aussi, le préfet fait ce qu'il veut en fait, là. Et il décide les  
341 périmètres, par rapport la Presqu'île, c'était longtemps interdit en fait. Il mettait des périmètres  
342 de rues en fait dans laquelle on n'a pas le droit d'aller. Et c'est pour ça que les forces de l'ordre  
343 bloquent les rues. Et qu'est-ce qu'on peut faire, bah, après... Si on allait à la confrontation,  
344 souvent
- 345 B : Oui, c'est ce qui se fait
- 346 B2 : C'est ce qui se fait... On ne pourra rien faire d'autre
- 347 I : On vous a gêné toute la journée
- 348 B : Il y a pas de soucis, c'est un bon moment !
- 349 I : Merci beaucoup
- 350 I2 : Merci beaucoup
- 351 B : J'espère que ça va vous aider
- 352 I : Beaucoup, oui.

**Interview 05**

Interview	05
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	30.11.2019, Place Bellecour, Lyon
Dauer	5:21min
Geschlecht der befragten Personen	Weiblich, ~45 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin      B = befragte Person

(...) = unverständlich

- 1 I : Au premier, pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?
- 2 B : Bon, nous, on manifeste depuis le début pour obtenir le RIC, le Referendum initiatif Ci-
- 3 toyen. Voilà.
- 4 I : C'est le referendum... ?
- 5 B : Initiatif Citoyen.
- 6 I : C'est ça, c'est euh...
- 7 B : C'est un nouveau droit civil. C'est, voilà, une des revendications principales ou la revendi-
- 8 cation politique des gilet jaunes. (... ?)
- 9 I : Et c'est aussi votre but majeur politique ?
- 10 B : Oui.
- 11 I : Obtenir le RIC ?
- 12 B : Oui.
- 13 I : Quels médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour obtenir les informations ? Pour les
- 14 manifestations ?
- 15 B : Pour les manifestations, en général, c'est publié soit sur les listes de diffusion entre nous,
- 16 soit sur Facebook, qui n'est un outil idéal du tout, mais qui est utilisé beaucoup, donc on s'in-
- 17 forme aussi là-dessous.
- 18 I : Il nous semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée entre les gilet jaunes ?
- 19 B : Non, c'est sûr, c'est le bordel (rit), c'est pas structuré.

20 I : Est-ce que c'est un avantage ou un désavantage ?

21 B : Bah- non- Le mouvement cherche à se structurer en ce moment, mais c'est très compliqué  
22 parce qu'on cherche vraiment une structuration démocratique, pour le coup, et ça, ça se fait  
23 pas du jour de lendemain, il faut vraiment du temps pour mettre ça en place, et c'est vrai que  
24 même après un an du mouvement, c'est toujours (quand presse / temps presse). Mais on  
25 cherche... on cherche des solutions et cela progresse, il y a plein d'idées qui se forment vous  
26 assemblée citoyen qui sont en train de se monter, euh, bah on cherche des solutions, mais la  
27 démocratie ça prend du temps. Ça prend, ça prend du temps, c'est compliqué.

28 I : Les revendications des gilet jaunes, sont-elles représentées dans une manière juste dans les  
29 médias ? A votre avis ?

30 B : (Rit) bah non, pas du tout, dans les médias mainstream euh on entend ( ?) que les gilet  
31 jaunes n'ont pas les revendications claires, alors qui est, c'est très claire, on a le RIC, revendi-  
32 cation politique, on a des, on demande des mesures de justice sociale, alors cela c'est pas en-  
33 core très défini... Et des mesures de justice fiscale. Voilà. Ça c'est deux ou trois des revendi-  
34 cations principales des gilet jaunes, dont la revendication principale, qui est claire, la pre-  
35 mière, la revendication politique qui est le RIC.

36 I : Alors, je ne veux pas vous déranger trop parce qu'on bouge.

37 B : Oui

38 I : Une question, dans le spectre politique, où est-ce que vous êtes située ? à gauche, à droite,  
39 n'importe où ?

40 B : Alors, la caractéristique des gilet jaunes, c'est que justement, se situe pas dans ce, dans la  
41 politique classique. Moi, je suis ni de droite, ni de gauche, mais pas à Macron, c'est de dire  
42 que on se reconnaît pas à les partis politiques traditionnels.

43 I : Et quel rôle est-ce que Macron joue dans le mouvement ? Le personnage ?

44 B : (Rit) Macron, il a cristallisé sur lui tout le rejet de politique, parce qu'il y, il y allait vrai-  
45 ment, il a mis un coup d'accélérateur à toutes les réformes, les anti-réformes. Depuis trente  
46 ans maintenant, il a cristallisé sur lui voilà toutes ces colères. Mais euh voilà, il a apporté au-  
47 cune réponse politique, il est que dans la répression, voilà. Et, il est pas du tout... On attend  
48 rien de lui en fait.

49 I : En parlant de la répression, qu'est-ce que vous pensez de la violence entre les policiers et  
50 les manifestants ?

51 B : Et bah, on a subi depuis un an, c'est euh.. On était à Paris pour les un an des gilets jaunes,  
52 c'est fait agressé par la BAC, surtout la BAC qui est extrêmement violent avec nous. Il y a  
53 quelques agitateurs qui sont vraiment minoritaires dans le mouvement et euh, on se sert de ça  
54 pour leur réprimer de façon absolument scandaleuse. Voilà.

55 I : C'est un problème, la minorité qui est violente ?

56 B : Oui, c'est un problème, parce que ça fait le jeu du gouvernement du coup, ca, ca... On  
57 passe que ça dans les médias, on ne voit plus du tout, enfin. C'est tout ce qu'on montre dans

- 58 les médias en fait. Voilà, la violence, les gilet jaunes, alors que la violence poursuit nous !  
59 Elle est extrêmement forte, la répression est scandaleuse aux avis des gilet jaunes.
- 60 I : Vous avez le but du RIC, est-ce que vous pouvez décrire un peu votre relation avec l'état ?
- 61 B : Ce qu'il y a, c'est que politiquement, on n'existe pas, nous, les gens en bas, on a aucune  
62 existence politique, aucun droit politique, les seuls droits qu'on a, c'est se manifester, le droit  
63 de grève, il y a aucune initiative citoyenne au niveau de l'état qui est en place, et donc le  
64 peuple n'est pas souverain alors que la démocratie, c'est la souveraineté du peuple. Est c'est  
65 ce qu'on réclame, la souveraineté du peuple.
- 66 I : C'est ça ! Vous nous avez beaucoup aidé. Merci beaucoup !
- 67 B : Bah merci.
- 68 I : Bonne journée, au revoir !
- 69 B : Bonne journée.

## Interview 06

Interview	06
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	05.12.2019, Gare de Brotteaux, Lyon
Dauer	10:33min
Geschlecht der befragten Personen	Männlich, ~40 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin      B = befragte Person  
 (...) = unverständlich

- 1 I: Pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?
- 2 B : Moi je manifeste parce que c'est... Je manifeste depuis un an dans les manifestations des  
 3 gilet jaunes. Les samedis avec un (sécure d'interruption). Et comme là, dans le contexte actuel,  
 4 qu'il y a des manifestations en semaine unitaire, et bah, c'est le prolongement logique, et là  
 5 ensemble, aujourd'hui peu mais récent en familial c'est une convergence de luttes les samedis.  
 6 Dans l'attente de lundi prochain de la, de la nouvelle des manifestations en suivant (...)
- 7 I : Alors, et quel est votre but, le but politique cette manifestation ?
- 8 B : Bah, il y a un an que les gilet jaunes (...) les revendications terrestres qui s'entraînent de  
 9 l'énergie, en fait on est vraiment sur le départ sur un choc société qui est différent parce que  
 10 les classes populaires, les classes moyennes souffrent beaucoup en France. Et c'est ces genres-  
 11 là qui s'entraînent dans la rue, voilà. Moi je fais pas partie de ces groupes, mais je peux m'ap-  
 12 procher venant d'une (...) similaire.
- 13 La question, c'était quoi ?
- 14 I : Le but de...
- 15 B : Voilà, donc, du coup, comme il y a eu une première réforme en temps enseignant on a une  
 16 forme qu'on a appelé la loi bancaire qui a été assez active, très suivie en printemps dernier. Et  
 17 là on se retrouve dans une réforme qui concerne tout le monde, c'est la retraite, donc euh ...  
 18 Maintenant c'est vraiment euh, c'est vraiment quoi le mouvement dans une lutte Anti-Macron,  
 19 pour la retraite évidemment au-delà et pour moi un titre perso dans le cadre que moi je suis  
 20 enseignant, on est aussi dans la défense de notre (...) aussi parce que là il y a aussi des négo-  
 21 ciations qui s'entraînent de se faire administrer ? Et pour l'instance c'est garder donc il va falloir  
 22 que on entraîne de mobiliser toute notre colloque sur la terre aussi
- 23 I : Et quels médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour trouver vos informations ?

24 B : (...) On a plus qu'un, on a éliminé France Culture, c'était le seul qui restait. On n'a pas la  
 25 télévision (...). Maintenant le média qui nous intéresse (média ouvertement de gauche), sub-  
 26 jectif mais honnête et qui invite (...) très ouvert. On retrouve (...) depuis 1980 en France  
 27 Que ce soit internet eh c'est tous les jours alors j'invite tout le monde à lire ça (...)

28 I : Il nous semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée entre les gilets jaunes. Est-ce  
 29 que c'est un avantage où un désavantage ?

30 B : Euh oui c'est, non, pour moi c'est un avantage euh, parce que moi je connais, euh bon, on  
 31 connaît les manifestations qui sont organisées par les syndicats. Moi je suis moi-même syndiqué  
 32 hein. Donc c'est très intéressant parce que ça neuf une puissance que les gilets jaunes ne peuvent  
 33 pas avoir. Par contre d'un niveau symbolique, les gilets jaunes c'est très important. Ils ont un  
 34 esprit libertaire, horizontale, peut-être moins de structuré, et ce qui proposé comme un désa-  
 35 vantage a eu un impact très important sur les organisations syndicales. Vraiment, très fort.

36 I : Les revendications des gilet jaunes, sont-elles représentées dans une manière juste dans les  
 37 médias ?

38 B : Les revendications, elles sont très très étendues là. On est dans la défense, dans le service  
 39 public, les lois sociales qui protègent les salariés, et donc en fait on est (...) puisque là, les lois  
 40 de... la loi de la retraite est symbolique, elle est représentative de la politique de Macron qui  
 41 est vraiment libéral, capitalistique et bah les effets du capitalisme du récent à aujourd'hui c'est  
 42 très très violent pour une grande partie de la population, donc, c'est la même chose. Qu'on parle  
 43 des interruptions ici, c'est les mêmes revendications parce qu'en fait c'est des nouveau (...)  
 44 d'évaluer, du même politique la restriction de jet air, de nous en concurrence au niveau français  
 45 et au niveau européen. Donc, c'est les mêmes choses en fait. En fait c'est un bloc, on entraîne  
 46 de combattre.

47 I : C'est une question personnelle, mais, dans la spectre politique, classique, où est-ce que vous  
 48 êtes situés ? Vous êtes à gauche, à droite ?

49 B : Bah, moi je suis à gauche forcément, je fais, je participe à la politique La France Insoumise  
 50 il y a douze ans et demi, euh, moi je suis, j'ai une tendance très écologiste, écologiste comme  
 51 les allemands, hein. Et oui en fait en France, le candidat qui présentait bien ça, à la fois la  
 52 sociale, le social et écologie c'est, c'était Mélenchon il y a deux ans et demi. Euh, donc moi je  
 53 suis pas sectaire, j'essaie d'être opportuniste dans le sens où il faut aller là où on puisse revenir.  
 54 Et à l'avenir, (...) c'est une alliance avec, j'espère avec les écolos, les (...) socialistes et la  
 55 France Insoumise avec les communistes et cetera et cetera. Et moi c'est ce que choix parce qu'il  
 56 faut être, il faut faire front face à une classe bourgeoise qui est très soudé et qui est très arrogant.  
 57 Donc moi en tant de personnelle je suis dans un syndicat de gauche, évidemment, je suis pas  
 58 dans un parti, par contre je crois le devenir parce que avec la tendance des gilet jaunes dont je  
 59 parlais tout à l'heure un parti libertaire, et bah moi, par exemple le NPA, le Nouveau Parti  
 60 Anticapitaliste, anticapitaliste quoi, parce qu'ils portent cette revendication frontale (...)

61 I : Et la question de la violence, qu'est-ce que vous pensez de la violence, la confrontation entre  
 62 la police et les manifestants ?

63 B : Bah moi, titre personnelle, je suis pas violent, je reste petite heure, fin, (...) mais je n'y suis  
 64 pas. Je suis pas contre la violence parce que j'irai pas les moi-même dégradé des biens ou ail-  
 65 leurs (...) confronte la police tout simplement parce que c'est cynique hein, il y a que de ça et  
 66 vu que je suis en poste de fonctionnaire (...) mais euh, mais sur le font de la violence, il y a  
 67 vraiment des équilibres, c'est-à-dire que la poli – fin (...) on est, c'est la honte du mouvement

68 actuellement et depuis un an. Je peux vous faire des listes des (...) des (...), fin, c'est vous  
 69 délire, la police est (...), on est vu tous les samedis et euh, la violence (...) policier est très  
 70 important, elle est inacceptable. J'espère bien qu'un jour à l'avenir il y aura une chute judiciaire  
 71 à toute ça – pour les responsables politiques et pour les personnes identifiées parce que souvent  
 72 encore, signes les policiers qui sont clairement identifiés à exacte hors norme, hors légale, fin  
 73 pas légal et qui ne sont pas poursuivis. On a les préoccupants. Et à point de vue social, la vio-  
 74 lence, c'est extrême. Je pense que c'est le même en Allemagne, en ailleurs en Europe hein ? La  
 75 violence elle est extrême. Dans les écoles euh, la violence, elle se traduit par un manque de  
 76 personnel un manque des moyens pour équiper les élèves, à l'hôpital, c'est absolument flagrant  
 77 (...). Et les enfants à Paris là euh, il y avait une anecdote, la semaine dernière bah si un bébé  
 78 (...) pédiatrique, qui n'ont pas de place qui parte en ambulance à deux heures de Paris hein...

79 I: A votre avis, quel est le rôle de la personnage Macron ?

80 B : Bah, bah, Macron il est... Moi, avant les élections, j'ai entendu un Psychiatre qui, (...) un  
 81 type de gauche qui (...) on l'analysait comme psychopathe. Moi je le transfère avant les élec-  
 82 tions que c'est une personne intelligente mais il est psychopathe parce qu'il est... il est absolu-  
 83 ment coupé, il fait partie de cette classe dirigeante (...) il a bien choisi aujourd'hui parce que,  
 84 parce que il est absolument dès la réalité complet, il a un manque total de culpabilité par rapport  
 85 de ce se passe. Il me fait penser aux cadres de France Telecom, il y a quelques années en France,  
 86 mais été jugé il y a quelque mois en France qui fait face devant les juges à les susceptibles, une  
 87 dizaine de personnes (...) de France Telecom et qui sont de manière absolument incroyable en  
 88 disant devant les familles des victimes : on avait des obligations selon l'entreprise. Et donc la  
 89 balance entre les susceptibles, les salariés et des objectifs comptables : leur choix est fait et sans  
 90 émotion. Et Macron fait partie de ces gens-là.

91 I : En pensant de Brexit, qu'est-ce que vous pensez du rôle de la France dans l'Union Euro-  
 92 péenne ?

93 B : Bah, moi, par rapport à le programme politique de la France Insoumise que j'ai suivi euh,  
 94 je suis anti-européen, mais je crois on est pas anti-européen, fin moi personnellement je suis  
 95 pas anti-européen. Je suis anti Europe libérale. Donc euh, par exemple moi après je vais pas  
 96 vous décliner les revendications mais, euh, un vrai parlement européen, une vrai, ça veut dire  
 97 un vrai démocratique, pas de commission européenne et, un retour au prérogative étatique par  
 98 certaines domaines, notamment euh, notamment par exemple tout ce qui n'est pas écologique  
 99 il faudra que chacun on a un objecte sans être logis sur l'Union Européen, comme l'Allemagne,  
 100 alors que on est sujet sensible comme ça et aussi par ailleurs sur la défense des secteurs pu-  
 101 bliques et le transport et la santé et l'éducation, on devrait un citoyen frustré (...) la main. Donc,  
 102 là, le problème c'est qu'on n'a pas la main. On n'en a plus ! Donc, de ce moment, je suis anti-  
 103 européen. Mais une Europe humaniste, une Europe démocratique, oui ! Mais elle n'existe pas.

**Interview 07**

Interview	07
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	05.12.2019, Gare de Brotteaux, Lyon
Dauer	7:04 min
Geschlecht der befragten Personen	Männlich, ~25 Jahre, weiblich, ~25 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin    B = befragte Person    B2 = beistehende Person  
 (...) = unverständlich

- 1 I : Premièrement, pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?
- 2 B : C'est les... C'est la défense des retraites. Pour la, c'est la réforme en France euh, ils vont
- 3 changer le système de retraite. C'est facilement ça.
- 4 I : Et c'est aussi le but principale politique pour manifester ?
- 5 B : Pardon ?
- 6 I : C'est aussi votre motivation première euh
- 7 B : De manière générale ou aujourd'hui spécifiquement ?
- 8 I : Juste aujourd'hui.
- 9 B : Ouais, aujourd'hui spécifiquement.
- 10 I : Quels médias ou réseaux est-ce que vous utilisez pour gagner des informations sur le mou-
- 11 vement ?
- 12 B : Moi, rébellyon. Rébellyon, c'est un site spécifique à Lyon, un site internet (...)
- 13 I : Et comment est-ce que vous communiquez avec les autres ?
- 14 B : Bah... ça dépend. Soit on se retrouve, soit... Bah en générale on vient avec des copains,
- 15 donc euh. Ah, on communique par euh le fait de se retrouver et de se donner rendez-vous quoi.
- 16 I : Est-ce que vous utilisez aussi Facebook ?
- 17 B : Non. Fin, je l'utilise mais pas forcément pour ça.
- 18 I : Alors, il nous semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée dans le mouvement.
- 19 Est-ce que c'est vrai ? Est-ce que c'est un avantage ou un désavantage ?

20 B : Pour les mouvements pour les retraites en particulier ?

21 I : Pour les gilets jaunes.

22 B : Pour les gilets jaunes. Bah, ouais, pour les gilets jaunes ouai, c'est un peu différent. Mais là  
 23 pour le mouvement en ce moment, c'est surtout pour les retraites et il y a pas mal de syndicats  
 24 alors aujourd'hui, les syndicats ils sont pas là. Même s'il y avait un appel euh un peu plus, fin  
 25 il y avait un appel euh inter euh... inter lutte donc normalement c'était un peu pour tout le  
 26 monde mais... De manière générale pour les gilets jaunes est-ce que... Ouais si c'est... Je vou-  
 27 drais pas dire si c'est un avantage ou un désavantage, c'est juste différent, donc euh... C'est  
 28 vrai que par exemple les syndicats l'avantage de l'organisation syndicale c'est que ça ramène  
 29 pas mal de monde. Après, ça limite vachement les modes d'action, quoi. C'est très euh... c'est  
 30 très strictement cadré. Avec les gilets jaunes on a plus de... bah plus de modes d'actions variés.  
 31 Mais... après, du coup la répression, elle est aussi différente quoi. Entre gilet jaunes, au syndi-  
 32 cat, non purement syndicale, en générale c'est un peu plus, voilà c'est un peu plus cadré, c'est  
 33 un peu plus toléré quoi.

34 I : Et aujourd'hui c'est un mélange des différents mouvements ?

35 B : Bah là, tu vois il y a les, bah il y a les gilets jaunes, là-bas il y a La France Insoumise, ah  
 36 bah il doit y avoir des anarchistes quelque part... Bon après, ouais, les syndicats sont pas trop  
 37 là mais normalement ou peut-être ils, on a quelques-uns qui se cachent. Donc euh, c'est mélangé  
 38 mais là ouais il y a plutôt gilets jaunes j'ai l'impression.

39 I : Et c'est une solidarité entre les mouvements ?

40 B : (Pause) Il faut essayer, quoi... après...

41 I : Parce que pour moi j'ai pensé que pour les gilets jaunes c'est important de ne pas être associé  
 42 avec les syndicats, avec les parties et pour moi, ça me semble un peu...

43 B : À l'origine, ouais. À l'origine ouais, mais, après euh... Bah maintenant tout le monde réalise  
 44 un petit peu que t'a besoin aussi d'être euh... massivement euh... présent donc euh finalement  
 45 euh il faut un petit peu aussi euh... accepter. Après je pense que les gilets jaunes, ils ont cons-  
 46 cience aussi que le fait d'être rejoint par des gens qui sont syndiqué ou politisé dans des mou-  
 47 vements, ça, déjà ça ramène du monde. Et en plus, bah justement ça permet de, qu'on dire  
 48 d'avoir un mode d'organisation qui permet, bah qui permet d'éviter aussi euh une répression,  
 49 bon, même si il y en a toujours mais ça limite un petit peu le dégât quoi.

50 I : Au sujet des répressions, de la violence, qu'est-ce que vous pensez de la confrontation et la  
 51 violence entre les policiers et les gilets jaunes ? Juste personnellement.

52 B : Bah, personnellement, c'est n'importe quoi, c'est la merde. Fin, les gens ils se font blessé  
 53 ultra gravement euh, bah c'est absolument pas normal quoi.

54 I : Et à votre opinion, c'est l'initiation de quel parti ? C'est pas claire ?

55 B : Qui sait qui commence ?

56 I : Oui.

57 B : C'est ça la question ?

58 I : Oui.

59 B : Ahhh, pff, le truc c'est qu'en fait, même si c'est les manifestants qui commencent, dans tous  
60 les cas les maintiens de l'ordre, ils devaient pas passer par le fait de mutiler les gens quoi. Il y  
61 a beau, il y a plein d'exemples. Il y a des gens qui font absolument rien et qui se font... et qui  
62 se font réprimés, qui se font arrêtés, qui se font blessés. Donc ouais, bien sure euh... souvent  
63 euh, bah souvent ça s'agit dans la manifestation, ça commence à gazer euh, et bon voilà. Il  
64 faudrait pas que ça... Il faudrait que ça puisse monter à un biveau au-dessus de ça quoi. Et c'est  
65 difficile à dire hein.

66 B2 : Ils sont (...) formé quand-même. La police est (...) formé au maintien de l'ordre. Les  
67 manifestants, c'est des civiles, c'est très différent. Donc euh, le fait qu'il dérape c'est inaccep-  
68 table. C'est pas le même contexte, quoi.

69 B : Vous voulez avancer ou... ?

70 I : Juste une petite question sur le personnage de Macron, quel rôle est-ce qu'il joue dans ce  
71 mouvement ?

72 B : Dans le mouvement des gilet jaunes ?

73 I : Oui.

74 B : Bah, je sais pas, c'est un peu Satan, quoi. C'est un peu le... Fin là, ouais (...) Parce que  
75 quand-même... Il a réellement (...) quoi. Mais je pense que pour les gilet jaunes... Après moi  
76 je suis pas gilet jaune donc euh, je peux pas trop dire ça quoi mais... Bah je pense c'est...  
77 Comme c'est le président, et c'est quand-même un président qui décide de beaucoup de choses  
78 et qui a une vision assez euh... assez monarchique, assez autoritaire de pouvoir. Bah c'est clair  
79 que c'est une cible quoi. Ça présente vraiment un symbole et une cible de... bah de... ouais du  
80 mode de la reine. Pour les gilets jaunes, quoi.

81 I : Merci beaucoup !

## Interview 08

Interview	08
Name der Interviewerin / Assistenz	Sonja Molina / Patrik Winkelmann
Zeit und Ort der Durchführung	05.12.2019, Brotteaux, Lyon
Dauer	20:26 min
Geschlecht der befragten Personen	weiblich, ~60 Jahre, männlich, ~35 Jahre
Gesprächsmodus	Face to face
Transkriptionssystem	Vollständig, Transkription in Standard-Französisch, verbale und paraverbale Äußerungen

I = Interviewerin    I2: Assistenz    B = befragte Person    B2 = beistehende Person  
 (...) = unverständlich

- 1 I : Premièrement, pourquoi est-ce que vous manifestez aujourd'hui ?
- 2 B : On manifeste parce qu'on est en train de perdre tous nos droits. En France, on avait pas mal  
 3 de droits, qu'on avait conquis avec des grèves, avec des... des actions collectives. Au fil du  
 4 temps on a conquis des... quand-même une sécurité sociale, une couverture aussi bien de ma-  
 5 ladie que pour la retraite qui était pas mal ! Mais on a un président qui veut tout casser ça et qui  
 6 veut nous ramener au plus bas niveau. Donc, on, bah, on réagit, quoi. On veut pas perdre tous  
 7 nos acquis, tout ce qui était bon ? Dans la France qu'elle était un modèle ! Elle est... Il est en  
 8 train de nous redescendre au niveau de... le pays les plus... les pays les moins sociaux. Donc,  
 9 c'est pour ça qu'on est dans la rue. Alors, maintenant, c'est sur la rec... la retraite ! Mais il y a  
 10 pas que pour la retraite ! Parce que tout ce qu'il fait, c'est pour baisser les droits sociaux des  
 11 gens. Après la retraite ça serait une insécurité sociale qu'il va privatiser parce que son rêve c'est  
 12 de donner tout ça aux assurances privées ! Parce que c'est ses sponsors hein. Il a été... Il était  
 13 parti euh... Il est parti élu, n'étant pas connu. Depuis tous les médias ont fait beaucoup pour  
 14 lui. Pourquoi ? Parce que les médias, ils appartiennent à nos oligarques. Et donc, ils ont fait  
 15 beaucoup plus et ça marchait malheureusement. Il était jeune, il était beau, fin (rit). Il savait  
 16 raconter des histoires ! Donc les gens, bah, ils leur élu pourtant c'était, c'était préavisé le qu'il  
 17 allait faire ça, hein. Il avait, en gros, dit, c'était du libéralisme (...) qu'il voulait faire. Et là bah  
 18 même a déjà fait quand il était en gouvernement précédent de Hollande. Donc, c'était pas une  
 19 surprise pour les gens qui, qui croyaient pas toutes les mensonges qu'il disait. Voilà !
- 20 I : Dans le spectre politique, ça c'est personnellement, euh, où est-ce que vous êtes situées ?
- 21 B : Ah bah moi je suis... Je vote, je suis pas dans un parti mais je vote France Insoumise.
- 22 I : C'est à gauche.
- 23 B : Oui, c'est à gauche.
- 24 I : Quels médias est-ce que vous utilisez pour communiquer...

25 B : Alors, moi je suis abonnée à Mediapart. Mediapart c'est un média en ligne. Et j'y suis prin-  
 26 cipalement parce que c'est un média participatif où on peut mettre des commentaires. Donc  
 27 moi, j'ai ouvert un blogue qui s'appelle comme c'est écrit là (zeigt auf Aufschrift auf ihrer  
 28 Weste) : « pourlavenir » en un seul mot et où je mets mes idées. Mes idées. Donc, je vous  
 29 appelle à aller justement sur mon blogue parce que j'ai mis récemment deux billets. Un sur la  
 30 violence policière parce que il y a... C'est jeudi dernier, j'ai... J'ai assisté au tabassage à mes  
 31 pieds d'un jeune. Ils m'ont passé un (...) tabassé à la... C'est un miracle que qu'il est pas eu  
 32 quelques (...) cassés, mais il y a eu un autre, qui était tabassé après qui a perdu ses doigts. Enfin  
 33 c'est pas celui-là, mais ils ont tabassé par ailleurs. A mes pieds dans un rond-point. Donc j'ai  
 34 fait un billet sur l'usage de la police par Macron. Et puis, j'ai au- Là, hier, j'ai fait une lettre  
 35 ouverte aux syndicats parce que en ce moment, le premier ministre a dit aux syndicats, mais,  
 36 « ma porte est ouverte, venez me faire des propositions ». Alors j'écris aux syndicats qu'il y a  
 37 un moyen, un moyen très simple : de financier la protection sociale en France, pour les retraites,  
 38 c'est simplement de faire cotiser les entreprises sur le travail au lieu de... sur le capital – je  
 39 veux dire : on lutte sur le travail. Parce que pour l'instant tout repousse sur le... les employés,  
 40 les salaires. Seulement les entreprises maintenant, elles achètent des robots, elles, fin, de plus  
 41 en plus des choses qui coutent du capital – mais – et qui va permettre de faire des gagnes de  
 42 productivité très importante. Le problème c'est il y a une productivité, ils vont que les action-  
 43 naires. Ils vont pas aux salariés parce que on est pas augmenté. Alors qu'ils devraient au mini-  
 44 mum financier la protection sociale parce que les robots, ils mettent des gens au chômage. Donc,  
 45 j'appelle les syndicats à aller faire ses propositions au premier ministre et d'un autre côté,  
 46 comme ça... ça serait une révolution hein ? Donc euh, ils obtiennent (...) comme ça, il faut la  
 47 pression de la rue et la pression que j'ai dit qu'elle a plus forte : C'est la pression de la consom-  
 48 mation. Face que les gens... Ce qui fait marcher le système, c'est la... dans la société de con-  
 49 sommation, c'est d'acheter, d'acheter, d'acheter toujours. Alors, je leurs demande aux syndicats  
 50 de lancer la grève des achats de Noël. C'est-à-dire tous les produits de Noël, les cadeaux, la  
 51 bonne bouffe, ne pas y acheter cette année. On signe qu'on fait descendre les chiffres d'affaires.  
 52 Et si les dividendes des entreprises tombent et si la (...) c'est la (...) qui fait marcher les termes.  
 53 Si la (...) tombe, ils se rendent des jeunes lâchés. Donc, plus on ferait à ne plus consommer  
 54 pour les fêtes et plus ça ferait pression pour qu'ils abandonnent cette... cette réforme qui est  
 55 une contre-réforme. Et qui prendrai celle que... que proposeraient les syndicats s'il la (...)  
 56 Voilà.

57 I : Et vous avez déjà parlé un peu sur les violences entre les policiers et les manifestants. Quelle  
 58 est votre impression de ça ?

59 B : Et bah là, vous avez, c'est ce que je vous ai dit ! J'ai fait un billet là-dessus ! C'est des...  
 60 Les manifestants sont absolument non-violents ! C'est la police ! Qui provoque ! Ils provoquent  
 61 des paniques, ils provoquent les gens en (...) ! Donc du coup les gens qui sont pris dans la  
 62 nasse, bah ils s'énervent ! Alors ils ramassent les trucs de grenade et depuis ils les... il les  
 63 relancent. Voilà ! Alors ils disent que ça c'est les manifestants mais c'est la police qui com-  
 64 mence. Et là, le jeune qui s'est fait tabasser à mes pieds, il était pas en train de quoi que ce soit,  
 65 ils l'ont pas arrêté pour aller lui, lui faire un juge parce qu'il a fait quelque chose. Non, ils l'ont  
 66 tabassé ! C'était simplement pour qu'il ne vienne plus dans une manifestation ! C'est un truc  
 67 d'intimidation.

68 I 2 : Comment est-ce que la police commence avec la provocation ?

69 B : (...) Vous avez une place. Vous avez des gens dans la place et vous avez des rues tout le  
 70 tour avec des gens, avec des policiers à chaque ouverture de rue.

71 I 2 : Oui.

72 B : Ça veut dire que vous pouvez pas passer. Vous pouvez pas sortir. Et là, ils commencent à  
 73 vous gazer, à vous envoyer des grenades lacrymogènes, à vous envoyer des grenades, du coup  
 74 à des... Les gens, ils se mettent à courir à tous les sens et parmi ceux qui sont dedans, il y en a  
 75 qui disent : » ça peut pas aller ! » Alors ils ramassent les trucs par terre et ils répondent. Alors  
 76 après ils disent, ah bah ouais ! C'était violent ! Ah ouais ! Ils ont relayé une poubelle ou je sais  
 77 pas quoi. Mais la plupart du temps, c'est purement défensif. Alors, il peut y avoir des excep-  
 78 tions, mais les exceptions, j'ai l'impression que c'est des provocateurs. C'est des gens qui sont  
 79 payés pour casser parce que ça arrange, ça arrange le pouvoir qu'il y a des casseurs. Parce que,  
 80 la plupart des manifs (...) bien gentil. S'il y a pas de provocation de la police, tout se passe  
 81 bien. Mais un moment, (...) j'espère qu'ils ne feront pas aujourd'hui, mais un moment ils vont  
 82 nous encercler, et nous gazer. Et là, bah ça, il y a de changes que ça dégénère. Ah vache, je  
 83 souhaite que vous soyez pas pris dedans, mais vous pourriez argumenter que vous êtes pas  
 84 français ! (Rit) Mais vous savez quand ils ont le lacrymo et les flashballs, hein, les BD, ils voient  
 85 pas si vous êtes allemands ou si vous (...), certes. Ils tirent longtemps et puis ça tombe. Et bah  
 86 ça tombe sur qui ça tombe. Alors euh, c'est pour ça que... (frappe à son casque)

87 I: Il me semble qu'il n'y a pas une organisation très structurée entre les gilet jaunes. Est-ce que  
 88 c'est un avantage ou un désavantage ?

89 B : Bah, c'est pas un avantage si on veut faire du réel... Le mouvement, bon, c'est un avantage  
 90 dans le sens que ça permet à (...) gens qui juste à présent n'étaient pas engagés. Bon moi, j'ai  
 91 (...) hein. Mais il y a beaucoup de gens qui n'ont jamais avant bougé et qui ont décidé, c'est  
 92 pas un mouvement de politique, c'est un mouvement, donc, je peux y aller, je peux m'engager.  
 93 Et à partir de, du mouvement, ils ont compris qu'il y avait beaucoup de choses qui... c'était de  
 94 la politique, donc il faut réfléchir politiquement, il suffit pas de dire « je suis pas d'accord », il  
 95 suffit, donc ils ont construit des propositions, notamment le RIC, là le Référendum Initiatif  
 96 Populaire, euh, populaire, citoyenne, parce que populaire c'est du gouvernement. Donc euh à  
 97 partir d'un mouvement, qui au départ était très pratique sur la vie de tous les jours, les gens ont  
 98 réfléchi à pourquoi c'était comme ça et du coup ils ont été chercher des solutions que certains  
 99 avaient déjà pensé hein. Mais enfin euh, nous en impliqué un petit peu partout. Et puis on fait  
 100 un program, alors maintenant il y a un program dans les (...) général. Ils ont réussi à faire des  
 101 programmes bien structurés. Au départ, le départ, non on échange de quelque part hein, c'était,  
 102 bah, le ras le bol, le ras le bol. Mais maintenant je pense que le relai doit être pris par les syndi-  
 103 cats. Je pense que maintenant, ça doit embrouiller par un mouvement syndical et politique de  
 104 plus en plus. Parce que tout dépend de la politique en fait hein c'est pas... On peut être mille  
 105 fois dans la rue, mais si on n'a pas la possibilité de passer des lois ou autre, ça changera pas.

106 I : Dernièrement, euh, les revendications dont vous avez déjà parlé, comment sont-elles présen-  
 107 tées dans les médias, est-ce que c'est...

108 B : Très mal ! (Rit)

109 I : C'est une manière juste ou pas ?

110 B : Non, très mal. C'est complètement... Médiatiquement c'est honteux comme secondaire.  
 111 Les violences policières, ils ont attendu trois mois de violence policière pour commencer à en  
 112 parler. (...) Fin, quand. Exemple. Le dernier date. Je l'ai dit, jeudi dernier, il y a eu un tabassage  
 113 bon. Le jeune qui s'est fait tabasser à mes pieds mais sur lui on va pas parler. Mais il y a le  
 114 jaune qui s'est fait casser cette (...) sur la place Bellecour. (...) ça été filmé ! C'était

115 photographié ! On a pris les policiers en train de le battre. Eh bien les médias, ils étaient obligés  
116 d'en parler, mais ils ont dit, « ah, un manifestant accuse la police de l'avoir frappé. »

117 I : Ahh...

118 B : Vous voyez la différence, je sais pas si par rapport à votre langue vous voyez, mais, c'est  
119 toute la différence. Ils ont pas dit : « Un manifestant s'est fait casser cette (...) par les poli-  
120 ciers ». Ils ont dit : « Il accuse ! » Alors que ça était filmé ! Vous pouvez, sur internet, on voit  
121 pas gros choses parce que on voit les... un groupe de policiers qui (...) un homme. Mais quand  
122 il est sorti il avait les doigt cassés hein. C'est pas lui qui s'est cassé les doigts... tout seul !  
123 Voilà ! C'est un exemple pour... pour vous faire voir comment elles sont, les médias. C'est  
124 systématiquement, ni un doute. Alors soit c'est une réunion par le port, soit, quand c'est trop  
125 gros et que c'est obligé d'en parler, ils en parlent d'une manière négative, déformée.

126 I : Et c'est une décision de qui et pourquoi ?

127 B : Pourquoi ! Bah parce que les tous les journaux appartiennent à des oligarques ! Alors pour-  
128 quoi un homme d'affaires achète un journal qui coute de l'argent ? C'est pas parce que ça rap-  
129 port de l'argent, il aime gagner d'argent, mais non ! C'est parce qu'avec un journal, on a la  
130 pression sur le... l'opinion publique. Et la pression du journal sur l'opinion publique permet de  
131 le faire relire l'homme... les, les, portâmes, je les appelle les portâmes, les marionnettes, qu'il  
132 veut au gouvernement. C'est exactement ce qui s'est passé avec Macron. Macron, il était pas  
133 connu quelques mois, six mois avant d'avoir été élu. Ce qu'on croyait pas, c'est un miracle, en  
134 six mois il a réussi à se faire élire ? Bah c'est parce qu'il avait tous les médias ! Il avait eu  
135 absolument toutes les couvertures des magazines ! Euh, il y a... un gros ses répertoire, il y a la  
136 pleine mure du couvertures de magazines : « ouh il est là, ouh il va gagner, oh il est le meil-  
137 leur », fin bref... Et les gens ? Et bah ils gobent. Ils gobent, Ils y croient ! Les médias leurs  
138 disent – Et c'est c'est pareil pour la télé, pareil ! Ils y croient. On leur dit oh bah il est bien il  
139 est jeune, il est très bien, donc euh, ah bah « on va voter pour lui, c'est mieux, on va essayer ! »,  
140 ils disent ! Non. C'était pourtant préavisé ce qu'il allait faire, mais « ah bah là on essaie ». On  
141 paie maintenant. (Rit) Voilà, ça vous va ? Vous avez tout compris ce que j'ai dit, j'ai pas...

142 I : Oui, très bien. Même avec le bruit, c'est gentil.

143 B : Ah bien d'accord. Alors vous me dites, vous êtes étudiants en journalisme ?

144 I : Ah non, en sciences politiques.

145 B : Ah, sciences politiques, ah. Et où dehors de France ? En France ?

146 I : Ouais, maintenant, je suis en échange à Sciences Po. Ouais, c'est ça. Mais c'est intéressant  
147 pour nous, du coup.

148 B : Ah, d'accord, très bien.

149 B2 : Vous êtes d'où ?

150 I : De l'Allemagne.

151 B : (rit) Alors euh, qu'est-ce que... Vue d'Allemagne ? Comment vous allons – ah, c'est à moi  
152 à poser des questions maintenant (rit). Vue d'Allemagne ? Comment vous évaluez maintenant  
153 les gilets jaunes ?

- 154 I : Alors, avant de venir ici, c'était l'image (...) dans les médias, c'est presque que de la vio-  
155 lence.
- 156 B : Eh, oui.
- 157 I : C'est exactement ce que vous avez dit
- 158 B : Exactement ! C'est parce qu'ils veulent faire croire ça !
- 159 B2 : (...)
- 160 B : (...) que les gens étaient forcément violent, mais le fait d'être aussi près et d'avoir des gens  
161 qui étaient prêts à se révolter aussi nombreux, il a eu peur.
- 162 B2 : C'est pour ça que tout de suite, boom ! Il fallait euh... il fallait mettre d'un nouveau (...)
- 163 B : Il est tapé. Fin il a tapé tout de suite fort pour euh, que, décourager. Ils ont pas découragé  
164 malheureusement (rit) En fait, pour eux, malheureusement, pour nous heureusement. Et ils ont  
165 pas réussi. Mais, euh, par exemple ils ont fait tout un plat sur (...) Il y a des gens qui ont mis  
166 des tags sur l'Arc de Triomphe. Les tags. C'est pas, c'est pas la mort d'homme ! Hein ?
- 167 I : Quelque chose d'autre que m'intéresse beaucoup, c'est : Pour vous : est-ce que c'est un écart,  
168 un nouvel écart de...
- 169 B : Un nouvel quoi ?
- 170 I : Écart de la société ?
- 171 B : Ah, de plus en plus ! Fin bah oui. Les éga- Le rapport d'égalité est en train de... bah... Les  
172 plus riches de France, il est troisième dans l'ordre de la richesse dans le monde. Et je crois qu'il  
173 a gagné un, depuis que Macron est là, il a gagné un rang. Et il (...) de premier de racheter  
174 Tiffany, je pense que c'est pour ça. Pour être le premier. Cela, ils ont gagné énormément avec  
175 la suppression d'ESF. La toute première chose qu'il a fait Macron, il a supprimé le seul impôt  
176 qui prenait aux riches pour servir un peu au, par, à l'état.
- 177 I : Les cadeaux fiscaux ?
- 178 B : Exactement. Cadeaux fiscaux. Et- (...)
- 179 B : Donc euh, oui. Donc tout le, ce qui, le premier truc qu'il a fait, c'était d'impôter pour donner  
180 aux riches, et de l'autre côté pour enlever les pauvres. La première chose qu'il a fait, c'est il a  
181 fait baisser les, les APL. Les APL, c'est, les gens qui sont pauvres, ils ont un (...) qu'on leur  
182 donne chaque mois pour pouvoir payer leurs loyers. Eh bien, en même temps qu'il a enlevé  
183 (...), il a fait payer l'enlevé du 5 euros. Alors, il a dit, mais 5 euros, c'est pas beaucoup, bah  
184 oui, pour lui ce n'est pas beaucoup ! Qu'est-ce que c'est, 5 euros, c'est n'importe quoi ! Mais  
185 pour quelqu'un qui, tous les mois... c'est beaucoup. Donc, c'est pour vous dire : Dès le début,  
186 il a travaillé pour les riches et enlevé aux pauvres. Alors tous les gens qui n'avaient pas compris  
187 qu'il avait été élu pour faire ça, sont retombés. Il y a beaucoup des gilets jaunes du départ qui...  
188 Ils y ont cru ! A... à Macron. Ils ont dit : « ah bah oui, il est jeune, il sait, il va tout faire » Et  
189 puis ils sont déçus parce que... APL, diminution de retraites, fin, les taches changent  
190 comme ça. Tous ces gens qui ont voté pour lui en croyant qu'il allait améliorer leur (...). Et bah  
191 en contraire ! Il le baisse ! Donc, ça a prouvé que... que peut tirer à un moment à un autre, hein.

192 I2 : J'ai une dernière question. Que pensez-vous de la relation de la France et l'Union Euro-  
193 péenne ?

194 B : Ah mais, Macron il se, il sent- il est très bien avec l'Union Européenne. Puisque ligne- C'est  
195 l'Union Européenne qui demande de l'ultra-libéralisme. L'Europe qu'on a fait, malheureusement  
196 Madame Merkel (...) beaucoup, ah, dedans. C'est une, elle veut une Europe ultra-libérale.  
197 C'est-à-dire, où c'est tout pour le business, et puis, puis pour les autres, c'est... Ils suivront si  
198 ça marche, si ça marche pas, tant pis. Et bien, Macron il est tout à fait dans cette espèce, dans  
199 cet esprit. Il veut que ça marche pour les riches, et puis les autres... Ils s'en fou ! Donc, l'Europe  
200 et Macron ? L'idéologie c'est la même ! C'est exactement la même ! Alors par contre, parce  
201 que son caractère est un peu euh... Macron il est (...). C'est l'homme qui, il aime euh, défier.  
202 Il aime défier les Français, mais il aime défier aussi les dirigeants européens. Donc euh, et puis  
203 Trump, et puis, il aime défier, c'est son caractère. Il aime rentrer dedans, défier les gens, c'est  
204 moins ou plus fort, enfin bref ! Donc, il essaie un peu de faire de bref- de le faire avec l'Europe.  
205 Et pas parce qu'il est pas d'accord. Parce qu'il veut promener au-dessus, il veut prendre la, le  
206 pouvoir ! Parce qu'il aime le pouvoir ! Là, mais, c'est pas parce qu'il y a des différences idéo-  
207 logiques avec l'Europe, non !

208 I2 : Merci beaucoup !

209 B : (Rit) De rien ! Bah merci !

## Eidesstattliche Versicherung

Ich versichere eidesstattlich durch eigenhändige Unterschrift, dass ich die Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Veröffentlichungen entnommen sind, habe ich als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit ist noch nicht veröffentlicht und ist in gleicher oder ähnlicher Weise noch nicht als Studienleistung zur Anerkennung oder Bewertung vorgelegt worden. Ich weiß, dass bei Abgabe einer falschen Versicherung die Prüfung als nicht bestanden zu gelten hat.

Rostock,

15.03.2021

(Tag der tats. Abgabe)



\_\_\_\_\_  
(Vollständige Unterschrift)

Ich bestätige, dass ich den Gutachtern fristgemäß eine elektronische Fassung meiner Abschlussarbeit zur Verfügung stelle.

Rostock,

15.03.2021

(Tag der tats. Abgabe)



\_\_\_\_\_  
(Vollständige Unterschrift)